

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

Mehr Demut im Journalismus

Mary Abdelaziz-Ditzow

Im Dilemma: **Der Journalismus**

Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft

Prof. Dr. Fritz Söllner

Demenz: Der ungebetene Gast

Désirée von Bohlen und Halbach

IMPRESSUM:

MITMENSCHENREDEN

Herausgegeben von
Ralf M. Ruthardt | Publizist
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
www.mitmenschenreden.de

Redaktion:
Ralf M. Ruthardt (V. i. S. d. P.)
Markus Coenen

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt
Webmaster: Jonas Schumacher

Redaktionsanschrift:
Ralf M. Ruthardt | Autor
Magazin MITMENSCHENREDEN
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
Kontakt: info@mitmenschenreden.de
<https://mitmenschenreden.de>

© Ralf M. Ruthardt | 01.07.2026

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo kostenlos (Online/PDF)

Unterstützen Sie unsere journalistische Arbeit.
Mehr Infos: <https://mitmenschenreden.de>

ISSN 2944-0394 (Print)
ISSN 2944-0408 (Online)



Machen Sie mit!

Ihre Einsendungen sind willkommen.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit einzubringen.
Dazu folgende Hinweise:

Beiträge und Werke können bereits veröffentlicht sein. Es muss sich um selbst verfasste Beiträge und selbst erstellte Werke der Einsendenden handeln.

E-Mail: mitmachen@mitmenschenreden.de

Die Rechte und die Verantwortung für die Inhalte verbleiben bei den Einsendenden von Beiträgen, Abbildungen und Werken. Lediglich das Recht auf Veröffentlichung in allen Medien wird von den Einsendenden MITMENSCHENREDEN und dem Herausgeber kostenlos eingeräumt. Die Einsendenden garantieren, dass sie keine Rechte und Ansprüche Dritter verletzen. Die Einsendenden stellen die Redaktion und den Herausgeber von Rechten und Ansprüchen Dritter frei.

Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für eingesandte Texte und Bilder und anderes. Postalische Einsendungen werden nicht zurückgeschickt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

mitmenschenreden

das magazin für den perspektivenwechsel

EDITORIAL 4

Ralf M. Ruthardt

Mehr Demut im Journalismus 6

Mary Abdelaziz-Ditzow

Katholisch, journalistisch 12

Franziska Harter

Freiheit braucht Widerspruch 16

Flavio von Witzleben

Vertrauenspolitik Deutschland 20

Dr. Stefan Grüll

Die stille Kraft der Petition 26

Corinna Rüffer (MaB)

Presse gegen den Gleichschritt 30

Roman Zeller

Die Zukunft ist noch nicht geschrieben 34

Uwe Leuschner

Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft 40

Prof. Dr. Fritz Söllner

Gegen den Kollektivismus 46

Juan Pina

Bitcoin zwischen Freiheit und Finanzsystem 52

Joana Cotar

KI und Kontrollverlust 56

Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius

Fachkräftemangel beginnt im Kinderzimmer 60

Ralf M. Ruthardt

Mileis Reformkurs 66

Quentin Laumeier

Umstrittener Seitenwechsel 70

Susanne Dagen

Anständig rekrutieren, nachhaltig integrieren 76

Andreas Reifsteck

Demenz: Der ungebetene Gast 80

Désirée von Bohlen und Halbach

„Meet a Jew“ 88

Tim Kurockin

Empathie & Perspektive 98

Heike Martin

Orientierung in wechselnden Dynamiken 94

Siranus von Staden

Empathie & Perspektive 98

Heike Martin

Kolumne: Afrika neu gelesen 102

Der Parasit Afrikas

Veronika Wetzel

Menschen im Porträt: 106

Führungskräfte lernen von GenZ

Paul von Preußen

Innere Sicherheit 112

Nickolas Emrich

Christlicher Content raus aus der Nische 120

Tobias Kley & Micha Schlittenhardt

Die beste Botschaft 126

Tobias Liminski

Freiheit, Widerspruch, Debatte 134

Ralf M. Ruthardt

(k)eine tägliche Begegnung 138

Celine Nadolny

Fotokolumne 142

Ralf M. Ruthardt

■ EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf der Illustration zu diesem Editorial stehen drei Worte: Weisheit. Erfahrung. Klugheit. Vielleicht beschreiben sie ziemlich genau, worum es beim Perspektivenwechsel geht. Denn Weisheit entsteht selten aus bloßer Klugheit. Sie wächst aus Erfahrung: also auch aus Irritation, aus der Bereitschaft, die eigene Sicht nicht für die ganze Wirklichkeit zu halten.

Diese Ausgabe von *MITMENSCHENREDEN* schaut insbesondere auf den Journalismus – und damit auf eine gesellschaftliche Instanz, die Wirklichkeit sichtbar machen, aber auch verengen kann. Mary Abdelaziz-Ditzow spricht über Demut im Journalismus, über Narrative, Binnenpluralismus und die Verantwortung von Redaktionen wie auch von Medienkonsumenten. Ihr Gedanke ist unbequem: Vertrauen entsteht nicht durch Belehrung, sondern durch erkennbare Selbstreflexion.

Franziska Harter zeigt eine andere Perspektive. Sie arbeitet in einem klar konfessionell geprägten Medium und benennt offen, aus welchem Weltbild heraus journalistische Orientierung entsteht. Das ist ehrlicher als eine vorgetäuschte Neutralität, die ihre eigenen Voraussetzungen nicht mehr erkennt.

Mit Flavio von Witzleben und Roman Zeller geht es um Widerspruch, Gegenöffentlichkeit und die Frage, wie viel Abweichung eine freie Gesellschaft tatsächlich aushält. Vielfalt wird oft beschworen. Ernst wird sie erst, wenn sie nicht nur dekorativ bleibt, sondern die eigenen Gewissheiten herausfordert.

Prof. Dr. Fritz Söllner führt uns an einen weiteren neuralgischen Punkt: den politischen Moralismus. Wo Gesinnung Urteilstkraft

ersetzt, wo gute Absichten wichtiger werden als Folgen, verliert die Debatte ihre Vernunft. Gerade hier braucht es Perspektivenwechsel – nicht als Relativierung, sondern als Rückkehr zur Wirklichkeit.

Désirée von Bohlen und Halbach wiederum spricht über Demenz, Angehörige, Würde und Selbstfürsorge. Hier erhält Perspektivenwechsel eine leise, menschlich unmittelbare Bedeutung: Menschen nicht auf ihre Erkrankung zu reduzieren, sondern ihnen auch dort zu begegnen, wo Sprache, Erinnerung und Gewissheiten brüchig werden.

Diese Ausgabe versammelt Stimmen, die ausdrücklich nicht gleichförmig sind. Denn eine offene Gesellschaft erkennt sich nicht daran, dass alle dasselbe sagen. Sie erkennt sich daran, ob sie Räume schafft, in denen Erfahrung, Widerspruch und Urteilstkraft einander begegnen können.

Vielleicht ist das die Aufgabe unserer Zeit: nicht weniger Streit, sondern besseren Streit. Nicht weniger Meinung, sondern mehr Klugheit. Und mehr Demut vor der Wirklichkeit. In diesem Sinn lade ich Sie erneut zum Perspektivenwechsel ein: zum Lesen, zum Prüfen, zum Widersprechen und zum Weiterdenken.

Herzlichst
Ihr

Ralf M. Ruthardt
Herausgeber



Mehr **Demut** im Journalismus

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Mary Abdelaziz-Ditzow





Mary Abdelaziz-Ditzow ist Chefredakteurin bei Finanzfluss und Autorin von „Behind the News“. In ihrem Buch analysiert sie die Mechanismen moderner Medien mit Insiderblick und kritischer Distanz. Im Gespräch geht es um Narrative, Haltungsjournalismus, Binnenpluralismus und die „toxische Symbiose“ zwischen Redaktionen und Publikum. Und um die Frage, wie Vertrauen durch mehr Demut und Medienkompetenz zurückgewonnen werden kann.

Ralf M. Ruthardt | Ich erinnere mich an Ihr Interview bei The Pioneer von Ende Februar 2026, liebe Mary Abdelaziz-Ditzow. Sie sprachen davon, dass es im Journalismus nicht um die Wahrheit gehe, sondern um Perspektiven, Auswahlentscheidungen, Verdichtung und Narrative.

Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen legitimer Perspektive und problematischer Verzerrung? Und wie halten wir als Leserinnen und Leser das auseinander?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Zwei Faktoren sind wichtig. Zum einen die Grenze entlang dessen, was an Perspektiven vertretbar ist. Hier geht es darum, nicht zu diskriminieren, nicht

rassistisch und nicht antisemitisch zu sein. Wenn jemand irgendwelche rassistischen oder antisemitischen Aussagen tätigt, dann ist das für mich ausdrücklich nicht im Rahmen des Sagbaren und hat im seriösen Journalismus nichts verloren.

Wenn es jedoch um Perspektiven geht, die gerade nicht dem Mainstream-Narrativ entsprechen, dann sind sie wertvoll. Solche Perspektiven müssen zur Sprache gebracht werden, weil gerade dadurch Mehrwerte entstehen.

Ralf M. Ruthardt | Und der zweite Punkt?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Das ist die Frage nach der Intention. Also, mit welcher Absicht bildet das jeweilige Medium Perspektiven ab und welche Absicht steht dahinter? Da muss

sich Journalismus ehrlich machen. Gerade bei privaten Medien gibt es auch Tendenzbetriebe. Das darf auch so sein, dass man eine politische Tendenz

hat. Sie müssen gar nicht objektiv berichten. Aber genau das muss dann auch so festgestellt werden dürfen und als Rezipient muss man sich dessen bewusst sein.

Ralf M. Ruthardt | Mit „Behind the News“ wird die Medienkompetenz trainiert. Dort sensibilisieren Sie uns als Medienkonsumenten: Es geht um das Bewusstsein, von welchem Medium man sich gerade informieren und beeinflussen lässt. Die Fragen nach Intention und welche Genese dahinterstecken werden von Ihnen aufgeworfen.

Das erinnert mich an meinen Hauptschullehrer. Der hatte damals einen Stapel mit Ausgaben der Süddeutschen Zeitung und DIE WELT angeschleppt. Wir sollten zu einem bestimmten Thema die Beiträge und Kommentare in beiden Zeitungen lesen, um zu verstehen, wie unterschiedlich die Perspektiven sein können. Ich rede über den Unterricht an einer Hauptschule der 1980er-Jahre.

Heute haben wir soziale Medien und Algorithmen, die uns gerne den Skandal offerieren und uns in unserer eigenen Bubble halten, weil wir als Menschen das offensichtlich bevorzugen. Muss man heutzutage vermehrt für eine Sensibi-





lisierung bei Medienkonsumenten sorgen? Braucht es ein Mindset und Achtsamkeit, dass man sich nicht nur stringent in einer Bubble bewegt, sondern gezielt auch nach weiteren Perspektiven verlangt?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Exakt das müsste passieren. Ihr Beispiel entspricht übrigens der klassischen Theorie des sogenannten Außenpluralismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bewusst ein duales Mediensystem aufgebaut. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und als Ergänzung die privaten Medien mit ihren unterschiedlichen politischen Tendenzen, um einem multiperspektivischen Anspruch gerecht zu werden. Wie in Ihrem Beispiel: Die SZ auf der einen und DIE WELT auf der anderen Seite des politischen Spektrums.

Wir müssen heutzutage würdigen, dass komplexe Herausforderungen auf eine multiple Medienlandschaft treffen.

Ralf M. Ruthardt | Mehr Wissen, der technologische Fortschritt und eine globale logistische und kommunikative Vernetzung ...

Mary Abdelaziz-Ditzow | Genau. Und dazu kommt noch, dass wir in Zeiten von Paywalls leben. Die Menschen können beziehungsweise werden nicht eine Vielzahl von Abonnements abschließen, um sich gut zu informieren. Deswegen sage ich, dass diese außenpluralistische Theorie überhaupt nicht mehr aufgeht.

Mein Gedanke ist keine Kritik an den Zahl-schranken, schließlich muss Journalismus finanziert werden. Es ist auch keine Absage an Abo-Modelle. Dieses Prinzip geht heutzutage jedoch nicht mehr auf. Meine Ableitung: den Binnenpluralismus sicherstellen. Ich bin eine große Verfechterin des Binnenpluralismus.

Ralf M. Ruthardt | Was meinen Sie konkret mit „Binnenpluralismus“ in den Redaktionen?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Weg von politischen Tendenzen, die man in privaten Medien und womöglich auch in öffentlich-rechtlichen Sendern antrifft. Man verhindert es, indem die Redaktionen personell so aufgestellt sind, dass innerhalb eines Mediums ausreichend viele Perspektiven dargestellt werden. Das wäre für mich konstruktiver Journalismus, um in einer sehr fragmentierten Gesellschaft zu depolarisieren. Denn einen „neutralen“ Journalismus kann es nicht geben. Es ist immer eine Frage der Perspektive, wie Narrative erzählt und geframt werden.

Ralf M. Ruthardt | Ein inspirierender Gedanke. Lassen Sie mich die Perspektive wechseln und nachdenken, ob wir als Bürger nicht auch die Pflicht haben, uns Informationen und Journalismus etwas kosten zu lassen? Ist uns womöglich ein leckeres Abendessen in einem Restaurant oder ein neues, nicht unbedingt benötigtes Kleidungsstück wichtiger, als an der Paywall für einen Perspektivenwechsel Geld einzuwerfen? Ich habe den Eindruck, dass für den banalen Konsum mit mehr Leichtigkeit Geld ausgegeben wird als für differenzierte Informationen. Geht ein Appell auch an uns Bürgerinnen und Bürger, dass uns Journalismus wieder Geld wert sein muss?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Ja, ist richtig. Jedoch kommt oft der Einwand, dass man dafür die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten bezahlen würde. Diese seien ja schließlich über festgelegte Gebühren finanziert und dafür müsste man ja dann objektiv informiert werden. Das klingt jedoch mehr nach einer Theorie, denn de facto leben wir in einem dualen Mediensystem. Aber Vorsicht an der Bordsteinkante, da stellen sich weitreichende Fragen: Ist man mental stark genug, andere Perspektiven zu ertragen?

Ralf M. Ruthardt | Mit „Behind the News“ haben wir ein Werk vorliegen, das die Medi-



enkompetenz bei uns Menschen fördern möchte. Sie, liebe Mary Abdelaziz-Ditzow, sind damit eine Impulsgeberin für uns als Bürgerinnen und Bürger. Vielleicht hat man es sich da und dort in seiner Bubble gemütlich gemacht oder man sieht sich faktisch mehr als Konsumenten und Produktivitätsfaktoren – und weniger als freie und selbstbestimmte Menschen, die in der Lage sein dürfen, zu einer vernünftigen politischen Willensbildung beizutragen.

Mary Abdelaziz-Ditzow | Ja, ist richtig. Sie beschreiben ein Wechselspiel. Im Buch spreche ich von einer toxischen Symbiose. Die Erwartungen der Medienkonsumenten spiegeln sich in der Programmausgestaltung des jeweiligen Mediums. Die wirtschaftliche Abhängigkeit und der Konkurrenzdruck führen dazu, dass Redaktionen immer mehr darauf schauen. Das gilt nicht nur für private Medien, sondern auch für öffentlich-rechtliche Sender.

Ralf M. Ruthardt | Nicht nur das Geschehen, sondern auch der Blick auf Schlagzeilen, die ein hohes Interesse wecken können, ist entscheidend bei der Auswahl der Themenwahl?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Es ist kein Geheimnis, dass gemessen wird, wie oft beispielsweise ein Artikel aufgerufen wird. Das wirkt sich aus – und entsprechende Inhalte werden dann verstärkt stattfinden. Es schließt sich der Kreis.

Wir Medienkonsumenten müssen also reflektieren, welche Nachrichten wir bevorzugt lesen. Nur so nehmen wir indirekt als Rezipienten Einfluss auf die Berichterstattung, also auf diese sogenannte toxische Symbiose.

Ralf M. Ruthardt | Richtet sich Ihr Buch mehr an die Journalistinnen und Journalisten oder eher an die Menschen, die Medien konsumieren?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Einerseits an meine Branchenkollegen, eben weil ich diese toxische Symbiose quer durch die privaten und öffentlich-rechtlichen Medien wahrgenommen habe. Und weil immer mehr Haltungsjournalismus stattfindet, sich also in die Berichterstattung immer mehr Meinungen einschleichen. Mein dringender Appell an meine Branchenkollegen: Achtung, wir richten damit Schaden an. Viele Studien sprechen die gleiche Sprache: Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wendet sich von etablierten Medien ab. Wir können diese Kritik nicht ständig wegrelativieren oder so tun, als ob das nur rechts- oder linksextreme Menschen wären, die sich abwenden. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns darüber nachdenken, wie wir Bericht erstatten und dabei Vertrauen zurückgewinnen können.

Und natürlich stimme ich Ihnen zu, dass der Konsument ein Teil der Geschichte und damit auch Teil des Problems ist. Die Menschen müssen sensibilisiert werden und verstehen, dass sich beispielsweise Sensationssucht in Klickzahlen und Quoten widerspiegelt – und entsprechend reagieren die Medien darauf. Deshalb möchte ich einen Beitrag leisten, um die Medienkompetenz zu steigern und dazu mit gewissen Mythen aufzuräumen.

Ralf M. Ruthardt | Und ein solcher Mythos wäre ...

Mary Abdelaziz-Ditzow | ... zum Beispiel das Thema Neutralität. Da heißt es, Journalisten müssten neutral berichten. Aber das steht nirgendwo.

Ralf M. Ruthardt | Kann die Selbstreflexion im Journalismus womöglich zu einem Stück Demut führen.

Oder anders gefragt: Gehört Demut auch in den Journalismus oder sollten Journalisten und Journalistinnen Demut nicht haben, weil



es etwas mit Selbstbeschränkung zu tun hat? Ich denke dabei an eine Haltung, die würdigt, dass es in der Regel nicht die einfache Wahrheit gibt und man deshalb den Wechsel von Perspektiven benötigt, damit man sich selbst und mit einem das Publikum sich nicht verrennt?

Mary Abdelaziz-Ditzow | Vor allem Demut vor der komplexen Wirklichkeit. Wenn wir als Journalisten anerkennen, dass die Wirklichkeit vielschichtig ist und eben nicht schwarz-weiß, dann sind wir in unserem Job automatisch demütig. Das würde uns gut zu Gesicht stehen. Allerdings nehme ich ganz stark wahr, dass der Kampf um die Deutungshoheit im Vordergrund steht. Wir sehen das bei verschiedenen Konfliktlinien. Erinnern wir uns an die Corona-Pandemie. Und es gibt weitere Themen, bei denen es besonders auffällt: Ukrainekrieg, Nahostdebatte, AfD. Sobald der Kampf um die Deutungshoheit im Vordergrund steht, framen wir einseitig. Aus meiner Sicht gibt es dann überhaupt keine Demut vor dieser komplexen Wirklichkeit, sondern wir machen uns als Journalisten mit einer Sache gemein.

Ralf M. Ruthardt | Ein alter Mann sagte zu mir als Kind: „Wenn alle sagen ‚Renn dort rüber‘, dann guck zuerst in die andere Richtung, bevor du hinterherrennst.“ Ein kluger Rat.

Mary Abdelaziz-Ditzow | Ja, das ist ein sehr kluger Spruch. Mein Vater sagt immer: Glaub nur die Hälfte von dem, was du siehst. Das erinnert mich gerade daran. Dieses skeptisch sein, auch wenn andere tief überzeugt von einer Sache sind. Hinterfragen – und in die andere Richtung schauen.

Mary Abdelaziz-Ditzow

leitete bei n-tv „Wirtschaft und Innovation“ und wurde 2024 für ihren Podcast „Wirtschaft Welt & Weit“ mit dem Friedwart-Bruckhaus-Preis geehrt. Seit April 2025 arbeitet sie als „Chefredakteurin Wirtschaft & News“ bei Finanzfluss und moderiert dort den täglichen News-Podcast „im Loop“. Die Journalistin hat Ende Februar 2026 das Buch „Behind the News“ veröffentlicht. Ein differenziert-kritisches Buch über die deutsche Medienwelt.



*„Polarisierung – spaltet,
aber treibt ebenso den Diskurs an.
Eine lesenswerte,
weil vielstimmige Anthologie.“*

Prof. Dr. Heiko Kleve

*„Zwischentöne im Lärm der Gegenwart.
Eine Anthologie, die nachhallt.“*

Kajta Schmitt

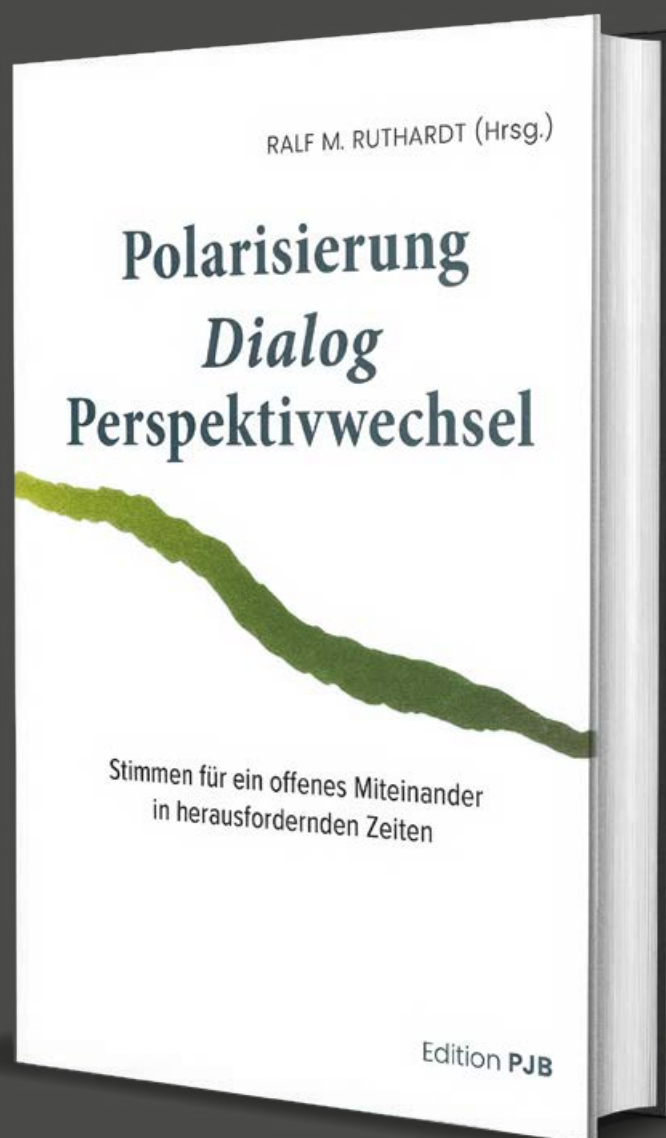
Polarisierung – Dialog – Perspektivwechsel

Ralf M. Ruthardt (Hrsg.)

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | € 20



A close-up portrait of a woman with long, wavy brown hair, smiling warmly. She is wearing a light blue blazer over a white shirt. The background is a soft, out-of-focus green, suggesting an outdoor setting. The lighting is natural and bright, highlighting her features.

Katholisch, journalistisch, debattenoffen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Franziska Harter



Franziska Harter ist Chefredakteurin bei *DIE TAGESPOST*. Sie spricht im April 2026 mit Ralf M. Ruthardt über ihr journalistisches Selbstverständnis, die publizistische Rolle der *TAGESPOST* und das Spannungsverhältnis von Glauben, Wahrheitssuche und gesellschaftlicher Debatte. Ein Interview über konfessionelle Prägung, mediale Orientierung und den Anspruch, katholische Perspektiven offensiv in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Ralf M. Ruthardt | Sie arbeiten, liebe Franziska Harter, als Journalistin in einem klar konfessionell geprägten Medium. Wie definieren Sie Ihr journalistisches Selbstverständnis und wo liegt für Sie die Grenze zwischen journalistischer Distanz und persönlicher weltanschaulicher Überzeugung?

Franziska Harter | Journalisten und Christen haben eines gemeinsam: die Suche nach der Wahrheit. Jedenfalls sollte das so sein, auch wenn sowohl die einen als auch die anderen in der Praxis oft hinter diesem Ideal zurückbleiben.

Mein journalistisches Selbstverständnis ist stark von meinem Glauben an Jesus Christus geprägt, der der Weg, die Wahrheit und das Leben ist. Das kann ich auch als Journalistin ohne Scham zugeben, denn die Arbeit ausnahmslos jedes Journalisten, ob Christ oder nicht, ist durch sein jeweiliges Weltbild geprägt. Sich des eigenen Weltbildes bewusst zu sein und es benennen zu können, ist nicht nur ein wichtiger Schritt der Selbsterkenntnis, sondern Sache der intellektuellen Aufrichtigkeit. Ich würde sogar behaupten, journalistische Distanz ist nur dann möglich, wenn man sich der eigenen weltanschaulichen Überzeugung bewusst ist. Das scheint mir übrigens eines der aktuellen Hauptprobleme in Teilen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sein.

Ralf M. Ruthardt | Sie sprechen von einer Selbstreflexion, die man als Journalist auch bezüglich seiner eigenen Verortung in einer Weltanschauung haben sollte?

Franziska Harter | Genau. Journalistische Distanz bedeutet für mich, sich auf die Tatsachen zu konzentrieren. Die Wirklichkeit wahrnehmen und wiedergeben, wie sie ist, auch wenn sie uns nicht gefällt. Wichtig ist auch die Trennung zwischen Information und Meinung. Trotzdem ist klar: Als Tagespost wollen wir auch Orientierung geben. Das tun wir – wie jedes Medium – allein schon durch die Auswahl unserer Themen. Dabei legen wir dem Leser ganz klar dar, auf welcher Grundlage wir einordnen und orientieren, nämlich auf der Grundlage des katholischen Glaubens.

Übrigens – das steckt ja manchmal hinter dem Vorwurf, als Katholik könne man in Kirchendingen keine journalistische Distanz halten, weil man ja sozusagen „pro domo“ schreibe. Das stimmt nicht. Glücklicherweise wissen wir als Christen, dass unsere Kirche aus sündigen Menschen besteht. Das gehört sozusagen zu unserem Weltbild hinzu, weswegen wir es zum Beispiel nicht zu beschönigen brauchen, wenn Kirchenmänner Fehler begehen.

Ralf M. Ruthardt | Sie hätten auch in einem säkularen Medium arbeiten können. Sie haben jedoch Ihre journalistische Arbeit bewusst im Umfeld eines katholischen Mediums verortet.

Franziska Harter | Medien bilden nicht nur die Wirklichkeit ab, sondern geben auch Orientierung. Sie wählen Themen aus, schneiden zu, informieren und ordnen dann ein. Das tun alle Medien jeweils vor dem Hintergrund ihrer



– expliziten oder impliziten – Weltanschauung. Die Tagespost tut dies auf Grundlage des katholischen Glaubens. Deshalb ist es für mich als Christin nur folgerichtig, bei einem katholischen Medium zu arbeiten, welches das Zeitgeschehen aus dem Blickwinkel des christlichen Menschenbildes einordnet, gerade wenn es um Themen wie Lebensschutz, Ehe und Familie, Religionsfreiheit, Gerechtigkeit und Frieden geht. Ich bin überzeugt, dass das Christentum für alle Menschen die beste Botschaft der Welt bereithält und dass es gleichzeitig einen Blick auf den Menschen hat, der nicht ideologieverstellt, sondern wahr ist, eben weil es aus Gottes Perspektive auf den Menschen blickt. Als Christin wünsche ich mir außerdem, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen, Jesus Christus kennenzulernen. Dazu können auch christliche Medien beitragen, gerade auch im digitalen Raum.

Ralf M. Ruthardt | Die Tagespost versteht sich als katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur und ist eines der wenigen überregionalen katholischen Medien im deutschsprachigen Raum. Welche publizistische Aufgabe sehen Sie für dieses Medium heute, wo Kirche seit Jahren nicht unbedingt an Relevanz zu gewinnen scheint?

Franziska Harter | Die Kirche als Körperschaft öffentlichen Rechts hat im deutschen Sprachraum in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Die Botschaft des Christentums nicht, denn die bleibt wahr, unabhängig davon, ob die Menschen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort sie mehrheitlich als solche erkennen oder nicht. Gerade in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft fällt katholischen Medien daher eine ganz bedeutende Rolle zu, nämlich die christliche Stimme in säkularen Debatten deutlich hörbar zu machen. Mit ihrem christlichen Menschenbild und der katholischen Soziallehre hält die Kirche einen

unsagbar großen Schatz bereit, den sie mit allen Menschen teilen möchte.

Ralf M. Ruthardt | Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Franziska Harter | Die Kirche – oder Christen überhaupt – sollten sich immer dann zu Wort melden, wenn Frieden, Gerechtigkeit oder Menschenwürde auf dem Spiel stehen. Die Päpste haben in den letzten Jahrzehnten vorgemacht, wie das geht. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts mahnen sie immer wieder zum Frieden. Papst Johannes Paul II. hat maßgeblich zu einem friedlichen Fall des Eisernen Vorhangs beigetragen. Papst Leo sagt laut und deutlich, wo aus christlicher Sicht die Grenzen des „gerechten Krieges“ liegen und scheut sich nicht, dabei auch den aktuellen Machthabern auf die Füße zu treten. Und dass sein Wort weltweit Gewicht hat, zeigt ja die erboste Reaktion von US-Präsident Donald Trump. Weltweit gesehen kann also keine Rede davon sein, dass das Christentum an Bedeutung verliert.

Dazu lohnt es sich, nicht nur auf die sinkenden Kirchenmitgliedszahlen in Deutschland zu schauen: Weltweit gesehen wächst die katholische Kirche – relativ und in absoluten Zahlen. In verschiedenen Ländern auch in der westlichen Welt zieht die christliche Botschaft seit einigen Jahren auch wieder vermehrt junge Menschen an. Vieles deutet darauf hin, dass sich auch in unseren Breiten gerade eine kleine Renaissance des Glaubens vollziehen wird. Nicht in den Dimensionen der Volkskirche, aber doch spürbar. Und wie Papst Benedikt XVI. sagte: Es kommt nicht auf die großen Mehrheiten an, sondern auf eine kreative Minderheit, die vom Glauben überzeugt ist und segensreich in die Gesellschaft hineinwirkt.

Ralf M. Ruthardt | Man kann somit von einem qualitativen Wachstum sprechen, welcher



einem quantitativen Rückgang der Kirchenmitglieder gegenübersteht. Nun, religiöse Medien erreichen oft eine relativ klar definierte Leserschaft. Soll die Tagespost in erster Linie eine Stimme für die katholische Community sein oder verstehen Sie sie eher als Beitrag zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte?

Franziska Harter | Eindeutig Letzteres. Der „Community“-Gedanke ist Katholiken von Haus aus fremd. Katholisch heißt universal. Als Weltchristen haben wir nicht den Auftrag, in kleinen Festungen des „heiligen Rests“ uns vom Rest der Welt abzuschneiden, sondern in der Welt zu leben und dort segensreich zu wirken, gemeinsam mit allen Menschen guten Willens, und gleichzeitig mit einem klaren Bekenntnis zu Jesus Christus. Das gilt auch für eine Zeitung wie die Tagespost, die sich in alle gesellschaftlichen Debatten einbringt und ganz gezielt auch katholische und nicht-katholische Positionen miteinander in Dialog bringt zu Zukunftsfragen, die alle Menschen angehen: Wie wird KI die Vorstellung vom Menschen verändern? Wie schaffen wir eine familienfreundliche Gesellschaft? Wie wird sich die weltpolitische Neuordnung auf uns Europäer auswirken? Wie verändert sich die Gesellschaft, wenn Einsamkeit und Hoff-

nungslosigkeit zunehmen und alle Formen von Bindungen schwächer werden?

Ralf M. Ruthardt | Katholische Medien werden von außen häufig schnell politisch eingeordnet oder etikettiert. Wie gehen Sie als Chefredakteurin damit um – und wie würden Sie selbst das publizistische Profil der Tagespost beschreiben?

Franziska Harter | Wir sagen manchmal: Der wahre Chefredakteur der „Tagespost“ ist das katholische Lehramt. Unser Profil lautet: christlich fundiert, weltkirchlich orientiert, offen für Debatte. Wir verstehen uns nicht in erster Linie als politisches Blatt und lassen uns zunächst einmal keiner politischen Strömung zuordnen, vor allem keiner parteipolitischen. Wir bewerten das Handeln aller Akteure in der Politik von der Warte des Glaubens und seiner Prinzipien aus. Das christliche Menschenbild – die Geschöpflichkeit des Menschen, seine Gottesebenbildlichkeit, sein Dasein als Mann oder Frau – ist wahr und dadurch resistent gegen Ideologien von rechts und von links. „Konservativ“ sind wir in dem Sinne, dass die Bewahrung und Weitergabe des Glaubens und alles Wahren, Schönen und Guten in unserer Kultur für uns eine Leitidee sind.

Franziska Harter

Jahrgang 1988, ist im Rheinland aufgewachsen. Sie studierte Geschichte und Romanistik in Köln und Bordeaux. Seit 2021 ist sie bei der Tagespost, zunächst als Redakteurin für die Seiten „Ehe und Familie“ sowie als Frankreich-Korrespondentin mit Sitz in Paris und seit Mai 2025 als Chefredakteurin.



A portrait of a man with short, light brown hair and a slight stubble, wearing a dark blue blazer over a light blue patterned shirt. He is standing with his arms crossed against a dark background. The lighting is soft, highlighting his face and the texture of his clothing.

Freiheit braucht Widerspruch

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Flavio von Witzleben



Flavio von Witzleben ist Journalist, Moderator und Betreiber eines unabhängigen YouTube-Kanals, auf dem er mit streitbaren Gästen über Politik, Medien, Freiheit und gesellschaftliche Entwicklungen spricht.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Flavio von Witzleben, ich erinnere mich noch sehr gut an unser Gespräch vor einigen Monaten. Wir haben uns über Journalismus und dessen Unabhängigkeit unterhalten. Dabei fiel der Satz: „Die finanzielle Unabhängigkeit und die redaktionelle Unabhängigkeit. Das sind die beiden Voraussetzungen, um als Journalist frei und unabhängig arbeiten zu können.“ (Magazin [mitmenschenreden 04-2025](#), Seite 94–99) Das ist nüchtern formuliert und zugleich eine Provokation. Bedeutet dies, dass Meinungsfreiheit in Deutschland formal vorhanden, praktisch aber zunehmend voraussetzungsreich geworden ist?

Flavio von Witzleben | Ja, darum geht es. Natürlich kann man in Deutschland vieles sagen. Die Frage ist nur: Was kostet es einen? Wenn jemand nach einer Meinungsäußerung beruflich, sozial oder finanziell unter Druck gerät, ist Freiheit nicht aufgehoben, aber eingeschüchtert. Wir reden nicht nur über staatliche Zensur, sondern über Milieudruck, Plattformlogiken, Banken, Arbeitgeber und Redaktionen.

Ralf M. Ruthardt | Einerseits wird dauernd von Vielfalt gesprochen. Andererseits ist die Bereitschaft gering, wirklich abweichende Meinungen auszuhalten. Ist das nicht eine Art Scheinfreiheit?

Flavio von Witzleben | Vielfalt ist billig, wenn sie nur dekorativ ist. Eine freie Gesellschaft erkennt man nicht daran, dass alle innerhalb eines engen Korridors unterschiedlich schillern dürfen. Man erkennt sie daran, wie sie mit dem Unbequemen umgeht. Mich interessiert nicht, ob ein Gesprächspart-

ner in mein Weltbild passt. Mich interessiert, ob ein Gespräch Erkenntnis ermöglicht. Ich spreche niemanden heilig; aber ich schließe auch niemanden aus, nur weil ein Etikett auf ihm klebt.

Ralf M. Ruthardt | Du hast gesagt, dass du mit deiner Arbeit ein Vakuum füllst, das eigentlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk füllen müsste. Ich mag die Idee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Aber wenn der Auftrag Vielfalt lautet und am Ende maßgeblich Gleichförmigkeit herauskommt, dann muss man fragen, ob die Institution ihrem eigenen Anspruch noch genügt.

Flavio von Witzleben | Die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nicht das Problem. Im Gegenteil: Eine Gesellschaft kann ein Interesse daran haben, dass es Medien gibt, die nicht vollständig von Quote, Werbung oder Parteitaktik abhängig sind. Aber daraus folgt Verantwortung. Wenn der ÖRR bestimmte Sichtweisen ausblendet, entsteht Vertrauensverlust. Viele Menschen haben während Corona erlebt, dass große Medien nicht mehr fragten, sondern erklärten, was zu gelten habe. Alternative Kanäle entstanden als Antwort darauf.

Ralf M. Ruthardt | Nun wird Gegenöffentlichkeit schnell verdächtigt: alternative Medien, YouTube-Kanäle, Podcasts – da schwingt oftmals sofort das Wort Desinformation mit.

Flavio von Witzleben | Natürlich gibt es im Netz Unsinn, Zuspitzung, Fehler und Eitelkeit. Das gibt es in klassischen Medien ebenfalls. Entscheidend ist eine offene Korrekturkultur. Der Vorwurf der Desinformation wird häufig



eingesetzt, um nicht mehr inhaltlich streiten zu müssen. Wahrheit entsteht nicht dadurch, dass eine Instanz den Debattenraum vorsortiert. Sie entsteht durch Widerspruch, Prüfung und Gegenprüfung.

Ralf M. Ruthardt | Der Ökonom und mit dem Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Friedrich August von Hayek hat gezeigt, dass Wissen dezentral entsteht und kein Planer über das Ganze verfügen kann. Lässt sich dieser Gedanke auf Medien übertragen?

Flavio von Witzleben | Absolut. Medien sind ein Erkenntnismarkt. Wenn wenige große Anbieter definieren, was relevant, seriös und sagbar ist, entsteht eine Art Planwirtschaft der öffentlichen Meinung. Und wie jede Planwirtschaft hat auch diese ein Wissensproblem. Sie sieht nicht mehr, was draußen wirklich gedacht, gefühlt und erlebt wird. Freie Formate sind wichtig, nicht weil sie automatisch besser sind, sondern weil sie zusätzliche Wahrnehmungen ermöglichen.

Ralf M. Ruthardt | Klassischer Liberalismus setzt auf Eigenverantwortung. Vielleicht liegt genau da sein kommunikatives Problem. Viele Menschen wollen Freiheit, solange sie nicht mit Zumutung, Risiko und Verantwortung verbunden ist.

Flavio von Witzleben | Flavio von Witzleben | Freiheit ist nicht unattraktiv geworden, aber sie wurde umgedeutet. Viele verstehen Freiheit heute als Anspruch, vor Zumutungen geschützt zu werden. Klassische Freiheit heißt: selbst denken, selbst entscheiden, irren dürfen – und die Folgen nicht vollständig an den Staat delegieren. Das ist unbequem und verlangt innere Souveränität.

Ralf M. Ruthardt | Vielleicht ist das der Punkt, an dem Liberalismus wieder stärker moralisch sprechen müsste. Nicht moralistisch,

sondern moralisch. Freiheit als Würde des Einzelnen, nicht als kalte Marktformel.

Flavio von Witzleben | Das halte ich für entscheidend. Freiheit ist keine technische Verwaltungsfrage, sondern eine Frage des Menschenbilds. Traue ich dem Einzelnen Urteilskraft zu? Darf er erwachsen sein? Der klassische Liberalismus muss wieder verständlich machen, dass Freiheit nicht Egoismus bedeutet. Sie bedeutet Verantwortung. Und Verantwortung heißt: Ich nehme den anderen ernst genug, um ihm nicht vorzuschreiben, was er denken darf.

Ralf M. Ruthardt | Dann wäre unabhängiger Journalismus nicht nur ein Berufsethos, sondern eine freiheitliche Praxis.

Flavio von Witzleben | Ja. Ein freier Journalist muss Distanz wahren – auch zu den eigenen Überzeugungen. Integrität heißt, sich nicht kaufen zu lassen: nicht durch Geld, nicht durch Applaus, nicht durch Zugehörigkeit. Wenn Journalismus das leistet, wird er zu einem Ort, an dem Gesellschaft sich selbst erkennt. Nicht bequem, aber notwendig.

Ralf M. Ruthardt | Wir nehmen als Schlussgedanken mit: Freiheit braucht Widerspruch, und Widerspruch braucht Räume, in denen Menschen nicht vorsortiert, sondern gehört werden. Danke für das Gespräch.

Flavio von Witzleben

ist unabhängiger Journalist, Podcaster und YouTuber. Bekannt wurde er durch sachlich fundierte Interviews mit kontroversen Gästen und geopolitischen Analysen. Er finanziert seine Arbeit über Spenden, legt Wert auf redaktionelle Freiheit und erreicht ein breites Publikum abseits etablierter Medien.



wer liest schon lyrik



REISEN

Beim Reisen
Menschen sehen
nicht nur im Vorbeigehen
nicht nur als Bestandteil einer Show
VIELmehr
auf Augenhöhe und noch mehr

Beim Reisen
Menschen hören
nicht nur Einzelne einer Masse
nicht nur oberflächlich wahrgenommen
VIELmehr
mit ehrlichem Interesse

Beim Reisen
Menschen lieben
nicht aus Begierde und der Schönheit wegen
nicht um deren Anerkennung heischend
VIELmehr
weil offenherzig

WortFluss

Edition PJB

Ralf M. Ruthardt

ISBN 978-3982574974

Hardcover | € 28



Vertrauensrepublik Deutschland

Impulse für eine funktionierende
Demokratie, die wieder begeistert.

von Dr. Stefan Grüll



Dr. Stefan Grüll, Rechtsanwalt, Mediator und ehemaliger FDP-Landtagsabgeordneter in NRW, skizziert im März 2026 eine „Vertrauensrepublik Deutschland“: streitbar, liberal und getragen von Verantwortung, Bildung, Partizipation und demokratischer Erneuerung.

Für zu viele Menschen in Deutschland ist Demokratie zu selbstverständlich geworden und zu viele haben zu lange die freiheitliche Grundordnung als ein Wohlstandsversprechen missverstanden, das der Staat gefälligst zu erfüllen habe. Von allen Parteien über die Jahrzehnte durch einen Überbietungswettbewerb kommunikationspsychologisch optimierter Hohlformeln sediert, hat sich in der Gesellschaft eine Anspruchsmentalität breitgemacht, die individuelle Rechte immer größer und korrespondierende Pflichten immer kleiner schreibt. Auf den Empörungsskalen eines leicht erregbaren Zeitgeistes lassen sich so von interessierten Kreisen aus dem zivilgesellschaftlichen Moralorbit anstrengungsfrei aktivierbare Reflexe einer Melange aus ultimativ korrekter Haltung und diffusem Bauchgefühl bei häufig lediglich rudimentärer Sachkenntnis regelmäßig zu Höchstwerten katapultieren. Die Politiker aller Couleur reagieren darauf mit einem seismografischen Gespür für Stimmungen ebenso zuverlässig berechenbar wie mutlos kurzsichtig. Markige Worte. Entschlossene Gesten. Kaum Taten. Die nächsten Wahlen im Blick, den kalten Wind der Umfragewerte im Nacken scheut die etablierte Politik unpopuläre Entscheidungen und verschiebt notwendige Reformen. Als Sondervermögen geschönte Verschuldensorgien finanzieren die Placebos, die die verteilen, die mit Macht Macht angestrebt haben, um dann im Amt den Gestaltungs- und Umsetzungswillen vermissen zu lassen, den die Aufgabe verlangt. Die fehlende Courage der Parteien der demokratischen Mitte ist geradezu ein Konjunkturprogramm für den Aufstieg der Simplifizierer beider Ränder, die mit einem Parolenpotpourri einfache Antworten auf

komplexe Fragen als Lösung verkaufen können.

Von der ebenso unverständlichen wie mit Blick auf die Folgen fatalen Scheu vor der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD, die keine Brandmauer kaschieren kann, profitiert auch Links. Der Kampf gegen Rechts ist ein lukratives Geschäft und die staatliche Alimentation für alles Bunte selbst gegen nur vermeintlich Braunes füllt die Kassen derer, die mit einem liberalen Rechtsstaat maximaler Freiheiten und individueller Entfaltungs- sowie Aufstiegsmöglichkeiten ebenso wenig im Sinn haben wie mit dem marktwirtschaftlichen Dreiklang von sozialer Gerechtigkeit als verpflichtender Folge von Wachstum und Wohlstand. Es reicht, NAZI zu skandieren, um Geld und Applaus zu generieren. Die unterdessen schon militante Einteilung in die Guten und die Bösen bewirkt eine moraline Aufladung der öffentlichen Debatte und verhindert, dass über tatsächlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Lösung genau der Probleme gesprochen wird, von deren Existenz die Ränder leben. Das sollte sich langsam herumgesprochen haben; gerade auch in den Redaktionen der Öffentlich-Rechtlichen, die journalistisch ethische Leuchttürme faktenbasierter Orientierung sein müssten in dem Tsunami der sozialen Medien aus halben Wahrheiten und kompletten Lügen. Tatsächlich aber werden sie als Missionare politisch korrekter Haltung wahrgenommen, die mit KI-animierten Beiträgen die eigene Glaubwürdigkeit zerstören, die gerade jetzt so wichtig wäre.

| Formal noch stabil. Praktisch zunehmend handlungsunfähig



Die zunehmend fragmentierte Gesellschaft aufbrechender Einstellungskonflikte, sozio-ökonomischer Ungleichheiten, virulenter Identitätsfragen, gestörter Kommunikationskultur und abnehmender Diskursfähigkeit wird vermutlich noch eine Weile den Schein von Stabilität und Resilienz wahren können. Noch zehren wir von den besseren Zeiten. Noch kann staatlicher Transfer den inneren Frieden sichern. Noch sind importierte Konflikte gewaltaffinen Eskalationspotenzials durch Polizeieinsatz beherrschbar. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Deutschland nicht nur in erschreckendem Maße an wirtschaftlicher und infrastruktureller Substanz fehlt, sondern vor allem auch an der Statur, Herausforderungen bestehen und Angriffe abwehren zu können. Unsere Demokratie ist nicht am Ende, aber sie steht vor einem Wendepunkt. Ein Staat, der vorgibt, alle gegen fast alles absichern zu können, suggeriert eine Leistungsfähigkeit, die durch die Alltagserfahrungen der Menschen in einer Dramatik widerlegt wird, die das unabdingbare Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen auf Sicht so verschleiben wird, wie es bereits in die Repräsentanten und deren Kompetenzen verschlissen ist.

| eine neue demokratische Erzählung

Impulse für eine funktionierende Demokratie, die wieder begeistert, müssen eine breite und insbesondere auch ergebnisoffene Debatte entfachen, ohne sich gleich wieder im parteipolitischen Kleinklein zu verhaken. Von der adressatengerecht motivierenden Ansprache der Bürger und ihrer tatsächlich effektiven Einbindung in politische Prozesse über notwendige Effizienzsteigerungen des Politikbetriebes und klaren Verantwortungszuschreibungen mit sanktionsbewehrten Haftungsregeln für politische Pflichtverletzungen bis zur Entwicklung eines für alle

Bürgerinnen und Bürger verbindlich geltenden Referenzrahmens, der auf kollektiv geteilte Werte abstellt und nicht auf individuelle Herkunft: Frei denken! Das muss die Maxime sein.

Nicht Zuwanderung an sich ist das Problem, ungeregt aber wird sie zum Problem. Gelingende Integration verlangt eine allgemeingültige Wertebasis. An die Stelle ethnischer Homogenität muss in der Vielfaltsgesellschaft eine kulturelle Homogenität treten. Die Verteidigung einer freiheitlich-demokratischen Zuwanderungsgesellschaft kann nicht auf den Loyalitätsprinzipien fußen, die klassische Nationalstaaten einforderten. Die moderne Demokratie braucht eine Identität schaffende Erzählung, die nicht auf Abstammung, sondern auf Zugehörigkeit setzt und Identifikation aus der Zukunftsidee einer aufgeklärten Gesellschaft speist. Civic Patriotismus überwindet gesellschaftliche Spaltung, lässt Inklusion gelingen und interkulturelle Toleranz wachsen. Es ist dieser Geist demokratischen Selbstbewusstseins, der immunisiert gegen Überlegenheitsfantasien demokratiefeindlichen Abstammungs-, aber auch Glaubenschauvinismus.

| Säkular vs. laizistisch

Inwieweit Deutschland sich dafür vom säkularen Staat zur laizistischen Gesellschaft entwickeln sollte? Tatsache ist, dass das in der Bundesrepublik etablierte Kooperationsmodell durch religiösen Fanatismus aus einer Parallelgesellschaft einem Stresstest ausgesetzt ist. Empirisch belegte Hinweise dokumentieren die Dimension der Herausforderung. In dem Motra-Monitor 2025 hat das Bundeskriminalamt Zahlen veröffentlicht, die einen Übergang zur Tagesordnung nicht zulassen: 45,1 Prozent der Muslime in Deutschland unter vierzig Jahren zeigen islamismusgeneigte Einstellungen, 11,5 Prozent



gelten als manifest islamistisch und 33,6 Prozent sind es latent.

Ein Trennungsmodell, das Religion strikt in das Private verschiebt und religiöse Symbole aller Glaubensrichtungen in öffentlichen Institutionen verbietet, könnte einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des gesellschaftlichen Friedens leisten; begleitet von weiteren Maßnahmen. So könnte in Lehrplänen Demokratieschulung verbindlich aufgenommen werden. Angesichts der Rolle der sozialen Medien, die in besonderer Weise Treiber demokratiegefährdender Tendenzen sind, müsste auch Medienkompetenzvermittlung massiv ausgebaut werden.

| Bildung. Bildung. Bildung.

Schaut man auf die Resultate, die der bildungspolitische Wettbewerb zwischen den sechzehn Bundesländern liefert, besteht wenig Hoffnung, dass Schulen sein können, was sie auch sein müssten: Orte, an denen Demokratie gelehrt und gelernt wird. Schon jetzt sind die Schulen mit überforderten Schülern überfordert. Der INSM-Bildungsmonitor 2025 dokumentiert eklatante Defizite bei Rechnen, Lesen und Schreiben. Die Schulabbrecherquote liegt bundesweit bei 7,1 Prozent; in Sachsen-Anhalt als Negativspitzenreiter bei 12,5 Prozent. Von den ausländischen Jugendlichen (kein deutscher Pass; kein erweiterter Migrantengriff) erlangen in Berlin gerade einmal 4,2 Prozent die Studienberechtigung. Bundesweit liegt die Quote bei 9,1 Prozent, gegenüber 30,2 Prozent deutscher Abgänger. Zahlen, die schon nachdenklich genug machen, die die eigentliche Misere aber sogar noch verdecken: Wenn 45 Prozent aller Grundschüler auf das Gymnasium wechseln, mag das schlechte Quoten verbessern. Ein höheres Bildungsniveau ist damit allerdings nicht verbunden; im Gegenteil. Als „Akademisierungswahn“ bezeichnet Josef Kraus, ehemaliger Präsident des Deutschen

Lehrerverbandes, am 21.03.2026 im Münchner Merkur ein Phänomen, das nur Verlierer kennt. Aus Angst, sich des Vorwurfs der Diskriminierung auszusetzen, werden natürliche Leistungsunterschiede nicht mehr thematisiert und damit ein Renommeedenken bei Eltern unterstützt, das dafür verantwortlich ist, dass Kinder sich durch das Gymnasium quälen, während ihre eigentlichen Talente nicht erkannt werden und sie ihre tatsächlichen Potenziale nicht entfalten können. Aber auch die Jugendlichen, die das Gymnasium ohne Schwierigkeiten absolvieren, zahlen den Preis egalitärer Ideologie in Form entwerteter Abschlüsse als Folge quotendienlich abgesenkter Standards. Liberale wissen, was Linke nicht verstehen wollen: Chancengleichheit ist kein Synonym für Chancengerechtigkeit.

| Föderaler Paradigmenwechsel

Gerade auch unter bildungspolitischen Aspekten gehört die Frage nach einer grundlegenden Strukturreform des staatlichen Aufbaus in den Mittelpunkt der notwendigen Debatte über einen Relaunch der verfassten Demokratie. Der Föderalismus, dies die zum Streit einladende These, war in der alten Bundesrepublik Garant für Balance und Pluralität. Heute ist er eine überkommene Romantik, die Deutschland insbesondere auf Zukunftsfeldern wie Digitalisierung und eben auch Bildung bremst. Wo Kohärenz gebraucht würde, wird Subsidiarität hochgehalten und damit eine aus der Zeit gefallene, längst kontraproduktive Zuweisung von Zuständigkeit und Verantwortung zementiert.

Zeitgemäßer Föderalismus verlangt die Bündelung nationaler Kompetenzen auf den Zukunft sichernden Politikfeldern, um im Gegenzug beispielsweise über Experimentierklauseln regionale Innovationsräume zu eröffnen und hybride Laborstrukturen mit Clustern über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen. Auch asymmetrische Elemente



sollten diskutiert werden. So könnte ein leistungsfähigeres Bundesland mehr Autonomie erhalten als ein strukturschwaches.

| Beraten. Abwägen. Entscheiden.

Wirkung entfaltende Partizipation muss integraler Bestandteil einer modernen Demokratie sein, die sich als lernendes Netzwerk begreift, das Institutionen und Gesellschaft mittels digitaler Infrastruktur in Echtzeit verbindet, effektive Teilhabe ermöglicht und Transparenz gewährleistet.

Beratung und Abwägung – Deliberation – ist der Schlüssel, der die Tür zu einer echten Beteiligungsdemokratie aufschließt, in der Meinung durch Argumente legitimiert wird, in der notwendiger Streit zu Reflexion anregt und kooperativ Ergebnisse erarbeitet werden, die aufgrund der Qualität der Meinungsbildung und der Transparenz der Entscheidungsfindung auch Akzeptanz bei denen finden, die sich mit ihren Positionen nicht haben durchsetzen können. Ob durch offene Gesetzgebungsverfahren, in denen legislative Vorhaben online einsehbar sind und kommentiert werden können. Ob durch Einsatz von KI zur Entscheidungsunterstützung auf Basis transparenter Algorithmen und begleitet von öffentlicher Ethik-Kontrolle. Ob zufällig ausgewählte Bürgerräte; digital und auch analog. Es kursieren viele Vorschläge für Partizipationsmöglichkeiten, die den demokratischen Prozess befruchten und Glaubwürdigkeit wiederherstellen können.

Der eine solche Entwicklung auslösende Druck muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Zum einen lässt die saturierte Politik wenig Neigung erkennen, sich über Absichtserklärungen hinaus aus der Komfortzone des behaglichen parlamentarischen Biotops auf die Menschen zuzubewegen, um attraktive Angebote effektiver Einbindung zu machen.

Zum anderen besteht die Gefahr, dass „vocal minorities“ erweiterte Partizipation als Akustikverstärker für schon heute grenzwertig penetrantes Auftreten missbrauchen.

| Kompetenz. Voraussetzung für Mitwirkung.

Vertrauen der Bürger in die Gewählten verlangt von den Gewählten ein Mindestmaß an Bildung und Ausbildung, an Berufs- und im Einzelfall sicher auch Führungserfahrung. Nicht nur Ministerämter sind keine Lehrstellen für fachlich unbedarfte Parteikarrieristen. Wer über den Fachkräftemangel in der Wirtschaft klagt, sollte nicht Teil des Fachkräftemangels in der Politik sein. Die parteiinterne Ochsentour darf nicht länger als Befähigungsnachweis für ein politisches Amt in der Exekutive oder ein parlamentarisches Mandat dienen; extern erworbene Expertise sollte grundsätzlich den Vorzug verdienen.

Parteien bleiben wesentlicher Akteur politischer Willensbildung. Um ihrer verfassungsrechtlich statuierten Rolle in deliberativer Demokratie gerecht werden zu können, werden sie sich allerdings entwickeln müssen von taktierenden Machtzirkeln zu pluralistisch ausgerichteten Plattformen des offenen Austauschs mit Initiativen von Bürgern, Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft. Projekt- oder auch themenbezogene Kooperationen entstehen auf Zeit, dirigiert nicht länger von Lobbyisten aus dem Off. Die Parteien tragen die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit in die Parlamente, um aus fruchtbarer Debatte reale Politik werden zu lassen. Die Rückkoppelung erfolgt unmittelbar gegenüber der Öffentlichkeit über digitale Infrastruktur, gestützt auf gemeinwohlorientierte Technik, frei von ausländischen Techgiganten. Die durch nichts und niemanden demokratisch legitimierten NGOs werden vom Platz gestellt.



| Es muss gestritten werden!

Ein Staat, der sich etwas zutraut, muss den Mut haben zu führen. Bürger, die die Institutionen respektieren sollen, müssen ernst genommen werden. So wird aus einer überforderten Demokratie wieder eine überzeugende Demokratie, die begeistert: Vertrauen zuerst! Kontrolle gezielt.

Über die Wege zu dieser neuen Vertrauensrepublik Deutschland muss gestritten werden, wie auch über jede einzelne Maßnahme der Realisierung. Heftig in der Sache, um die besten Ansätze zu identifizieren und optimal umzusetzen. Respektvoll im Umgang, um den richtigen Ton gleich zu Beginn zu setzen, der die neue Debattenkultur prägen muss.

| Wer wagt es?

Für Linke ist Vertrauen das, was bleibt, wenn Kontrolle versagt. Als Baumeister einer Demokratie des Vertrauens und der Verantwortung scheiden sie damit aus. Konservative wiederum hängen noch zu sehr an den Erfolgsmustern der alten Bundesrepublik. Letztlich wird nur eine starke liberale Kraft mit dem Mut zu radikaler Offenheit die Debatte initiieren können. Die FDP jedoch ist nur noch ein von den Wählern marginalisierter Schatten ihrer früheren Selbst, geführt von zweifelsohne integren Sachwaltern, aber ohne erkennbare Leidenschaft und mitreißendes Charisma. Das BSW wiederum hat durch die Dominanz linker Kader die einmalige Chance verspielt, die von Sahra Wagenknecht präzise identifizierte und mit dem Gründungsmanifest 2024 zielgenau anvisierte Lücke im Parteiensystem als progressive, liberal-soziale Kraft zu besetzen. So werden sich gefestigte Liberale mit und ohne politische Vergangenheit zusammenfinden müssen, um den Stein ins Wasser zu

werfen. Dass es aktuell keine liberale Partei von Gewicht in Deutschland gibt, könnte sich dabei sogar als Vorteil erweisen: Ohne Partei denkt es sich nochmals freier.



Dr. Stefan Grüll

Rechtsanwalt und Mediator, war Abgeordneter der FDP und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag NRW. Aus der FDP 2008 ausgetreten, bezeichnete er sich als heimatloser Liberaler bis zum Eintritt als einer der ersten 400 Mitglieder in das BSW im Januar 2024. Als Gründungsmitglied der parteinahen Stiftung ist Grüll noch engagiert, im Übrigen aber inaktiv: „Als Liberaler aus Leidenschaft bin ich in einer linken Partei so falsch, wie ich es in einer rechten Partei wäre.“

Die **stille Kraft** der Petition

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Corinna Rüffer (MdB)





Corinna Rüffer sitzt für *Bündnis 90/Die Grünen* im Bundestag. Im Interview spricht sie über Petitionen als unterschätztes Instrument politischer Teilhabe zwischen konkreter Hilfe, fachlicher Erkenntnis und leiser Wirksamkeit im parlamentarischen Betrieb.

Ralf M. Ruthardt | Bürgerinnen und Bürger wenden sich mit Petitionen an den Deutschen Bundestag. Nun, davon hat man gehört, aber es selbst in aller Regel noch nicht praktiziert. Vielleicht, weil man kein entsprechendes Anliegen oder sich womöglich nicht getraut hat. Hier spreche ich mit Corinna Rüffer, welche für Bündnis 90/DIE GRÜNEN seit 2013 im Deutschen Bundestag sitzt.

Im Rahmen Ihrer parlamentarischen Arbeit als Bundestagsabgeordnete sind Sie, liebe Corinna Rüffer, unter anderem ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss und dort die Obfrau Ihrer Fraktion.

Viele Menschen verbinden in einer Wahlentscheidung politische Mitwirkung. Ist eine Petition eine weitere, niederschwellige Form politischer Teilhabe? Oder ist Petitionswesen etwas, was symbolisch und nur wenig wirksam ist?

Corinna Rüffer | Als ich vor über zehn Jahren in den Bundestag gewählt wurde, habe ich mich ganz explizit für die Mitarbeit im Petitionsausschuss entschieden. Mir ging es entgegen möglicher Vorurteile gegenüber Abgeordneten darum, mich mit der Lebenspraxis der Bürgerinnen und Bürger zu beschäftigen: Was bedeuten politische Entscheidungen für die Menschen.

Lassen Sie mich zunächst etwas Grundsätzliches anmerken: Der Artikel 17 im Grundgesetz formuliert den verfassungsrechtlichen Anspruch, sich mit Vorschlägen und Beschwerden an dieses Parlament wenden zu können und auch Antwort zu bekommen.

Ralf M. Ruthardt | Welcher Art sind Petitionen? Können Sie aufgrund Ihrer langjährigen Tätigkeit im Petitionsausschuss Kategorien bilden?

Corinna Rüffer | Die Eingaben betreffen wirklich alle Bereiche. Aber es gibt u. a. viele Petitionen von Bürger*innen, die schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht haben. Diese Menschen berichten uns, wenn sie beispielsweise nicht gegen die Bürokratie ankommen. Grund dafür kann sein, dass ein Gesetz einfach eine Lücke aufweist und für bestimmte Sachverhalte keine Lösung vorgehalten wird. Solche Probleme nehmen wir dann auch in die jeweiligen Fachausschüsse mit.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es zusätzlich zur Tätigkeit im Petitionsausschuss eine fachliche Mitarbeit in anderen Fachausschüssen?

Corinna Rüffer | Ja, genau. Ich bin im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Das bietet sich an, weil ein sehr hohes Aufkommen an Petitionen diesen Bereich betrifft: Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung oder was auch immer. Was wir im Petitionsausschuss mitbekommen, wird in der fachlichen Arbeit verwertet. Ich empfinde es als total schön, Menschen ganz konkret helfen zu können.

Es gibt noch eine zweite Variante: Leute mit großen politischen Themen. Nehmen wir eine große Petition, die vor einiger Zeit von Ulla Schmidt, Präsidentin der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., eingereicht wurde. Da hört man den Bundeskanzler sagen, dass wir uns



den Sozialstaat in der aktuellen Form nicht mehr leisten können. Da ächzen Kommunen unter den Lasten beziehungsweise den viel zu geringen Einnahmen und können die gesetzlichen Aufträge kaum noch bearbeiten. Und im Fall der genannten Petition geht es nun darum, dass bei Menschen mit Behinderung eben nicht gekürzt wird. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. bietet Leistungen an, um Menschen mit Behinderung teilhaben zu lassen. Der Verein ist hingegangen und hat eine Kampagne auf einer Petition aufgebaut. Innerhalb von ganz, ganz wenigen Tagen wurde die 30.000er-Marke locker gerissen und mittlerweile unterstützen die Petition fast hunderttausend Unterzeichner*innen. Man sieht, das Instrument der Petition ist sehr einfach.

Ralf M. Ruthardt | Wir haben eine Fülle von einzelnen Petitionen, die eher operative Themen betreffen. Sie haben es sehr schlüssig an Unschärfen in der Gesetzgebung erklärt, die dann aufgegriffen im parlamentarischen Betrieb werden können. Auf der anderen Seite haben wir Petitionen, die in Kampagnen eingebunden sind. Man könnte dieses Vorgehen von Interessensgruppen kritisieren, aber warum sollte man nicht dieses Instrument nehmen, um seine Anliegen besser in den parlamentarischen Betrieb zu bekommen.

Corinna Rüffer | Und manchmal gibt es Fälle, wo einzelne Personen gar kein Netzwerk haben und mit ihrem konkreten Anliegen an den Bundestag herantreten. Und plötzlich – man kann es oftmals gar nicht erklären, warum – gibt es ganz viele Mitunterzeichnende. Menschen, die das Anliegen unterstützen möchten.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns im Kontext von digitalen Massenpetitionen über einen Gedanken nachdenken: Werden solche Petitionen ab und an als Marketinginstrument missbraucht?

Corinna Rüffer | Man muss unterscheiden: So haben etwa die privaten Plattformen, wie OpenPetition und Change.org, mit unserem Petitionsverfahren nach Artikel 17 nichts zu tun. Das Instrument, das wir als Bundestag und in den Landesparlamenten kennen, sind Petitionsausschüsse bzw. manchmal auch Bürgerbeauftragte. Wir sehen das Phänomen, das Sie gerade beschreiben, eher selten.

Es gab schon mal die Situation, dass ein Unternehmer mehr oder weniger ein bestimmtes Produkt bewerben wollte. Aber das sind im Petitionsverfahren die Ausnahme und hier greifen auch unsere Regeln der „Richtlinie öffentliche Petitionen“ und solche Petitionen werden dann ggf. nicht auf dem Petitionsportal (epetitionen.bundestag.de) veröffentlicht.

Ralf M. Ruthardt | Vom kommerziellen Interesse mal abgesehen, könnte eine Petition einer NGO oder einem Verband eine gewisse Lautstärke und Wahrnehmung verschaffen, oder?

Corinna Rüffer | Einen solchen Eindruck habe ich in der Tat noch nie gehabt und dafür eignet sich das Instrument nicht. Da ist viel Mühe notwendig, um viele Unterschriften zu generieren – und wir als Bundestag bewerben Petitionen nicht auf Social-Media-Kanälen.

Ralf M. Ruthardt | Dann wechseln wir die Perspektive: Wie sehr ist innerhalb des parlamentarischen Betriebes das Petitionswesen wertgeschätzt? Ich habe verstanden, dass der eine und andere Inhalt bzw. Impuls schlussendlich in den Fachausschüssen diskutiert wird. Schließlich ist das Petitionswesen eine besondere Art und Weise des Dialogs zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem parlamentarischen Betrieb.

Corinna Rüffer | Ich würde sagen: je nach-



dem, wie man es nutzt. Ich bekomme jede Woche mehrere Petitionen zur Bearbeitung zugeleitet. Das ist wirklich mit viel Arbeit verbunden und die allermeisten Petitionen funktionieren still und sollen das ja auch. Der Mehrwert von Petitionen liegt vor allem auch in der fachlichen Erkenntnis, die man gewinnt.

Ralf M. Ruthardt | Mit wie vielen Personen sind Sie denn im Petitionsausschuss unterwegs?

Corinna Rüffer | Der Ausschuss hat 26 Vollmitglieder, wir als Grüne Fraktion haben davon drei Sitze.

Ralf M. Ruthardt | Und ist es so, dass Sie jetzt noch einen bekannten Namen dazu bekommen haben?

Corinna Rüffer | Genau, genau, Ricarda Lang ist vor einigen Monaten zu uns gestoßen, was ich total super finde.

Ralf M. Ruthardt | Warum ist es super?

Corinna Rüffer | Weil Ricarda Lang einfach eine total angenehme Person ist. Sie ist in der Lage, sich fachlich sehr schnell in die Themen einzuarbeiten. Zudem hat sie auf der anderen Seite das Potenzial sehr schnell erkannt, dass man mit Petitionen wirklich auch politisch wirksam arbeiten kann, auch in Kooperation mit der Zivilgesellschaft.

Ralf M. Ruthardt | Hilft es auch, so Namen in diesem Umfeld jetzt mit drin zu haben? Würde Ricarda Lang in den Vorstand der Deutschen Bahn wechseln, dann hätte das mit Sicherheit für eine hohe Aufmerksamkeit gesorgt. Doch im Petitionsausschuss scheint die Tätigkeit eher etwas Ruhiges, Versachlichtes zu haben.

Corinna Rüffer | Lautstarkes Agieren würde meines Erachtens dem Wesen dieses Ausschusses total widersprechen. Somit spielt

die öffentliche Bekanntheit von Ricarda Lang eher weniger eine Rolle.

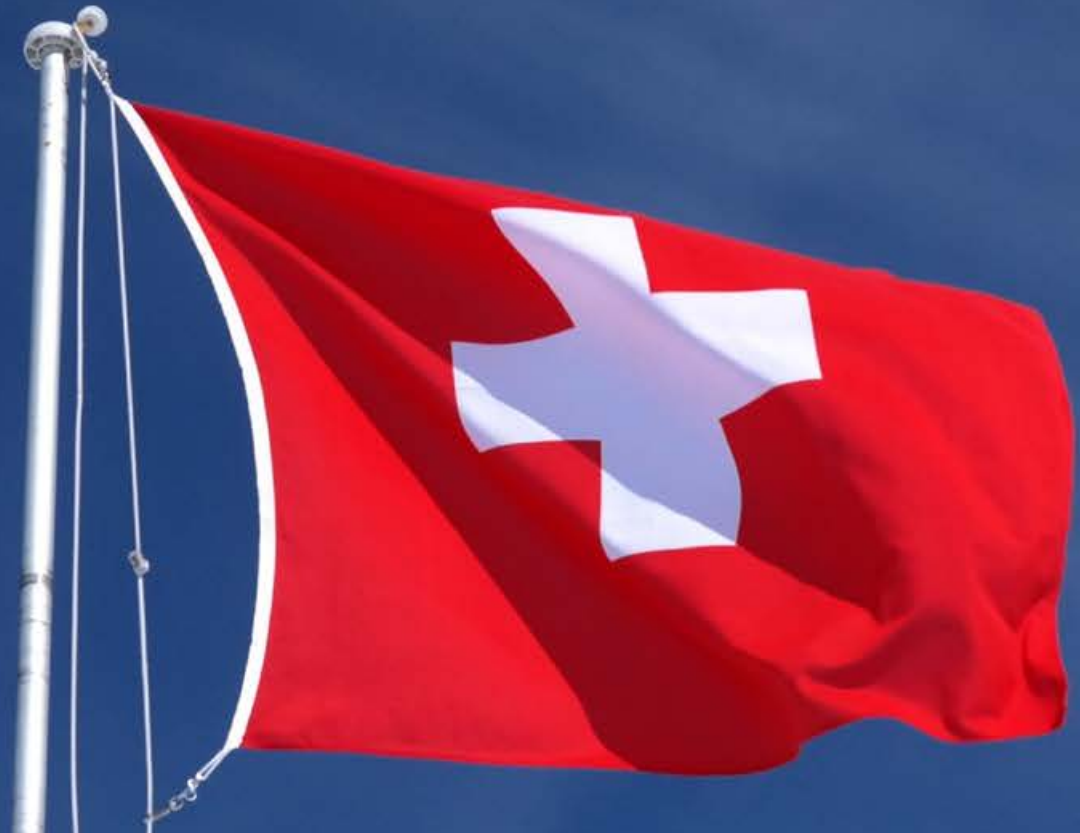
Ralf M. Ruthardt | Dann halten wir fest: Petitionen sind ein wirksames Instrument – und der Petitionsausschuss ist an fachlichen Problemlösungen interessiert und keine Plattform für lautstarke Kampagnen.

Corinna Rüffer

geboren 1975 in Osnabrück. Sie studierte Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Trier (ohne Abschluss) und ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen mit Schwerpunkt Behindertenpolitik, Soziales und Petitionen.



Foto: Nils-Leon Brauer



*Presse **gegen** den Gleichschritt*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Roman Zeller



Im Gespräch mit dem Journalisten Roman Zeller von der Schweizer Wochenzeitung *DIE WELTWOCHEN* geht es um Perspektivenwechsel im Journalismus, den Umgang mit dominanten Narrativen und die Rolle der Presse in polarisierten Zeiten. Zeller beschreibt, warum provokante Gegenpositionen für ihn zum demokratischen Diskurs gehören – und weshalb Irritation oft der Beginn von Erkenntnis ist.

Ralf M. Ruthardt | *DIE WELTWOCHEN* gilt als Medium, das bewusst gegen dominante Narrative anschreibt und Perspektiven verschiebt. Wo haben Sie, lieber Roman Zeller, persönlich erlebt, dass dieser Perspektivenwechsel tatsächlich Erkenntnisgewinn erzeugt hat und wo vielleicht auch Irritation oder Missverständnisse?

Roman Zeller | Ich erlebe diesen Erkenntnisgewinn persönlich immer dann, wenn das offizielle Narrativ zur unantastbaren Wahrheit festgezurrut wird und die mediale Einheitsfront im Gleichschritt marschiert.

Ob zum Beispiel bei der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg, bei Donald Trump, der AfD, Putin, China: Sobald es heißt, «das darf nicht sein», «unmöglich», «darüber darf man nicht reden, nicht diskutieren», dann schepern bei mir die Alarmglocken. Wenn alle in die gleiche Richtung rennen, bietet die andere Sicht zwangsläufig einen Mehrwert – weil sie eben den toten Winkel der Mehrheitsmeinung ausleuchtet.

Ralf M. Ruthardt | Sie wollen damit sagen, dass nur so eine lebendige Demokratie funktioniert.

Roman Zeller | Ja, genau. Demokratie ist nichts für Harmoniesüchtige, sondern eine Arena, wo Wettbewerb der Argumente herrscht, wo das Unbequeme, auch das politisch Unkorrekte auf den Tisch muss. Zur möglichst breiten Willensbildung und Entscheidungsfindung. Nicht einige wenige sollen bestimmen, was gut ist, sondern die Mehr-

heit, die Bürger. Dass dies Irritation auslöst, ist kein Betriebsunfall, sondern das Ziel; eine Presse, die niemanden und schon gar nicht die «Guys in Charge» mehr stört, ist keine Presse, sondern eine PR-Abteilung der Mächtigen.

Wer an den festzementierten Thronen der Eliten rüttelt, muss mit Lärm rechnen, denn wer an der Macht ist, mag es naturgemäß nicht, wenn man an seinem Stuhl sägt. Was uns dann oft als Missverständnis entgegenschlägt, ist in Wahrheit die intellektuelle Kapitulation des Gegenübers. Mir fällt immer wieder auf: Statt sich inhaltlich mit Argumenten auseinanderzusetzen, flüchtet man sich in die moralische Keule und die hysterische Schubladisierung: «rechts», «rechtsextrem», «Nazi» – was natürlich vollkommen absurd ist.

| sich auch mal irren, das gehört zum Menschsein

Mir zeigt das: Man schießt in der heutigen Zeit lieber auf den Boten, weil man die Botschaft nicht widerlegen kann. Mag ja sein, dass auch wir uns bei *DER WELTWOCHEN* mal irren – das gehört zum Menschsein dazu! Aber entscheidend ist, dass man im Diskurs bleibt. Rede und Gegenrede, auch Streit, das ist das Lebenselixier der Demokratie – und der Freiheit. Wer nur noch die Einbahnstraße des Denkens zulässt, befindet sich auf dem direkten Weg in die geistige Diktatur, und dagegen halten wir mit einer gewissen sportlichen, auch verspielten Freude die Stellung. Gut gelaunt!



Ralf M. Ruthardt | Wenn Sie Themen gegen den medialen Mainstream setzen: Erleben Sie bei Ihrer Leserschaft eher Bestätigung, produktiven Widerspruch oder eine Zuspitzung der Polarisierung? Und woran merken Sie, ob ein Perspektivenwechsel als intellektuelle Einladung verstanden wird – oder als Provokation?

Roman Zeller | Ich erlebe das volle Spektrum, die gesamte Klaviatur an Reaktionen – von glühender, euphorischer Zustimmung und tiefer Dankbarkeit für die Frischluft aus den Schweizer Bergen bis hin zur hasserfüllten Empörung.

Das ist völlig natürlich: Wer sich wie wir der – im Idealfall – intelligenten Provokation verschrieben hat, wer den Mut hat, festgefahrene Denkmuster zu hinterfragen, aufzubrechen, der erntet zwangsläufig Reaktionen, auch heftige. Besonders bei hochgradig emotionalisierten Themen wie den Kriegen in der Ukraine, in Gaza, im Iran, kochen die Gemüter hoch. Woran ich erkenne, ob unser Perspektivenwechsel als Einladung oder reine Provokation verstanden wird? Das zeigt sich schnell an der Qualität der Rückmeldung.

Ralf M. Ruthardt | Wie sehr kochen die Emotionen bei den Leuten hoch, wenn man den Wechsel der Perspektive zumutet?

| reflexartiger Angriffsmodus

Roman Zeller | Es gibt den emotionalen Kurzschluss, den reflexartigen Angriffsmodus, bei dem die Leute mit Schaum vor dem Mund in Pauschalisierungen flüchten – da geht die Emotion sofort über die Finger auf die Tastatur, ohne den Umweg durch den Kopf gemacht zu haben. Aber – und das ist das Schöne – es gibt eben auch das Gegenteil: Ich erhalte regelmäßig hochinteressante Zuschriften und Kommentare, die sich inhaltlich mit unseren Thesen auseinandersetzen.

Das sind die Momente, in denen ein echter, produktiver Diskurs entsteht, der uns zwingt, auch die eigene Position noch einmal zu hinterfragen. Wenn ein Leser schreibt: «Ich sehe das völlig anders als Sie, aber Ihr Argument X hat mich zum Nachdenken gebracht», dann ist das Ziel erreicht. Am Ende ist mir jede leidenschaftliche Reaktion lieber als die Friedhofsruhe. Stellen Sie sich eine Welt vor, wo man sich nur noch gegenseitig bestätigt und auf die Schulter klopft. Schlimm! Daher sind mir auch die hysterischen Reaktionen der Medien lieber als die Totenstille; würde die Weltwoche nichts mehr auslösen, würde nichts mehr in Schwung kommen, wären wir auf einem ganz falschen Weg.

Ralf M. Ruthardt | Was macht es mit Ihnen persönlich, dauerhaft gegen Mehrheitsdeutungen zu arbeiten? Stärkt das Ihre innere Unabhängigkeit oder erhöht es den Druck, ständig gegen den Strom schwimmen zu müssen? Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen notwendiger Gegenposition und bloßer Opposition um der Opposition willen?

Roman Zeller | Wissen Sie, ich sehe mich gar nicht primär als Meinungsmacher, es geht hier weniger um mich persönlich. Ich bin Schweizer, ich bin neutral – und als solcher kenne ich keine Brandmauern. Das liegt einfach nicht in unserem Naturell.

Ich rede mit allen, und ich wünschte mir, dass wir als Gesellschaft wieder mehr miteinander reden, diskutieren, auch leidenschaftlich streiten, statt uns gegenseitig in Schubladen zu stecken, zu diffamieren, anzuschreien. Was mich antreibt, ist eine tiefe, fast schon chronische Neugier auf Menschen und Meinungen. Mich interessiert brennend, was jene zu sagen haben, die in unseren sterilen Debatten als «umstritten» gelten – um dieses Bullshit-Wort einmal zu gebrauchen. Wo sind ihre Argumente? Wo liegen die Missverständnisse? Was blendet die Mehrheit aus?



Natürlich erhöht das den Druck, und klar macht das etwas mit einem. Auch ich bin nur ein Mensch, kein Roboter, und jeder Mensch hat das natürliche Bedürfnis, irgendwo auch zu gefallen. Aber darum darf es in meinem Beruf nicht gehen. Ich sehe mich in einer Art Rolle des journalistischen Pflichtverteidigers. Wenn ich nicht mit den Verfeimten und Verdammten spreche, wer macht es dann? Jeder Mensch – und sei er in den Augen der Öffentlichkeit noch so «böse» – verdient rechtliches Gehör.

Das habe ich schon im Jurastudium gelernt, 1. Semester: Audiatur et altera pars. Es ist zwingend nötig, diese Rolle einzunehmen,

auch wenn es ungemütlich ist. Wo kämen wir sonst hin, wenn wir die Urteile fällen, bevor die Verteidigung überhaupt das Wort ergreifen durfte? Und genau da verläuft die Grenze zur Opposition um der Opposition willen: Mir geht es nicht um plumpen Widerspruch, sondern um die rechtsstaatliche, meinetwegen die demokratische Notwendigkeit, das ganze Bild, die andere Sicht zu zeigen.

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch, lieber Roman Zeller.

Roman Zeller

geboren 1992 in Zürich. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich mit Austauschsemestern an der University of Queensland, Brisbane (Australien) und an der Tsinghua University, Peking (China). Ab Sommer 2018 bei der Weltwoche Verlags AG. Erst als Volontär, dann, ab 2019, als Reporter im Inlandressort und ein Jahr darauf als Korrespondent in Berlin. Heute ist er Mitglied der Chefredaktion und verantwortet den Digital-Bereich.



*Die **Zukunft** ist noch nicht geschrieben*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Uwe Leuschner



Über die Konflikte des Westens, die Selbstüberschätzung Europas und die Frage, ob Zukunft aus Abschottung oder aus neuer Nüchternheit entsteht. In seinem neuen Buch „Die Zukunft ist noch nicht geschrieben – Die Konflikte des Westens und was Trump & Co. nicht wissen“ nimmt Uwe Leuschner den Westen nicht moralisch, sondern nüchtern auseinander. Er beschreibt einen Kultur- und Wahrnehmungskonflikt, der tiefer reicht als Tagespolitik: zwischen den Generationen, zwischen Kommunikationsräumen, zwischen alten Machtbildern und einer Welt, die längst multipolar geworden ist. Bereits in seinem Beitrag „Eurasien denken, ohne Komplexe“ in [MITMENSCHENREDEN 2025-03](#) klang an, dass Europas Blick auf Asien häufig von Überheblichkeit, Unkenntnis und historischer Selbsttäuschung geprägt ist. Das folgende Gespräch führt diese Gedanken weiter – nicht als Buchwerbung, sondern als Versuch, die wesentlichen Linien dieses Befunds für die Leserinnen und Leser offenzulegen.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Uwe Leuschner, der Titel Ihres Buches klingt offen und zugleich wie ein Widerspruch gegen jede politische Gewissheit. „Die Zukunft ist noch nicht geschrieben“ – das ist ja auch ein Einspruch gegen jene Milieus, die meinen, den Verlauf der Geschichte bereits moralisch fixiert zu haben. Was genau ist Ihr Ausgangspunkt?

Uwe Leuschner | Mein Ausgangspunkt ist eine einfache Beobachtung: Der Westen verwechselt seine Wünsche oft mit Wirklichkeit. Wir reden, als seien unsere politischen Begriffe, unsere Wertehierarchien und unsere moralischen Selbstbilder weltweit verbindlich. Tatsächlich leben wir aber in einer Welt, die sich längst von dieser westlichen Deutungshoheit entfernt hat. Die Zukunft bleibt offen, weil sie nicht in Berlin, Brüssel oder Washington geschrieben wird, sondern in einer viel größeren, vielschichtigeren Welt. Und diese Welt schaut anders auf sich selbst, als der Westen es gerne hätte.

Ralf M. Ruthardt | Sie beschreiben in Ihrem Buch den Westen nicht nur als krisenanfällig, sondern als orientierungslos. Ist das für Sie vor allem ein politisches Problem – oder schon ein zivilisatorisches?

Uwe Leuschner | Es ist mehr als ein Regierungs- oder Parteienproblem. Es ist ein

Problem des Selbstverständnisses. Europa und der weitere Westen haben sich daran gewöhnt, sich als Maßstab zu sehen: moralisch überlegen, politisch aufgeklärter, kulturell richtungsgebend. Doch diese Erzählung trägt nicht mehr. Unsere relative Macht sinkt, unsere innere Geschlossenheit nimmt ab, und zugleich fehlt vielfach die Bereitschaft, das Anderssein anderer Zivilisationen überhaupt ernst zu nehmen. Genau darin liegt für mich der eigentliche Konflikt.

Ralf M. Ruthardt | Bereits in Ihrem Beitrag „Eurasien denken, ohne Komplexe“, der in [MITMENSCHENREDEN 2025-03](#) erschienen ist, haben Sie dafür plädiert, Europa möge Asien nicht länger aus einer Mischung aus Misstrauen, Gewohnheit und Überlegenheitsgefühl betrachten. Ist das neue Buch die Fortsetzung dieses Gedankens – oder dessen Zuspitzung?

Uwe Leuschner | Beides. Der Beitrag war ein konzentrierter Anstoß. Das Buch geht deutlich tiefer. Ich versuche dort zu zeigen, dass der Westen nicht nur außenpolitisch falsch liest, was in Asien, Eurasien und überhaupt außerhalb seines eigenen Denkhorizonts geschieht. Er missversteht auch sich selbst. Wer die Welt nur noch in Freund-Feind-Schablonen, in Demokratien gegen Diktaturen oder in moralische Lager einteilt, erkennt



weder die Dynamik anderer Gesellschaften noch die eigenen strukturellen Schwächen.

Ralf M. Ruthardt | Sie arbeiten drei große Konfliktfelder heraus: den Generationenkonflikt, den Kommunikationskonflikt und den Konnektivitätskonflikt. Beginnen wir mit dem Generationenkonflikt. Was übersehen wir hier in Deutschland besonders hartnäckig?

| Verlorene Generation?

Uwe Leuschner | Wir übersehen, dass die Jüngeren die Kosten eines Systems tragen sollen, das vor allem die Gegenwart der Älteren stabilisiert. Die Konflikte um Rente, Pflege, Bildung, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe sind keine Randthemen mehr. Zugleich erleben viele junge Menschen eine tiefe mentale Verunsicherung: Krieg, wirtschaftlicher Abstieg, Überforderung durch Komplexität, fehlende Verlässlichkeit. Der Westen spricht zwar ununterbrochen von Zukunft, behandelt die Jugend politisch aber oft wie eine nachgeordnete Größe ohne echte Stimme.

Ralf M. Ruthardt | Das heißt: Die Rede von der Zukunft ist vielerorts nur noch Ritualsprache?

Uwe Leuschner | Ja. Es wird von Zukunft gesprochen, ohne die Gegenwartsinteressen wirklich anzutasten. Man fordert Anpassungsbereitschaft, Resilienz und Mobilität – aber oft ohne tragfähige Angebote. Wenn junge Menschen den Eindruck gewinnen, dass sie in einer älter werdenden Gesellschaft vor allem bezahlen, verzichten und gehorchen sollen, dann entsteht nicht Vertrauen, sondern Distanz. Und genau diese Distanz gefährdet den sozialen Frieden.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns auf den Kommunikationskonflikt schauen. Sie schreiben sehr pointiert über Sprache, Medien und Wahrnehmung. Ist der Westen dabei, den

Kontakt zur Welt zu verlieren, weil er nur noch in seinem eigenen Resonanzraum spricht?

Uwe Leuschner | So ist es. Wir benutzen Begriffe, die für uns selbstverständlich klingen, die aber außerhalb des Westens oft ganz anders gelesen werden oder gar keine vergleichbare Bedeutung haben. Hinzu kommt eine mediale Verengung. Viele westliche Debatten kreisen um sich selbst. Man konsumiert Bestätigung, nicht Erkenntnis. Gleichzeitig kennen wir die Geschichte, die Mentalität und die kulturellen Tiefenschichten Asiens viel zu wenig. Man kann nicht ernsthaft globale Politik betreiben und gleichzeitig Milliarden Menschen mental wie Randfiguren behandeln.

Ralf M. Ruthardt | Sie formulieren an einigen Stellen eine deutliche Kritik an der Amerikanisierung unserer Sprache und unserer Denkmuster. Ist das für Sie bloß kultureller Geschmack – oder ein geopolitisches Problem?

Uwe Leuschner | Es ist ein geopolitisches Problem, weil Sprache Wahrnehmung strukturiert. Wer fast nur noch westlich-amerikanische Begriffe, Codes und Narrative übernimmt, übernimmt oft unbemerkt auch deren Weltdeutung. Das schwächt die Fähigkeit Europas, eigenständig zu denken. Man sieht es daran, wie schwer wir uns damit tun, andere Kommunikationsstile oder historische Erfahrungen als legitim anzuerkennen. Nicht jede indirekte Kommunikation ist Unfreiheit, nicht jede westliche Direktheit ist Wahrheit.

| Kommunikation ohne Kenntnis?

Ralf M. Ruthardt | Ein weiterer Schlüsselbegriff Ihres Buches ist die Konnektivität. Das klingt zunächst technisch, fast neutral. Bei Ihnen ist es ein zivilisatorischer Begriff. Warum?



Uwe Leuschner | Weil Konnektivität mehr ist als digitale Vernetzung. Sie meint Verkehrswege, Handelsräume, Lieferketten, Infrastrukturen, kulturelle Berührungen, also reale Verbindungen zwischen Menschen und Regionen. Über Jahrhunderte hat genau diese Verdichtung die Welt verändert – produktiv und zerstörerisch zugleich. Globalisierung brachte Austausch, aber auch Kolonisierung, Ausbeutung und Kriege. Wer heute über Entkopplung redet, tut oft so, als könne man diese gewachsenen Verbindungen politisch sauber rückabwickeln. Das ist illusionär.

Ralf M. Ruthardt | Dann wäre die westliche Strategie der Abschottung gegenüber China, Russland oder überhaupt gegenüber größeren eurasischen Räumen für Sie ein Ausdruck von Schwäche?

Uwe Leuschner | Mindestens von Unsicherheit. Natürlich gibt es Konflikte, Interessenunterschiede und auch harte Gegnerschaften. Aber eine dauerhafte Strategie der Abschottung übersieht, dass die Weltwirtschaft, die Infrastrukturentwicklung und viele Zukunftsmärkte längst nicht mehr ausschließlich im Westen liegen. Wer aus Angst vor Kontrollverlust nur noch Mauern denkt, wird am Ende nicht sicherer, sondern irrelevanter.

| Konnektivität statt Abschottung

Ralf M. Ruthardt | Im Untertitel Ihres Buches heißt es: „... und was Trump & Co. nicht wissen“. Was wissen Trump und andere westliche Machtpolitiker aus Ihrer Sicht nicht?

Uwe Leuschner | Einfach ausgedrückt – Trump & Co. fehlt die Fähigkeit, dialektisch zu denken und zu handeln. Sie unterschätzen die Eigenlogik der übrigen Welt. Viele westliche Machtakeure glauben noch immer, Geschichte lasse sich mit Druck, Deals, Straf-

maßnahmen und Lautstärke dominieren. Aber Asien, Eurasien und der globale Süden definieren ihre Interessen längst selbst. Trump steht hier für eine Haltung, nicht nur für eine Person: für die Vorstellung, man könne Komplexität durch Härte ersetzen. Das ist politisch plakativ, analytisch aber unerquicklich schwach.

Ralf M. Ruthardt | Sie plädieren dennoch nicht für westliche Selbstverleugnung. Sie fordern ja nicht, Europa solle sich auflösen oder unterordnen. Worin besteht dann Ihr Gegenentwurf?

Uwe Leuschner | Im Ernstnehmen der eigenen Stärken – aber ohne Hybris. Europa muss sich seiner kulturellen, wirtschaftlichen und historischen Substanz erinnern und zugleich verstehen, dass Partnerschaft nicht Herrschaft bedeutet. Wir brauchen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Innovationsfähigkeit und in die Fähigkeit, andere Regionen ohne missionarischen Gestus zu verstehen. Kooperation auf Augenhöhe ist kein romantischer Wunsch, sondern nüchterne Notwendigkeit.

| Mehr Realitätssinn

Ralf M. Ruthardt | Das heißt, Ihre zentrale Botschaft ist weder kulturpessimistisch noch westfeindlich, sondern eher: Realitätssinn statt Selbstberuhigung?

Uwe Leuschner | Genau. Ich schreibe nicht gegen den Westen, sondern gegen seine Illusionen. Ich halte nichts von jener wohlfeilen Untergangsrhetorik, die nur noch Anklage produziert. Aber ich halte ebenso wenig von der bequemen Selbstversicherung, wonach schon alles in Ordnung sei, solange wir nur die richtigen Parolen wiederholen. Es geht um Selbstbesinnung, um Lernfähigkeit und um die Bereitschaft, in einer multipolaren Welt erwachsen zu handeln.



Ralf M. Ruthardt | Zum Schluss eine Frage, die aus dem Titel folgt. Wenn die Zukunft noch nicht geschrieben ist: Wer schreibt sie – und woran entscheidet sich, ob der Westen daran noch gestaltend mitwirkt?

Uwe Leuschner | Geschrieben wird sie von denjenigen Gesellschaften, die Realität erkennen, Widersprüche aushalten und aus ihnen produktive Kraft entwickeln. Der Westen wird nur dann mitgestalten, wenn er seine Selbstüberschätzung ablegt, seine jungen Generationen wieder ernst nimmt und die Welt nicht länger belehren, sondern verstehen will. Die Zukunft gehört nicht den Lautesten. Sie gehört denen, die fähig sind zu lernen.

Ralf M. Ruthardt | Uwe Leuschner, einmal mehr herzlichen Dank für dieses intensive Gespräch.



Uwe Leuschner

ist Autor und ehemaliger Logistikmanager. Er arbeitete über viele Jahre in Russland, Zentralasien und China und veröffentlichte zuletzt das Buch „Die Zukunft ist noch nicht geschrieben – Die Konflikte des Westens und was Trump & Co. nicht wissen“.





Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de

*Der Triumph der **Gesinnung** über die **Urteilskraft***



Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Fritz Söllner





Der Finanzwissenschaftler Fritz Söllner spricht über politischen Moralismus, wirtschaftliche Selbstschädigung, Föderalismus und Freiheit. Ein Gespräch über Gesinnung, Verantwortung – und die unbequemen Kosten staatlicher Bevormundung.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns, lieber Herr Prof. Dr. Fritz Söllner, über Moral versus Rechtsordnung sprechen. Sie verwenden mit Blick auf die deutsche Politik den Begriff „Moralapostel“. Wo verläuft aus Ihrer Sicht die Grenze zwischen einer legitimen normativen Ordnung und einem politischen Moralismus? Verdrängt dieser Moralismus geradezu rechtsstaatliche Prinzipien und die Vernunft?

Fritz Söllner | Moral und Werte sind wichtig und wir brauchen sie. Auf politischer Ebene stellt sich die Frage nach der Legitimität von Staatszielen und die Frage nach den Instrumenten, mit denen man diese Staatsziele durchsetzen kann. Welche Instrumente sind zulässig – und welche nicht? Diese Fragen müssen wir als Gesellschaft beantworten und uns damit letztendlich Wertentscheidungen stellen. Dafür braucht es moralische Prinzipien. Halten wir fest: Eine moralische Orientierung ist notwendig.

Der Übergang zum politischen Moralismus ist nicht eindeutig, sondern fließend. Allerdings wird der politische Moralismus dann sehr deutlich, wenn für die handelnden Personen die Konsequenzen moralisch begründeter Entscheidungen überhaupt keine Rolle mehr spielen; wenn die Auswirkungen vollkommen irrelevant geworden sind und die Protagonisten keinerlei Selbstzweifel haben, keinerlei Kritik zulassen und moralische Argumente als Totschlagargumente verwenden. Hier sind wir beim politischen Moralismus angekommen und das halte ich für äußerst problematisch.

Ralf M. Ruthardt | Wie kann es sein, dass Menschen in der Politik eine wichtige Rolle

einnehmen können, die eifrig die eigenen Moralvorstellungen predigen, auf Abweichler mit dem Fingerzeig reagieren und die Vernunft zu oft außen vor lassen?

| Hauptsache: die richtige Moral?

Fritz Söllner | In Ihrer Frage steckt bereits ein Stück der Analyse. Hermann Lübke hat gesagt, dass der politische Moralismus der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft ist. Es geht in der Hauptsache darum, dass man die richtige Moral hat. Es geht um bestimmte Ideale, bestimmte Werte. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, spielt für die Protagonisten keine so große Rolle. Vielmehr werden rationale Überlegungen häufig hintangestellt ...

Ralf M. Ruthardt | ... oder die Akteure sind zu solchen nicht fähig oder willens?

Fritz Söllner | Max Weber hat darauf hingewiesen, dass zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik – also politischem Moralismus – ein wesentlicher Unterschied besteht. Für Gesinnungsethiker spielen die Konsequenzen keine Rolle. Man fühlt sich für die Konsequenzen seines Handelns nicht verantwortlich. Es geht nur um die „richtige“ Gesinnung.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie mich bitte nochmals nachhaken: Ist es womöglich für den einzelnen Agierenden in der Politik – und auch anderweitig – geradezu ein Hilfsmittel, sich einer Moralvorstellung verpflichtet zu fühlen, um geradezu über jede Vernunft erhaben zu sein? Machen diese



Menschen um Vernunft einen Bogen, weil sie ob fehlendem eigenen Wissen und eigenen Erfahrungen einem vernünftigen Diskurs womöglich gar nicht standhalten können?

Fritz Söllner | Dieser politische Moralismus hat verschiedene Vorteile für diejenigen, die sich seiner bedienen. Zum einen kann man Kritiker leicht mundtot machen. Man schwingt die Moralkeule und Kritiker werden nicht als Andersdenkende, sondern als schlechte Menschen angesehen. Mit solch „schlechten Menschen“ muss man, ja darf man nicht diskutieren.

Zum anderen macht ein solches Agieren Kompetenzen und Sachverstand bis zu einem gewissen Maße entbehrlich. Eine bestimmte Wertvorstellung kann man sich relativ leicht zulegen. Schwieriger wird es, wenn nach Sachverstand und Kompetenz gefragt wird.

Ralf M. Ruthardt | Es drängt sich mir ein etwas hinkender Vergleich auf: Es gab vor langer Zeit die Einschätzung, dass die Erde eine Scheibe sei. Und irgendwann sorgten Erfahrungen und Wissen für die Erkenntnis, dass die Erde eine Kugel ist. Wir könnten mit der Frage, ob die Sonne um die Erde kreist oder die Erde um die Sonne, weitermachen. Nun, ob solcher Fragen wurden Menschen auch schon mal an Leib und Leben bedroht – und zwar von denen, die mangels Wissen und Erfahrung falsch gelegen haben. (lacht)

Etwas mutig leite ich folgende Frage daraus ab: Neigen in der Politik aktive Menschen womöglich dazu, an Ideologien auch dann festzuhalten, wenn Realitäten dagegensprechen? Geht es darum, dass Fehleinschätzungen nicht eingestanden werden können, weil man vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit nicht als Verirrter dastehen will?

Fritz Söllner | Sie haben vollkommen recht.

Das Problem besteht darin, dass politische Moralisten definitionsgemäß von ihren Wertvorstellungen und Idealen zutiefst überzeugt sind. Man will seine Agenda in jedem Fall umsetzen und andere Menschen dazu bringen, dass sie die Werte und Ideale teilen. Wenn Moralisten merken, dass es Probleme gibt, geschehen zwei Dinge: Zuerst will man es nicht wahrnehmen und dann wehrt man sich dagegen.

Politische Moralisten schwören ihre Anhänger ein und da ist natürlich sehr schwer, zurückzurudern. Denken wir an Robert Habeck als Wirtschaftsminister: Dieser hatte vorgeschlagen, das sogenannte „Lieferkettengesetz“ aufgrund der hohen Kosten für die Unternehmen erst ein paar Jahre später einzuführen. Die Parteibasis von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollte Habeck das nicht durchgehen lassen. Er musste zurückrudern. Also, selbst wenn man die Einsicht hat und sich zu etwas durchringt, kann es natürlich sein, dass man aus dieser Sache nicht mehr rauskommt.

Ralf M. Ruthardt | Wechseln wir die Perspektive. Gibt es im klassischen Liberalismus auch bestimmte moralisierende Vorstellungen? Nehmen wir meinetwegen das Selbstverständnis, die Hüter von Freiheit, Eigentum und Sicherheit zu sein.

| staatliche Übergriffigkeit

Fritz Söllner | Ganz klar: Der Liberalismus ist auch in gewisser Weise eine Wertentscheidung – zugunsten von Individualismus, Freiheit, Selbstverantwortung und staatlicher Zurückhaltung. Wir können natürlich auch hier von moralischen Prinzipien sprechen – wenngleich man diese zumindest zum Teil auch ökonomisch begründen kann.

Aber ich sehe darin nicht, dass in diesen Prinzipien etwas Übergriffiges liegt. Unter Umständen kann man im Libertarismus



eine Übersteigerung dieser Prinzipien sehen – vor allem, wenn man ihn möglichst hundertprozentig umsetzen will und dabei keine Rücksicht nimmt, ob es negative Konsequenzen hat oder überhaupt realisierbar ist.

Ralf M. Ruthardt | Ein Beispiel könnte sein, wenn libertäre Menschen zwar bekunden, dass man sich schon um Hilfsbedürftige kümmern werde, aber es in der Realität bei diesem Halbsatz belassen und nicht tätig werden.

Fritz Söllner | Ja, das sehe ich auch so. Gleichwohl möchte ich einen wichtigen Aspekt in unser Gespräch einfließen lassen: Der politische Moralismus erkennt keine ordnungspolitische Selbstbeschränkung. Das ist sehr wichtig. Denn der politische Moralismus, die Staatsintervention und die staatliche Übergriffigkeit gehören untrennbar zusammen. Klar, man ist in eine Weltwirtschaft eingebunden und dazu braucht es offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen. Aber das spielt dann keine Rolle mehr, wenn man beispielsweise den sogenannten Klimaschutz oder das Lieferkettengesetz priorisiert und so die eigene handelspolitische Position und die eigene Wettbewerbsfähigkeit gewissermaßen sabotiert.

In den genannten Fällen verursacht Politik gewaltige Kosten für die einheimische Wirtschaft und beschädigt deren Wettbewerbsfähigkeit. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, inwieweit überhaupt die gewünschte Wirksamkeit entsteht.

Ralf M. Ruthardt | Haben Politik und Gesellschaft in Deutschland die Axt in die Hand genommen und sich selber ins Knie gerammt? Indem man – frei von entscheidender eigener Stärke – die Welt mit einer moralischen Erwartungshaltung konfrontiert hat ... es aber niemanden wirklich interessiert? Ich denke an die These, dass Deutschland ein

Vorbild für die Welt in Sachen CO₂-Einsparung sei.

Fritz Söllner | Wir schneiden uns in Deutschland ins eigene Fleisch. In Deutschland versucht man bestimmte Ziele, bestimmte Prinzipien, bestimmte Wertvorstellungen durchzusetzen – wie vor allem eine „moralische“ (oder besser gesagt, moralistische) Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Klimapolitik. Und zwar „auf Teufel komm raus“ – also ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Das führt dazu, dass die heimische Wirtschaft mit extrem hohen Kosten belastet wird und die Wettbewerbsfähigkeit abnimmt. Dies führt zu Verlust an Wirtschaftskraft und Wohlstand. Zudem erzeugt man damit einen gewissen Widerwillen bei den Handelspartnern. Man ist als Gesprächspartner nicht mehr gerne gesehen und wird schlussendlich gar nicht mehr sonderlich ernst genommen.

Ralf M. Ruthardt | Womöglich sind es zwei Dimensionen: Moralisierende Politik mag guten Willens sein. Ob dessen und eingängiger Narrative wird sie demokratisch gewählt und initiiert den Politikwechsel. Schlussendlich schafft sie sich selbst wieder ab, weil ihre eigenen Konzepte unbezahlbar und damit am Ende nicht durchhaltbar sind.

Und auf der anderen Seite ignorieren Wählerinnen und Wähler womöglich, dass es global immer Wettbewerb gibt. Es gibt Wettbewerb zwischen Kulturen. Es gibt Wettbewerb zwischen Wirtschaftssystemen. Vielleicht haben wir in Deutschland die Wahrnehmung verloren, dass die Welt aus Wettbewerb besteht und wir uns in diesem selbst behaupten müssen.

Fritz Söllner | Man hat so eine Art rosarote Brille auf, aber mit den schönen moralischen Vorstellungen kommt man nun mal nicht weit. Im Übrigen haben wir in Deutsch-



land ein sehr grundsätzliches Problem in dem Wettbewerb. Es hat bei uns oft einen negativen Beigeschmack, zumindest bei der Mehrheit der Bevölkerung und auch bei vielen Politikern.

Ralf M. Ruthardt | Denken Sie an das Potenzial, welches im Wettbewerb unserer Bundesländer liegen könnte? Föderalismus, als ein Wettbewerb von Ideen und nicht als der kleinste gemeinsame Nenner?

Fritz Söllner | Ja, denn wir haben in Deutschland einen kooperativen Föderalismus, durch den Verantwortlichkeiten vermischt werden. Keiner weiß mehr so recht, wer für was zuständig ist. Im Endeffekt lähmt und verhindert diese Art des Föderalismus das Gemeinwesen. Ein wettbewerblicher Föderalismus, wie er in der Schweiz existiert, würde uns guttun und wir sollten ihn annehmen.

Ralf M. Ruthardt | Bildung als Feld, auf dem die Bundesländer um das beste Schulsystem ringen und sich dadurch Standortvorteile für Unternehmen ergeben können?

Fritz Söllner | Richtig, das wäre ein Beispiel. Denn die Idee des Wettbewerbsföderalismus ist, dass man von den besseren Lösungen lernt. Das haben wohl nicht alle verstanden. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Wäre die Abschaffung oder die deutliche Einschränkung des Länderfinanzausgleiches ein Impuls für eine bessere Politik auf Landesebene? Ist das konstruktive Moment in der deutschen Politik abhandengekommen? Früher war Bayern ein Empfängerland und hat erkennbar etwas daraus gemacht. Jetzt ist Bayern der größte Zahler im Finanzausgleich. Ob es einem gefällt oder nicht, aber das hat ja gute Gründe.

Fritz Söllner | Zunächst zur Einschränkung

oder Veränderung des Länderfinanzausgleichs. Das ist durchaus ein bedenkenswerter Vorschlag, der von vielen Ökonomen geteilt wird. Das aktuelle Konstrukt des Länderfinanzausgleichs setzt wenig oder keine leistungsorientierten Anreize. Das ist ein elementares Problem.

| Wettbewerb und Wertschöpfung.

Und ja, es ist ein schleichender Prozess gewesen, in welchem Politik das Interesse oder die Fähigkeit verloren hat, mit den Geldern etwas Wertschöpfendes für die Gesellschaft anzufangen. Man kann das nicht an einem bestimmten Moment festmachen. Wenn Sie sich mal das Grundgesetz ansehen, dann ist da eigentlich von der Priorität der Länder die Rede. De facto ist es jedoch so, dass der Bund immer mehr Kompetenzen an sich gezogen hat. Das liegt natürlich auch an den Bundesländern, die bei jeder Kleinigkeit um Unterstützung durch den Bund bitten und zusätzliche Mittel fordern. Damit bekommt der Bund zusätzliche Mitsprachemöglichkeiten.

Ich habe den Verdacht, dass manche Landespolitiker froh sind, Kompetenzen an den Bund abgeben zu können. Dann müssen sie unangenehme Entscheidungen nicht der Bevölkerung vermitteln, sondern können auf die Bundesregierung zeigen. So, wie diese gerne auf die Regelungen der EU verweist ...

Ralf M. Ruthardt | ... und die Hände in Unschuld wäscht. Praktisch, wenn man einen Sündenbock hat. Andererseits scheint mir, dass ein Sündenbock die Unfähigkeit dessen zu dokumentieren, der denselben nötig hat.

Nun, wenn wir bitte an dieser Stelle das Agieren von Bürgerinnen und Bürgern reflektieren: Man könnte zum Ergebnis kommen, dass am Ende „wir“ Bürgerinnen und Bürger uns es bequem machen und mediale Berichter-



stattung nicht zum Anlass des Nachdenkens nehmen. Weichen „wir“ dem konstruktiven demokratischen Prozess aus und warum wählen wir nicht Menschen mit umfassenden Kompetenzen und reichlich Erfahrung in Regierungsverantwortung?

| Zählt Rhetorik mehr als Kompetenz?

Fritz Söllner | In einer Demokratie ist es fast zwangsläufig, dass vor allem Politiker gewählt werden, die rhetorisch gut sind und sympathisch rüberkommen. Das schließt natürlich nicht aus, dass diese Politiker auch kompetent und erfahren sind. Kritisch wird es, wenn auf diese Qualitäten überhaupt kein Wert mehr gelegt wird und man allen Versprechungen nur zu bereitwillig Glauben schenkt. Das erscheint mir heute deswegen der Fall zu sein, weil in weiten Teilen der Bevölkerung der Gedanke der Freiheit überhaupt keine Rolle mehr spielt. Die Leute wollen versorgt werden. Der Staat soll sie betreuen. Wer das verspricht, den wählt man – und gibt dafür gerne seine Freiheit auf.

Freiheit bedeutet Selbstverantwortung, Eigenverantwortung und die Übernahme von Risiken. Viele Menschen wollen das nicht. Und so kommt ein ausufernder Sozialstaat zustande: Einerseits, weil die Bürger diesen nachfragen und ständig neue Ansprüche an den Staat stellen; andererseits bedienen Politik und Bürokratie diese Wünsche nicht nur sehr gerne, sondern wecken auch durch entsprechende Vorschläge aktiv solche Wünsche. Denn dadurch kann man Themen für einen erfolgreichen Wahlkampf auf die Agenda bringen. Wir können von einem Teufelskreis sprechen, der so lange weiterlaufen wird, bis das Ganze nicht mehr finanzierbar ist und deswegen zusammenbricht.

Ralf M. Ruthardt | Diese ernüchternde und des Nachdenkens wertige Erkenntnis, Herr Professor Dr. Fritz Söllner, nehmen wir als Schlusspunkt unseres Gespräches. Die Leserinnen und Leser entlassen wir in ein ergebnisoffenes Nachdenken. Die Frage, was dem Einzelnen die Freiheit bedeutet, steht monumental im Diskursraum – und genau dort gehört sie auch hin.

Prof. Dr. Fritz Söllner

ist Leiter des Fachgebiets Finanzwissenschaft an der TU Ilmenau. Seine Interessenschwerpunkte sind Migrationspolitik, Umweltökonomie, Steuerpolitik und die Geschichte des ökonomischen Denkens. Sein aktuelles Buch, „Die Moralapostel“ (Langen Müller Verlag, 2024), hat die wertorientierte Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Deutschland zum Gegenstand..



Foto: Karl Reuter

A portrait of Ralf M. Ruthardt, a man with a beard and glasses, wearing a blue patterned blazer over a white shirt. He is smiling and holding a small, green and gold figurine of the Statue of Liberty. The background is a plain, light blue-grey gradient.

Gegen neuen Kollektivismus

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Juan Pina



Juan Pina spricht Anfang 2026 über Freiheit, liberale Demokratie, Europas ideologische Bruchlinien und den Kampf gegen neuen Kollektivismus von links und rechts. Ein Gespräch über Think Tanks, Narrative, Literatur – und die Notwendigkeit, Freiheit wieder offensiv zu erzählen.

Ralf M. Ruthardt | Sehr geehrter Juan Pina, Fundalib beschreibt seine Mission als „Förderung der individuellen Freiheit des Menschen in all ihren Aspekten“ – von Steuern und Renten bis hin zu Kultur, Justiz und Bürgerrechten. Wie definieren Sie Freiheit im politischen und sozialen Sinne für Spanien und Europa heute – und wie kann Fundalib dazu beitragen, Freiheit zu einer greifbaren Realität zu machen?

Juan Pina | Eine der besten Möglichkeiten, die Bedeutung von Freiheit zu verstehen, insbesondere in Zeiten, in denen sie von so vielen verschiedenen Seiten angegriffen wird, ist vielleicht die Rückkehr zu Isaiah Berlins klassischer Erklärung. Der lettische liberale Denker sprach von positiver Freiheit (der Macht zu handeln) und negativer Freiheit (der Abwesenheit von Zwang über das eigene Handeln).

Die Stiftung ist Teil der aktuellen globalen klassisch-liberalen Bewegung mit einer unbestreitbaren Tendenz zum Libertarismus. Diese Tendenz widerspricht nicht den liberalen Wurzeln, sondern verteidigt sie vielmehr, reinigt sie von den kollektivistischen Verunreinigungen, die für den sogenannten „sozialdemokratischen Konsens“ (Dahrendorf) der letzten sechzig Jahre charakteristisch sind, und aktualisiert sie, damit sie in unserer Zeit eine neue Rolle spielen können. Freiheit ist, mit den Worten von Margaret Thatcher, unteilbar: Man kann keine wirtschaftliche Freiheit ohne persönliche oder moralische Freiheit (die Freiheit, die manche heute als „kulturell“ bezeichnen) haben, und man kann nicht eine dieser beiden Freiheiten verlieren, ohne auch die andere zu verlieren. Wenn ich mich also mit Freiheit in unserer Zeit befasse, würde ich ihre Einzig-

artigkeit und Individualität betonen. Damit wird sie vollständig aus der Gleichung der neuen Populismen der Linken und Rechten herausgenommen.

Deshalb halte ich es für unerlässlich, falsche Allianzen zwischen Liberalen oder Libertären und Anhängern dieser neuen radikalen Rechten zu vermeiden, die im Wesentlichen kollektivistisch ist und eine Sozial- und Kulturpolitik fördert, die der der Linken nicht unähnlich ist. Liberale wollen nicht eine Form der Sozialpolitik durch eine andere ersetzen, sondern die Zivilgesellschaft von allen Formen der Sozialpolitik befreien. Der Staat muss nicht nur klein und sparsam sein, sondern auch in Bezug auf Werte, Bräuche, Lebensweisen und Traditionen relativ neutral. All dies entspricht der spontanen Ordnung (Hayek), die in einer freien Gesellschaft herrschen muss. Die Alternative zu schädlichen staatlichen Eingriffen von links kann niemals ein gleichwertiger Eingriff von rechts sein. Das ändert nur die Richtung der Zwänge und Repressionen, ohne das Problem zu lösen. Unsere Wahl ist weniger Staat und mehr Freiheit.

Ralf M. Ruthardt | Welche politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen sehen Sie derzeit als größte Bedrohung für die persönliche und wirtschaftliche Freiheit in Spanien – und welche Projekte von Fundalib zielen derzeit darauf ab, diesen entgegenzuwirken?

Juan Pina | Spanien und Europa stehen derzeit vor sehr ernststen Herausforderungen. Je nachdem, wie wir darauf reagieren, könnten diese Herausforderungen entweder einen kontinentalen Raum der Freiheit festigen, der



einen positiven Einfluss auf die ganze Welt haben wird, oder umgekehrt die Bemühungen ganzer Generationen von Europäern seit dem Zweiten Weltkrieg zunichtemachen.

Eine der grundlegenden Herausforderungen ist die Aufrechterhaltung und Erneuerung der liberalen Demokratie, die eines der Ergebnisse des wunderbaren Prozesses war, der in Europa mit der Renaissance und der Reformation begann und mit der Aufklärung gefestigt wurde. Die bürgerlichen Werte, die aus diesem Prozess hervorgingen, legten den Grundstein für die moderne Welt. Es war kein leichter Weg. Wir Liberalen hatten mächtige Feinde, vom völkischen Romantizismus des 19. Jahrhunderts bis zum Totalitarismus des 20. Jahrhunderts. Heute kehren diese Feinde in neuer Gestalt zurück. Wir hören erneut die Sirenengesänge extremer Kollektivistinnen, die wieder einmal Systeme mit weniger Raum für individuelle Autonomie vorschlagen. Sie tun dies als Reaktion auf die weit verbreitete Frustration über das Scheitern des überparteilichen sozialdemokratischen Systems. Wir müssen zweifellos diese allgemeine Sozialdemokratie, die das gesamte System und die Mainstream-Parteien durchdrungen hat, rückgängig machen. Dabei dürfen wir jedoch nicht in die Arme derer fallen, die die liberale Demokratie als solche in Frage stellen.

Andererseits müssen wir uns unaufhaltsamen Prozessen stellen, wie dem Zusammenbruch der Rentensysteme, der gefährlichen Entwicklung von durch die Zentralbanken aufgeblähten Geldblasen, den bevorstehenden Auswirkungen der künstlichen Intelligenz und dem Problem der Migrationsüberflutung (die durch gescheiterte staatliche Politik verursacht wird) auf einem Kontinent, der Migration braucht, aber richtig gesteuert. Europa steht auch vor einem erheblichen Wohnungsproblem, einem Energieversorgungsproblem und der akuten Kriegsgefahr durch eine so zerstörerische und antiliberalen

Macht wie Russland. Für all diese Probleme brauchen wir mehr Europa in der Außen- und Verteidigungspolitik und gleichzeitig weniger Einmischung aus Brüssel in kleinere Politikbereiche, da diese Einmischung nur zu einer sehr verständlichen Unzufriedenheit mit dem europäischen Projekt geführt hat.

Ralf M. Ruthardt | Wie schätzen Sie die Bedeutung solcher Netzwerkpartnerschaften für die Durchsetzung liberaler Ideen ein? Sehen Sie Risiken – z. B. Einflussnahme von außen – oder vor allem Chancen für eine stärkere liberale Öffentlichkeit?

| sind liberale Netzwerke von Bedeutung?

Juan Pina | Für unsere Stiftung ist die Zugehörigkeit zu und die tägliche Teilnahme an liberal-libertären Think-Tank-Netzwerken und -Foren von wesentlicher Bedeutung; sie ist Teil unserer Kernaktivität. Ich würde sogar sagen, dass sie Teil unserer DNA ist. Heute wäre es ein schwerwiegender Fehler, die Förderung von Ideen als eine Aufgabe zu betrachten, die durch nationale Grenzen eingeschränkt ist. Glücklicherweise kennen Ideen keine territorialen Grenzen. Deshalb schützen die schlimmsten Diktaturen der Welt ihre Grenzen immer vor Einflüssen von außen.

Einige Think Tanks, die unserer Stiftung ähnlich sind, haben bereits mit Gesetzen gegen sogenannte „ausländische Agenten“ in Ländern wie Georgien oder sogar Ungarn und natürlich in Russland zu kämpfen. Regime, die der liberalen Demokratie feindlich gegenüberstehen, tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Freiheitsbewegung zu untergraben, und werden dies auch weiterhin tun, denn für sie ist die Verbreitung unserer Ideen in ihrer Zivilgesellschaft tödlich. Wir befinden uns in einem globalen ideologischen Krieg und haben nur zwei Optionen: Entweder wir



gewinnen, oder sie besiegen uns und zwingen uns einen Rückschritt um Jahrhunderte, möglicherweise bis vor die Aufklärung. Entweder gewinnt der liberal-demokratische, bürgerliche und aufgeklärte Westen... oder wir sollten anfangen, Russisch zu lernen.

Daher ist der wichtigste externe Einfluss, der uns heute beschäftigen sollte, der von Regimes wie dem chinesischen und vor allem dem russischen. Nur die russische Einmischung in den letzten zwei Jahrzehnten erklärt vollständig, wie die Feinde des Westens an Boden gewonnen haben, zunächst am äußersten linken Rand und jetzt hauptsächlich am äußersten rechten Rand, bis zu dem Punkt, an dem sie zu den wichtigsten Oppositionskräften oder sogar zu Parteien geworden sind, die für die Regierungsbildung ihrer Parteien notwendig sind. Dieser Albtraum, den wir in Europa seit etwa fünfzehn Jahren erleben, lässt sich nur verstehen, wenn man dem Geld folgt, und ein Großteil dieses Geldes war, zumindest anfangs, in Rubel denominated.

Ralf M. Ruthardt | Inwieweit hält es Fundalib für wichtig, dass liberale Ideen nicht nur in wirtschaftlichen Debatten, sondern auch in kulturellen und narrativen Debatten präsent sind? Und wie will Ihr Institut dazu beitragen, dass liberale Narrative in der Gesellschaft Gehör finden?

Juan Pina | In all diesen nicht-wirtschaftlichen Debatten präsent zu sein, ist zweifellos eine der Prioritäten von Fundalib. Und das ist nicht einfach, denn unsere strikt pro-individuelle Freiheit kann manchmal „rechts“ und manchmal „links“ erscheinen. So greift uns die extreme Linke an, wenn wir die Exzesse der Gesetzgebung zu Geschlechterfragen in Frage stellen, wenn sie die Unschuldsvermutung verletzt und die Beweislast umkehrt; aber dann greift uns die extreme Rechte an, wenn wir die gleichgeschlechtliche Ehe oder

den Säkularismus in staatlichen Maßnahmen verteidigen.

Seltsamerweise sind sich die extreme Linke und die extreme Rechte einig darin, uns dafür anzugreifen, dass wir Freiheiten wie Sexarbeit, Leihmutterschaft, Vergütung für die Spende von Plasma oder anderen menschlichen Körperprodukten oder Glücksspiel verteidigen. Ja, es gibt in der Tat viele konkrete politische Themen, bei denen wir Liberalen-Libertären eine bestimmte Ansicht vertreten und die Kollektivisten der Linken und Rechten die gegenteilige Ansicht, und sie sind einander ähnlicher als uns. Ja, wir Befürworter der individuellen Freiheit haben einen kulturellen Kampf zu führen, aber Vorsicht: Es ist nicht derselbe Kampf, den Konservative und die neue nationalpopulistische Rechte führen. Es ist ein anderer Kampf. Es ist der Kampf für den Einzelnen und seine persönliche Souveränität, und wir müssen diesen Kampf natürlich gegen die Linke führen, aber auch gegen diese neue Rechte.

Ralf M. Ruthardt | Welche Erfahrungen hat Fundalib mit der Wirksamkeit literarischer und philosophischer Werke – Romane, Essays, Essaybände – als Mittel zur Verbreitung liberaler Ideen?

| politische Romane?

Juan Pina | Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, der spanischen Gesellschaft (und der gesamten spanischsprachigen Welt) eine Vielzahl von Materialien zur Verfügung zu stellen, die sich positiv auf den Grad der bestehenden Freiheit auswirken können.

Aus diesem Grund erstellen wir seit einem Jahrzehnt Indizes zur wirtschaftlichen Freiheit und Steuerwettbewerbsfähigkeit und veröffentlichen jedes Jahr eine Vielzahl von Studien, Berichten und Policy Briefs, zusätzlich zu unserem Monatsmagazin mit liberalen



Meinungsbeiträgen zu aktuellen Themen. Seit April 2025 sind wir aber auch ein Verlag. Und wir sind sehr hoffnungsvoll, was dieses neue Unterfangen angeht. In den letzten Monaten haben wir bereits mehr als dreißig Bücher veröffentlicht, sowohl Sachbücher als auch Belletristik.

Wir sind der einzige der drei spanischsprachigen liberalen Verlage, der Belletristik in seinem Katalog führt, und wir halten dies für unerlässlich. Es sei daran erinnert, dass Belletristik und sogar Science-Fiction einen



sehr positiven Einfluss auf die Entwicklung des amerikanischen Liberalismus in den 1960er und 1970er Jahren hatten. Menschen entwickeln ihre Ideen durch Geschichten.

Das Erzählen von Geschichten mit einem freiheitsfreundlichen Hintergrund, wie Sie es durch hervorragende Romane und so kraftvolle Figuren wie Max Grund tun, ist ein wirksames Mittel, um den zuvor erwähnten kulturellen Kampf zu gewinnen. Fundalib ist stolz darauf, neben seiner Arbeit als Think Tank auch als Verlag dazu beitragen zu können.

Ralf M. Ruthardt | Mein Roman „**Untergang der GREEN**“ ist bei Fundalib erschienen. Ich freue mich sehr darüber und möchte mich auch bei Prof. Dr. Erick Behar-Villegas für die Übersetzung und Prof. Dr. Philipp Bagus für das Vorwort bedanken.

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die Veröffentlichung eines politisch und philosophisch geprägten Romans wie „Untergang der GREEN“ in einem liberalen Kontext – kann literarische Belletristik Ihrer Meinung nach einen echten Beitrag zur Förderung von Freiheit und liberalem Bewusstsein leisten?

Juan Pina | Wie der vorherige Roman „**Das laute Schweigen des Max Grund**“ hat auch „**Untergang der GREEN**“ den Vorteil, dass er unsere Ideen durch Figuren vermittelt, die uns vertraut sind, ganz normale Menschen, die aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit jedem, der Teil unserer täglichen Realität ist, sehr glaubwürdig sind. Auf diese Weise erreichen uns ihre Erfahrungen und Gedanken mit viel größerer Kraft als in jedem Essay.

Das ist die Magie des Romans, angewandt auf die Welt der Ideen, wie wir sie bereits bei anderen Autoren und insbesondere bei Ayn Rand gesehen haben. Die Handlung offenbart auch, dass der König Staat ... nackt ist, wie in der bekannten Fabel. Der große Verdienst von „**Untergang der GREEN**“ besteht darin, dass es die enorme Heuchelei aufzeigt und entlarvt, die den Umwelt-Extremismus umgibt, der in Wirklichkeit immer ein Vektor staatlicher Interessen und manchmal sogar ausländischer Interessen (wie russisches Gas) war. Fundalib fühlt sich geehrt, die spanischen Versionen beider Romane veröffentlicht zu haben und sie regelmäßig als mächtige Instrument im Kampf der Ideen einzusetzen.



Juan Pina

ist Generalsekretär von Fundalib in Madrid und engagiert sich international für individuelle Freiheit, Liberalismus und offene Gesellschaften.

Wo **Narrative** regieren und Menschen verstummen.

*„Dieser Roman ist wichtig,
den er gibt den Blick in
die Mitte der Gesellschaft frei.“*

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische
übersetzt (Fundalib, Madrid)

*„Gute Beobachtungen
zum Zeitgeschehen.“*

Dominik Steffens
Journalist & Podcaster

Das laute Schweigen des Max Grund

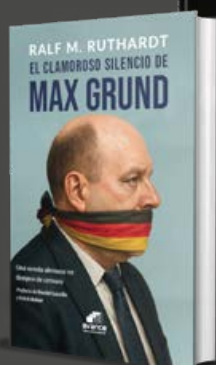
Roman von Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574905

Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch





Bitcoin zwischen Freiheit und Finanzsystem

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Joana Cotar



Joana Cotar zählt zu den profiliertesten politischen Stimmen im deutschsprachigen Bitcoin-Diskurs. Im Gespräch mit *mitmenschenreden* erläutert sie, warum Bitcoin für sie weit mehr ist als ein Finanzasset: nämlich ein Freiheitsinstrument. Zudem wirkt die ehemalige Bundestagsabgeordnete im Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa e. V. an ordnungspolitischen Debatten mit.

Ralf M. Ruthardt | Schön, Joana Cotar, dass wir erneut im Gespräch sein dürfen. Wer über Bitcoin spricht, spricht oftmals entweder mit missionarischem Unterton oder mit reflexhafter Abwehr. Lassen Sie uns zunächst einen Schritt zurücktreten. Sie argumentieren, dass man Bitcoin erst dann wirklich versteht, wenn man das Problem des staatlichen Geldes verstanden hat. Worin liegt aus Ihrer Sicht der Kern dieses Problems?

Joana Cotar | Der Kern ist, dass staatliches Geld politisch gesteuert wird – und politisch gesteuertes Geld wird früher oder später missbraucht. Regierungen und Notenbanken haben ein strukturelles Interesse daran, die Geldmenge auszuweiten. Das hat konkrete Folgen: Ersparnisse verlieren an Kaufkraft, Vorsorge wird entwertet und Leistung wird geschwächt. Inflation ist nicht nur eine ökonomische Kennzahl, sondern eine Form schleichender Enteignung. Der Bürger kann sich dagegen kaum wehren, weil er an das staatliche Geldsystem gebunden ist.

Ralf M. Ruthardt | Sie verlagern die Debatte damit vom technologischen Objekt Bitcoin auf eine machtpolitische Frage: Wer darf über Geld verfügen und wer trägt die Folgen dieser Verfügung? Da sind wir mitten in einer freiheitlichen Grundsatzdebatte.

Joana Cotar | Genau. Bitcoin ist kein Spekulationsobjekt, sondern eine Antwort auf ein Machtproblem. Zum ersten Mal gibt es die Möglichkeit, Wert in einem System zu speichern, das nicht nach politischer Opportunität verändert werden kann. Die

Begrenzung auf 21 Millionen Einheiten ist kein Nebenaspekt, sondern der Kern. Kein Politiker, keine Zentralbank und keine Krisensitzung kann diese Knappheit außer Kraft setzen. Das ist finanzielle Selbstbestimmung in einer Form, die es vorher nicht gab.

Ralf M. Ruthardt | Kritiker würden einwenden, dass genau darin die Gefahr liegt: zu wenig Steuerbarkeit, zu wenig Eingriffsmöglichkeit, zu wenig staatliche Kontrolle.

| Bitcoin – mehr Freiheit?

Joana Cotar | Man muss dann ehrlich sagen: Für wen ist das eine Gefahr? Für den freiheitsliebenden Bürger sicher nicht. Für Staaten, die gern über Geldpolitik und Zahlungsströme herrschen, schon eher. Bitcoin verschiebt Macht zurück zum Individuum. Ein Unternehmer in einem Land mit kollabierender Währung, ein Journalist in einem autoritären Staat oder auch ein Sparer in Deutschland – sie alle können zumindest einen Teil ihres Vermögens außerhalb des politischen Zugriffs halten. Das ist kein Randthema, sondern ein zivilisatorischer Fortschritt.

Ralf M. Ruthardt | An dieser Stelle drängt sich Friedrich August von Hayek auf. Sie knüpfen mit Ihrer Argumentation deutlich an dessen Idee des Währungswettbewerbs an. Ist Bitcoin für Sie die technologische Antwort auf Hayeks theoretische Vorlage?

Joana Cotar | Ja, genau so sehe ich das. Hayek hat beschrieben, dass staatliche Währungsmonopole zu Fehlanreizen und



Missmanagement führen, weil der disziplinierende Wettbewerb fehlt. Er dachte an konkurrierende Währungen. Bitcoin geht einen Schritt weiter, weil hier keine Institution eine Währung herausgibt, die wieder manipulierbar wäre. Das Protokoll selbst schafft den Rahmen. Wenn Menschen frei entscheiden können, welchem Geld sie vertrauen, dann setzt sich auf Dauer das bessere Geld durch. Bitcoin ist für diesen Wettbewerb gut aufgestellt.

Ralf M. Ruthardt | Nun ließe sich entgegenhalten: Ein Wettbewerb ist nur dann ein echter Wettbewerb, wenn die Alternative alltags-tauglich wird. Noch zahlen wir Steuern in Euro, noch werden Gehälter überwiegend in Euro ausbezahlt. Ist Bitcoin derzeit wirklich schon mehr als eine Alternative im Wartestand?

| Wettbewerb. Alternativen.

Joana Cotar | Bitcoin ist längst mehr als das. Viele sehen immer noch das Bild vom nerdigen Randphänomen. Dieses Bild ist überholt. Wir haben Spot-Bitcoin-ETFs, wir haben Unternehmen, die Bitcoin als Treasury-Asset halten, und wir haben Staaten, die über Bitcoin-Reserven nachdenken. Bitcoin ist im Finanzsystem angekommen. Die spannende Frage lautet nicht mehr, ob das geschieht, sondern wie weit diese Integration gehen wird – und ob Europa dabei gestaltend mitwirkt oder wieder nur regulierend hinterherläuft.

Ralf M. Ruthardt | Man könnte sagen: Gerade das, was Bitcoin anfangs ausmachte – sein Außenseiterstatus –, verliert sich nun, weil Großinvestoren, Fonds und Staaten einsteigen. Wird Bitcoin dadurch domestiziert?

Joana Cotar | Nein, denn das Protokoll ändert sich dadurch nicht. Dass institutionelles Kapital kommt, ist kein Verrat an Bitcoin, sondern eine Bestätigung seiner Relevanz.

Es zeigt, dass Bitcoin sich vom belächelten Experiment zum ernst zu nehmenden Vermögenswert entwickelt hat. Gerade darin liegt die Pointe: Ein System, das ohne zentrale Instanz funktioniert, zwingt nun selbst die großen Akteure, sich seinen Regeln anzupassen – nicht umgekehrt.

Ralf M. Ruthardt | Die klassischen Einwände kennen wir: zu volatil, zu energieintensiv, zu kriminell. Wo halten Sie diese Kritik für berechtigt und wo für vorgeschoben?

Joana Cotar | Volatilität gibt es, selbstverständlich. Aber Volatilität ist typisch für ein Gut in einer frühen Phase der Preisfindung. Das allein widerlegt seine monetäre Qualität nicht. Beim Energieverbrauch wird oft selektiv argumentiert. Niemand stellt mit derselben moralischen Schärfe das bestehende Bankensystem oder andere energieintensive Infrastrukturen infrage. Und beim Thema Kriminalität wird gern unterschlagen, dass Bitcoin ein transparentes Netzwerk ist, in dem Transaktionen nachvollziehbar bleiben. Kriminelle nutzen Bitcoin – ja. Aber Kriminelle nutzen auch Bargeld, Autos und Mobiltelefone. Das ist kein ernsthaftes Gegenargument gegen die Existenz des Systems.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns den Blick auf Europa richten. Während in Teilen der USA ein strategischer Umgang mit Bitcoin erkennbar ist, wirkt Europa einmal mehr wie ein Raum, der Innovation zunächst in Regulierung übersetzt. Wo sehen Sie die größte Fehlentwicklung?

Joana Cotar | Die größte Fehlentwicklung liegt darin, dass Europa Bitcoin vor allem als Problemfall behandelt, nicht als Chance. Aber wenn Regulierung so kleinteilig und bürokratisch wird, dass sie Innovation erstickt, dann läuft etwas schief. Während andere Regionen Bitcoin wirtschaftlich und geopolitisch einordnen, baut Europa administrative Hür-



den. Diese Haltung ist gefährlich, weil sie auf Dauer nicht nur Kapital vertreibt, sondern auch technologisches Know-how und unternehmerische Dynamik.

Ralf M. Ruthardt | Und dann steht da noch der digitale Euro im Raum – von Ihnen scharf kritisiert. Manche sehen in ihm lediglich die Modernisierung des Zahlungsverkehrs. Sie sehen darin weit mehr.

Joana Cotar | Ja, weil es eben nicht nur um Bequemlichkeit geht. Der digitale Euro eröffnet die Möglichkeit programmierbaren Geldes. Und programmierbares Geld heißt: Geld kann an Bedingungen geknüpft werden. Es kann beschränkt, gelenkt, im Extremfall sogar blockiert werden. Wer glaubt, das sei nur eine technische Option ohne politische Relevanz, unterschätzt die Logik staatlicher Macht. Instrumente, die geschaffen werden, werden früher oder später auch genutzt. Der digitale Euro wäre aus meiner Sicht kein Fortschritt in Richtung Freiheit, sondern ein Schritt in Richtung Kontrolle.

| Rendite – oder Eigentum und Autonomie?

Ralf M. Ruthardt | Dann stehen sich in Ihrer Lesart zwei Modelle gegenüber: auf der einen Seite ein staatlich kontrollierbares, programmierbares Geld; auf der anderen Seite ein knappes, dezentrales und zensurresistentes Geld. Das ist mehr als eine Finanzfrage. Das ist ein gesellschaftspolitischer Richtungsentscheid.

Joana Cotar | Genau darum geht es. Die Bitcoin-Debatte wird oft auf Rendite verkürzt. Dabei verfehlt man das eigentliche Thema. Es geht um Eigentum, Autonomie und die Frage, wie viel Zugriff der Staat auf das wirtschaftliche Leben seiner Bürger haben soll. Bitcoin ist deshalb für mich nicht bloß ein digitales Asset, sondern ein freiheitspoliti-

sches Korrektiv. Und je stärker der Staat auf Kontrolle setzt, desto deutlicher wird, warum dieses Korrektiv gebraucht wird.

| Bitcoin – eine Zumutung für das etablierte System?

Ralf M. Ruthardt | Vielleicht liegt genau darin die eigentliche Zumutung, die Bitcoin für das etablierte System darstellt: dass er nicht um Erlaubnis bittet, sondern eine Alternative schafft. Ob sich daraus eine neue monetäre Ordnung entwickelt oder ein dauerhaftes Korrektiv zum Fiatgeld bleibt, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass die Debatte längst nicht mehr im Technikraum stattfindet, sondern im Zentrum der politischen Ordnung. Ich danke Ihnen für das Gespräch.



Joana Cotar

Joana Cotar war von 2017 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages, bis November 2022 für die AfD-Fraktion, danach fraktionslos. Heute engagiert sie sich öffentlich für bürgerliche Freiheiten, Bitcoin und im *Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa*.

*Künstliche Intelligenz und **Kontrollverlust***

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius



Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius warnt vor den Risiken militärischer KI: beschleunigte Entscheidungen, unsichere Datenlagen und Kontrollverlust könnten Eskalationen begünstigen – bis hin zum Atomkrieg aus Versehen.

Ralf M. Ruthardt | Herr Professor Bläsius, lieber Karl-Hans, es freut mich, dass wir einmal mehr über das weite Feld der Künstlichen Intelligenz (KI) sprechen dürfen. Wir beide kennen uns aus der Zeit, als wir 2002 gemeinsam ein Unternehmen gegründet haben. Damals ging es um KI im Zusammenhang mit der automatisierten Interpretation von Dokumenten – und der Prozessautomatisierung im weitesten Sinn. Es war eine schöne und spannende Zeit.

Karl-Hans Bläsius | Ja, lieber Ralf, ich blicke gerne auf diese Zeit zurück. Damals war es spannend – und heute ist vieles rund um KI etwas «angespannt».

Ralf M. Ruthardt | Du beschreibst in deinem Buch «Künstliche Intelligenz und Krieg» die entstehenden Risiken, wenn wir Menschen die Kontrolle verlieren. Es geht um die Möglichkeit, dass sich aus heutigen KI-Systemen langfristig eine der menschlichen Intelligenz überlegene Superintelligenz entwickeln könnte. Welche Entwicklungsschritte erscheinen dir aus heutiger Sicht realistisch – und wo beginnt aus deiner Sicht der Bereich spekulativer Zukunftsszenarien?

Karl-Hans Bläsius | Das ist nicht leicht einzuschätzen, denn noch ist unklar, ob und mit welchen Methoden eine Superintelligenz realisierbar ist. Also ist vieles noch Spekulation. Manche der aktuellen Weiterentwicklungen zielen auf eine bessere Kombination von symbolischer KI, die auf einem Regelwerk basiert, und den derzeit dominierenden neuronalen Netzen hin, um logisches Schließen und das Einhalten von Bedingungen bei sicherheitsrelevanten Anwendungen zu ver-

bessern. Ob Methoden der symbolischen KI hierfür benötigt werden, ist derzeit offen. Jedenfalls könnten schon bald Systeme entstehen, die uns in Wissen und Urteilsvermögen überlegen sind.

Ralf M. Ruthardt | Ein zentrales Argument ist, dass Entscheidungen häufig auf unvollständigen oder unsicheren Informationen beruhen. Oberflächlich betrachtet könnte das verwundern, wo man der KI geradezu Wunderkräfte zuspricht. Welche Risiken entstehen daraus besonders dann, wenn solche Systeme in sicherheitskritischen Bereichen wie Militär oder strategischer Abschreckung eingesetzt werden?

Karl-Hans Bläsius | Bei solchen Anwendungen können erhebliche Risiken entstehen. Auch wenn mithilfe von KI viel mehr Daten in sehr kleinen Zeiträumen verarbeitet werden können, bedeutet das keineswegs, dass KI-Entscheidungen, die in der Regel auf Erkennungsaufgaben basieren, immer korrekt sind. Wenn zum Beispiel angreifende Raketen oder Drohnen erkannt werden sollen, sind viele Merkmale relevant, die vage und unsicher sind. So sind die Größe von Radarsignalen und die Helligkeit von Raketensignalen vage Kriterien, die in bestimmtem Maße gelten. Die Erkennung von Objekttypen und Objektmerkmalen ist unsicher und gilt nur mit gewissen Wahrscheinlichkeiten. Bei einer unklaren Datengrundlage können aber auch KI-Systeme nicht sicher entscheiden. Dazu kommt im militärischen Kontext, dass ein Gegner versucht, die Erkennung zu erschweren oder zu verhindern. KI kann die militärischen Entscheidungsprozesse erheblich beschleunigen, aber nicht sicher entscheiden. Die



Beschleunigung der Prozesse kann es aber menschlichen Befehlshabern schwer machen, regulierend oder mäßigend einzugreifen, wenn eine Eskalationsspirale droht.

Ralf M. Ruthardt | Die militärische Nutzung von KI schreitet weltweit voran. Wo siehst du die größten Gefahren automatisierter oder teilautomatisierter Entscheidungen im Kontext moderner Waffensysteme – insbesondere im Zusammenhang mit nuklearer Abschreckung?

| Cyberwaffen – unter realen Bedingungen vorab testen?

Karl-Hans Bläsius | Wie bereits erwähnt, laufen alle Prozesse und Entscheidungen schneller ab, diese müssen aber nicht korrekt oder sinnvoll sein. Weitere Punkte sind, dass bei KI und auch bei Cyberwaffen Kräftevergleiche kaum möglich sind. In der Vergangenheit hat ein gewisses Maß an Transparenz über militärische Stärken auch zur globalen Sicherheit beigetragen. Soldaten, Panzer, Flugzeuge und Schiffe konnten gezählt und verglichen werden. Durch Vereinbarungen wie Open Skies mit gegenseitigen



Kontrollen wurde dieser Aspekt noch verstärkt. So wurde Vertrauen aufgebaut und die Sicherheit erhöht.

Bei softwarebasierten Waffensystemen sind solche Maßnahmen kaum möglich. Die Fähigkeiten eines

Gegners im Bereich KI sind weitgehend unbekannt. Bei einem KI-basierten kriegerischen Einsatz werden auch nur Teilaspekte der Fähigkeiten sichtbar. Auch bei Cyberwaffen sind die Fähigkeiten eines Gegners unbekannt. Da Cyberwaffen nicht unter realen Bedingungen getestet werden können, sind auch die eigenen Fähigkeiten nicht genau bekannt. Eine solche Unsicherheit gefährdet

die Stabilität und kann leicht zu Fehlkalkulationen und falschen Entscheidungen führen. Dies kann auch die nukleare Abschreckung betreffen. Im Falle eines gegnerischen Angriffs mit Atomwaffen muss in Erwägung gezogen werden, dass aufgrund von KI- und/oder Cyberfähigkeiten eine eigene Zweitschlagfähigkeit gefährdet ist. Deshalb muss der Einsatz eigener Atomwaffen in Erwägung gezogen werden, bevor diese entscheidend vernichtet werden und eine Gegenreaktion nicht mehr möglich ist. Damit erhöht sich die Gefahr, dass es im Falle eines Fehlalarms zu einem Atomkrieg aus Versehen kommen kann.

Ralf M. Ruthardt | Du betonst die Notwendigkeit von internationaler Kooperation und Vertrauen zwischen den großen Nationen, um Risiken durch KI zu begrenzen. Welche konkreten Formen internationaler Regeln oder Abkommen sind in diesem Bereich realistisch und notwendig?

Karl-Hans Bläsius | Leider ist derzeit mehr notwendig als realistisch. Das Verhältnis der großen Militärmächte ist derzeit vor allem durch Misstrauen geprägt. Die Folge ist ein ungebremstes Wettrüsten auf wichtigen Technologiefeldern wie der KI und im Cyberraum. Die dabei entstehenden Waffensysteme entziehen sich immer mehr einer menschlichen Kontrolle, da die Komplexität von Systemen und Situationen enorm zunimmt und die Entscheidungszeiten immer kleiner werden. Des Weiteren gehen viele Risiken, wie gravierende Cyberangriffe, mit KI erzeugte Biowaffen oder eine Superintelligenz, nicht nur von Staaten, sondern auch von Unternehmen oder Terroristen aus. Deshalb schützt militärische Stärke nicht vor solchen Risiken. Um einem Kontrollverlust und drohenden Risiken durch KI entgegenzuwirken, wären weltweite Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und zur Regulierung der KI erforderlich. Wirksam können solche



Vereinbarungen aber nur sein, wenn alle großen Nationen mitmachen, auch China und Russland. Als Voraussetzung müssten aktuelle Kriege und Krisen beendet und Vertrauen aufgebaut werden. Die Aussichten dazu scheinen derzeit gering zu sein.

| Kein Bewusstsein für diese Art von Risiken?

Ralf M. Ruthardt | Blickt man auf die Dynamik technologischer Innovation, entsteht oft der Eindruck, dass technische Entwicklung schneller voranschreitet als politische Regulierung. Welche Rolle sollten Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit spielen, um bei KI-Entwicklungen rechtzeitig verantwortliche Leitplanken zu setzen?

Karl-Hans Bläsius | Es ist wichtig, das nötige Bewusstsein für kommende Risiken bei der Politik, aber auch bei der Bevölkerung zu bilden. Die Wissenschaft kann dazu einen Beitrag leisten. Problematisch ist hier allerdings, dass führende KI-Wissenschaftler zwar auf extreme Risiken hinweisen, es jedoch keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse gibt, ob, wann und mit welchen Folgen eine Superintelligenz entstehen könnte. Da die Folgen für die Menschheit aber extrem sein können und die Wahrscheinlichkeit dafür von den KI-Experten nicht als gering eingeschätzt wird, darf die Politik das weitere Geschehen nicht den KI-Unternehmen überlassen, sondern muss Entwicklungen, die zu einer Superintelligenz führen können, verhindern.

Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius

Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius lehrte Informatik und Künstliche Intelligenz an der Hochschule Trier, gründete gemeinsam mit Ralf M. Ruthardt ein Startup für KI und Prozessautomatisierung und publiziert nunmehr zur Thematik Atomkrieg aus Versehen.



***Fachkräftemangel** beginnt im Kinderzimmer*

von Ralf M. Ruthardt



Deutschland redet über Zukunft, doch vermeidet oft den Blick dorthin, wo Zukunft konkret beginnt: bei Kindern und Familien. Der Beitrag analysiert die demografische Schrumpfung als verdrängte Wirklichkeit – mit Folgen für Fachkräfte, Sozialstaat, Migration und gesellschaftliche Selbstbehauptung. Es geht nicht um Beschwichtigung, sondern eine vernünftige Familienpolitik wird zur Diskussion gestellt.

Deutschland spricht gern über Zukunft. Über Transformation, Digitalisierung, Klimaneutralität, Fachkräftesicherung, Rentenstabilität, Bildungsgerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt kaum ein Politikfeld, das nicht mit großen Zukunftsworten versehen wird. Mindestens an einer Stelle wird es jedoch eigentümlich still. Dort, wo Zukunft im wörtlichen Sinn beginnt: bei den Kindern.

Die demografische Lage Deutschlands ist keine Randnotiz. Sie ist auch kein Sonderthema für Statistiker, Familienverbände oder Rentenexperten. Sie ist eine Grundfrage staatlicher Selbstbehauptung. Denn eine Gesellschaft, die über Jahrzehnte hinweg zu wenig Kinder bekommt, verändert nicht nur ihre Altersstruktur. Sie verändert ihre ökonomische Kraft, ihre sozialen Sicherungssysteme, ihre kulturelle Kontinuität, ihre Innovationsfähigkeit und am Ende auch ihr politisches Selbstverständnis.

Man kann das „demografischen Wandel“ nennen. Das klingt sanft, beinahe organisch. Wandel klingt nach Jahreszeiten, nach Übergang, nach etwas, das eben geschieht. Doch Sprache ist selten unschuldig. Wer den seit Jahrzehnten anhaltenden Geburtenmangel lediglich als Wandel beschreibt, nimmt ihm die Schärfe. Treffender wäre: ein über Jahrzehnte politisch hingenommener Verlust an Zukunft. Noch zutreffender könnten Formulierungen – wie die des Präsidenten der Stiftung für Familienwerte Karl-Heinz B. van Lier – sein, die darin eine bewusste Irreführung sehen.

Wandel – oder Verdrängung?

Deutschland leidet seit Anfang der 1970er-Jahre unter einer dauerhaft zu niedrigen Geburtenrate. Diese Entwicklung ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Sie war erkennbar, berechenbar und wurde von ausgewiesenen Experten, wie Prof. Dr. Herwig Birg, beschrieben. Trotzdem hat die Politik daraus kaum Konsequenzen gezogen. Und nein, die gestiegene Lebenserwartung ist nicht das maßgebende Problem. Darauf weist unter anderem Birg hin. Er ist einer der wenigen Wissenschaftler in Deutschland, die sich intensiv mit Demografie beschäftigen haben.

Wir erleben hier ein eigentümliches Paradox: Beim Klimawandel wird betont, dass menschliches Handeln langfristige Folgen hat und deshalb politische Steuerung notwendig sei. Milliardenprogramme, Regulierungen und gesellschaftliche Zumutungen werden mit Generationengerechtigkeit begründet. Bei der Demografie hingegen wirkt es oftmals, als sei der Geburtenrückgang ein naturgesetzliches Ereignis, dem man nur noch sprachlich hinterhermoderieren könne.

Doch Kinderlosigkeit, Familiengründung, Vereinbarkeit, finanzielle Lasten, Wohnraum, Bildung, Sicherheit und gesellschaftliche Anerkennung von Elternschaft sind keine meteorologischen Vorgänge. Sie hängen mit Rahmenbedingungen zusammen. Mit Kultur. Mit Politik. Mit der Frage, ob eine Gesellschaft jungen Menschen Mut zur Familie macht –



oder ihnen signalisiert, dass Kinder zwar privat gewünscht, aber strukturell teuer, riskant und hinderlich sind.

Prof. Dr. Herwig Birg hat im Gespräch mit dem Magazin mitmenschenreden (2026-2) den kulturellen Kern dieses Problems klar benannt: „Kinder sind in modernen Wohlstandsgesellschaften keine ökonomische Notwendigkeit mehr, sondern eine biografische Option – und diese Option wird zunehmend seltener gewählt.“

Das ist keine moralische Anklage gegen Kinderlose. Es ist eine Diagnose. Moderne Gesellschaften haben Freiheitsspielräume geschaffen, die historisch betrachtet kostbar sind. Niemand soll in Familienmodelle gedrängt werden. Doch Freiheit ohne Folgenbewusstsein wird zur Selbsttäuschung. Wenn eine Gesellschaft ihren Fortbestand voraussetzt, aber die Voraussetzungen dieses Fortbestands kulturell entwertet und finanziell erschwert, darf sie sich über die Ergebnisse nicht wundern.

Fachkräftemangel beginnt im Kinderzimmer

Erinnern wir uns an den Dezember 2005. In Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung gab es ein Forum des Bundespräsidenten zum Thema „Demografischer Wandel in Deutschland“. Bei der Auftaktveranstaltung sprach der damalige Bundespräsident Dr. Horst Köhler in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin: „Für die Zuwanderung Hochqualifizierter, die wir bräuchten, sind wir nicht ausreichend attraktiv. Stattdessen sollten wir diejenigen, die bei uns sind, endlich so integrieren, dass ihre Talente nicht nutzlos verkümmern. Erst aktive Integration durch Bildung ermöglicht uns, die Zuwanderung als Chance zu nutzen, statt sie durch Untätigkeit zu einem unkontrollierbaren Risiko werden zu lassen.“

Der Fachkräftemangel wird in 2026 noch immer meist wie ein arbeitsmarktpolitisches Problem behandelt. Man spricht über Qualifizierung, Zuwanderung, Bürokratieabbau, Erwerbsbeteiligung von Frauen, längere Lebensarbeitszeit und bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. All das ist relevant. Aber es bleibt unvollständig. Denn Fachkräfte entstehen nicht im Ministerium. Sie werden geboren, erzogen, gebildet, begleitet, gefördert. Sie wachsen in Familien auf, in Kindergärten, Schulen, Vereinen, Nachbarschaften. Wer über Jahrzehnte zu wenig Kinder hat, hat Jahrzehnte später zu wenig junge Menschen im Arbeitsmarkt. Das ist keine Ideologie, sondern Arithmetik.

Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen den Arbeitsmarkt. Nachfolgende Jahrgänge sind zahlenmäßig schwächer. Gleichzeitig steigen die Ansprüche an Pflege, Gesundheit, Infrastruktur, Verwaltung, Bildung und innere Sicherheit. Wer soll das alles leisten? Wer soll die Beiträge erwirtschaften? Wer soll Unternehmen gründen, Maschinen bedienen, Software entwickeln, Dächer decken, Kinder unterrichten, Alte pflegen? Es ist bequem, den Fachkräftemangel als Missmanagement einzelner Branchen zu beschreiben. Es ist zutreffender, ihn als Symptom eines tieferen demografischen Problems zu verstehen. Und nein, es wird sich nur eingeschränkt mit Produktivitätssteigerung durch Künstliche Intelligenz kompensieren lassen. Und abermals nein, es wird nicht ausreichen, per Deregulierung die beim Staat Beschäftigten zu halbieren. Denn in beiden Fällen wird es wohl mindestens eine halbe Generation Zeit brauchen und die dann zur Verfügung stehenden Qualifikationen und Motivationen entsprechen nur bedingt dem Bedarf in der sogenannten freien Wirtschaft.

Natürlich braucht Deutschland qualifizierte Zuwanderung. Eine offene Volkswirtschaft



ohne Einwanderung wäre realitätsblind. Aber Migration kann eigenen Nachwuchs nicht einfach ersetzen. Schon gar nicht, wenn sie abseits qualitativer Kriterien verläuft, die Möglichkeiten der kulturellen und sprachlichen Integration überfordert werden und Bildungs-, Wohnungs- und Sozialsysteme mehr als nur an ihre Grenzen geraten. Wer Migration als Reparaturbetrieb für versäumte Familienpolitik versteht, verwechselt Notlösung mit Strategie.

Familie ist keine Privatsache allein

In Deutschland wird Familie rhetorisch geschätzt und praktisch belastet. Sonntagsreden über Eltern, Kinder und Zusammenhalt gibt es reichlich. Doch im Alltag erleben viele Familien etwas anderes: steigende Wohnkosten, hohe Abgaben, Betreuungseinpässe, schulische Defizite, berufliche Nachteile, organisatorische Dauerüberforderung. Dabei ist Familie nicht nur ein privates Lebensmodell. Sie ist die elementare Zukunftsinstitution einer Gesellschaft. Ohne Familien gibt es keine Generationenfolge. Ohne Generationenfolge gibt es keinen tragfähigen Generationenvertrag. Ohne Generationenvertrag geraten Renten, Pflege und Krankenversicherung aus dem Gleichgewicht.

Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Dieser Satz darf nicht zur dekorativen Verfassungsslyrik verkommen. Schutz bedeutet mehr als Nichteinmischung. Schutz bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Familiengründung nicht als finanzielles Abenteuer erscheint. Dazu gehört eine ehrliche Debatte über den Familienlastenausgleich. Wer Kinder großzieht, erbringt eine Leistung, von der später auch jene profitieren, die keine Kinder haben. Das ist nicht vorwurfsvoll gemeint, sondern systemisch. Eine Sozialordnung, die

die Erziehungsleistung der Familien nicht angemessen berücksichtigt, lebt von einer stillen Schieflage.

Frankreich schaut hin

Der Blick nach Frankreich ist aufschlussreich. Dort wurde der Rückgang der Geburtenrate politisch nicht als unvermeidliche Begleitmusik moderner Gesellschaften abgetan, sondern als nationales Problem verstanden. Man muss nicht jedes französische Modell übernehmen, um den Unterschied zu erkennen: Dort wird Demografie als politische Gestaltungsaufgabe behandelt. Deutschland hingegen hat sich über Jahrzehnte in eine Sprache der Beschwichtigung eingerichtet. Wir werden älter, weniger und vielfältiger – das kann man beschreiben. Aber eine Beschreibung ersetzt keine Strategie. Schon gar nicht, wenn aus der Beschreibung eine Art politischer Beruhigungstee gebraut wird.

Es geht nicht darum, Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Es geht darum, jene nicht länger strukturell zu benachteiligen, die Kinder bekommen und großziehen. Es geht darum, Elternschaft als gesellschaftlich wertschöpfend zu begreifen. Nicht sentimental, sondern realistisch.

Was wäre zu tun?

Zunächst braucht es Ehrlichkeit. Der Begriff „demografischer Wandel“ sollte dort, wo Schrumpfung gemeint ist, nicht länger als Nebelmaschine dienen, meint Karl-Heinz B. van Lier, der Präsident der Stiftung Familienwerte. Wer den Verlust an Nachwuchs beschönigt, so van Lier, erschwert die politische Reaktion.

Zweitens braucht Deutschland ein neues Familienleitbild. Kein enges, ideologisches, bevormundendes Bild. Aber ein klares



Bekenntnis dazu, dass Familie und Kinder keine bloßen Privatoptionen sind, sondern tragende Säulen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

Drittens muss Familienpolitik aus der sozialpolitischen Nische heraus. Sie ist Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial- und Zukunftspolitik zugleich. Eine schlechte Familienpolitik wird später zur schlechten Rentenpolitik, zur schlechten Pflegepolitik und zur schlechten Standortpolitik führen.

Viertens müssen finanzielle und organisatorische Nachteile von Familien ernsthaft korrigiert werden. Wer Kinder großzieht, darf nicht dauerhaft der Dumme im System sein. Das betrifft Steuern, Sozialabgaben, Wohnen, Betreuung, Bildung und die Anerkennung von Erziehungszeiten.

Fünftens braucht es eine realistische Migrationspolitik, die qualifizierte Einwanderung ermöglicht, Integration einfordert und zugleich anerkennt, dass Zuwanderung keine demografische Generallösung ist. Sie kann ergänzen. Sie kann helfen. Sie kann bereichern. Aber sie kann eine ausgefallene Generationenfolge nicht beliebig ersetzen.

Hoffnung ja. Illusionen nein.

Die demografische Entwicklung lässt sich nicht kurzfristig drehen. Kinder, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht geboren wurden, treten morgen nicht in den Arbeitsmarkt ein. Das ist die harte Seite der Wahrheit. Demografie verzeiht keine rhetorischen Tricks. Aber daraus folgt keine Resignation. Es folgt die Pflicht zur Nüchternheit. Wer heute handelt, verändert nicht das Jahr 2030 grundlegend, aber vielleicht das Jahr 2050. Wer heute weiter beschwichtigt, vergrößert die Hypothek für jene, die ohnehin schon die Rechnung einer Politik zahlen müssen, die zu lange in Legislaturperioden

dachte. Prof. Dr. Herwig Birg formulierte es im Interview mit MITMENSCHENREDEN so: „Hoffnung ja. Illusionen nein. Wir können den demografischen Wandel gestalten, aber nicht aufhalten.“ Vielleicht beginnt genau dort eine erwachsene Debatte: bei der Bereitschaft, Hoffnung und Illusionslosigkeit gleichzeitig auszuhalten.

Deutschland muss nicht in Panik verfallen. Aber es sollte endlich aufhören, sich selbst zu beruhigen. Die demografische Krise ist keine ferne Möglichkeit. Sie ist Gegenwart. Sie sitzt bereits in Klassenzimmern, in Betrieben, in Pflegeheimen, in Rentenformeln und in den stillen Kalkulationen junger Paare, die sich fragen, ob sie sich Kinder leisten können.

Eine Gesellschaft, die Zukunft will, muss Kindern wieder Raum geben. Nicht nur in Reden. Sondern in der Lebenswirklichkeit. Und dass dies denkbar ist, zeigen die politischen Veränderungen bei der Verteidigungspolitik: So wollen heute Politiker die Bundeswehr kriegstüchtig machen, die vor geraumer Zeit noch vieles dafür getan haben, dass die Bundeswehr anscheinend kaum verteidigungsfähig ist. Ein Vergleich, der viel Stoff zum Nachdenken gibt – und keinesfalls hinkt.



Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job angeht, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

»Hinter den Idealen stehen Interessen.«

Prof. Dr. Philipp Bagus

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«

Roman

von Ralf M. Ruthardt

Taschenbuch | € 18

180 Seiten

ISBN 978-3982705903





Mileis Reformkurs: Stabilisierung mit offenem Ausgang

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Quentin Laumeier



Argentinien steht unter Javier Milei zwischen makroökonomischer Stabilisierung, sozialen Kosten und neuem Investorenvertrauen. Quentin Laumeier ordnet ein, was trägt – und welche Lehren Südamerika daraus ziehen kann.

Ralf M. Ruthardt | Präsident Javier Milei wird international oft für fiskalische Disziplin und sinkende Inflation gelobt. Gleichzeitig bleibt die soziale Belastung in Argentinien hoch. Ist das aus Ihrer Sicht bereits eine tragfähige marktwirtschaftliche Stabilisierung – oder erleben wir bislang vor allem einen makroökonomischen Erfolg, dessen mikroökonomische Kosten politisch noch unterschätzt werden?

Quentin Laumeier | Die makroökonomische Stabilisierung ist aus meiner Sicht real. Milei hat ein hochinflationäres Land auf dem Weg in eine neue Wirtschaftskrise übernommen. Die Senkung der Inflation, die laufende Deregulierung und ein wieder steigendes Investorenvertrauen sind daher wichtige Fortschritte. Gleichzeitig wurden Preisobergrenzen und Subventionen aufgehoben, was zu spürbaren Preissteigerungen geführt hat, während Renten und Sozialleistungen nicht im gleichen Maß angepasst wurden. Entscheidend wird nun sein, ob daraus reale Wertschöpfung im Land entsteht. Erst im historischen Rückblick wird sich eindeutig zeigen, ob die Reformen langfristig erfolgreich sind.

Ralf M. Ruthardt | Sie beobachten Argentinien stark aus einer industrie- und investitionsnahen Perspektive. Wo sehen Sie unter Milei bislang die belastbarsten Signale für reales, produktives Wachstum – etwa in Energie, Bergbau oder Infrastruktur – und woran würde sich entscheiden, ob daraus mehr wird als ein kurzfristiger Rohstoff- und Reformoptimismus?

Quentin Laumeier | Ein Blick auf den Kup-

fersektor zeigt die Dynamik in Argentinien besonders deutlich. Aktuell fördert das Nachbarland Chile jährlich rund 5,3 Millionen Tonnen Kupfer, wodurch im Bergbau über 700.000 Arbeitsplätze entstanden sind. Argentinien hingegen fördert trotz ähnlicher Geologie entlang der Anden lediglich etwa 18.000 Tonnen pro Jahr. Allerdings laufen derzeit verschiedene Projekte an, die die Förderung bis Mitte des nächsten Jahrzehnts auf mindestens 30 Prozent der chilenischen Produktion anheben könnten. Hervorzuheben ist auch der Öl- und Gassektor, insbesondere das Schieferöl- und Gasfeld Vaca Muerta, das Argentinien bereits vom Nettoimporteur zum Energieexporteur gemacht hat. Die Sektoren Öl, Gas und Bergbau sind zudem wichtige Treiber einer Modernisierung der maroden Infrastruktur sowie einer gewissen Reindustrialisierung. So ermöglicht der Gassektor beispielsweise Milliardeninvestitionen in die Düngemittelproduktion. Gleichzeitig entstehen auch in anderen Sektoren wie der Fahrzeugbranche oder dem Lebensmittelsektor neue Fabriken. Am Ende wird entscheidend sein, wie viel Industrie tatsächlich entsteht, sei es durch inländische oder durch ausländische Investitionen.

Ralf M. Ruthardt | Argentinien wird derzeit in Europa oft als libertäres Reformexperiment gelesen. Ist das Land aus Ihrer Sicht tatsächlich ein Modellfall für andere Staaten Lateinamerikas – oder ist seine Lage wegen der extremen Vorkrise, der Inflationsdynamik und der institutionellen Besonderheiten so speziell, dass einfache Übertragungen auf Länder wie Brasilien, Chile oder Peru eher in die Irre führen?



Quentin Laumeier | Argentinien ist tatsächlich ein Sonderfall, auch innerhalb Lateinamerikas, da sich wirtschaftsliberale und restriktive Regierungen seit den 1930er-Jahren über Jahrzehnte hinweg abwechselten, begleitet von stetig wechselnden Regelungen für die Gesamtwirtschaft. Das Land hat zudem mehrere gescheiterte Reformversuche hinter sich, die die Lage im Endeffekt noch verschärften, zunächst in den 1990er-Jahren unter Präsident Menem und zuletzt von 2015 bis 2019 unter Mauricio Macri. Das Gesamtbild stellt sich in anderen südamerikanischen Ländern differenzierter dar. Brasilien als größter Binnenmarkt des Kontinents hat zum einen infrastrukturelle Herausforderungen, zum anderen ist das Steuersystem extrem komplex. Die Hauptherausforderungen in Peru sehe ich darin, dass die Wirtschaft kaum diversifiziert ist, die geografischen Gegebenheiten den Ausbau von Infrastruktur erschweren und die politische Instabilität hoch ist. So hatte Peru in den letzten zehn Jahren neun Präsidenten. Chile ist stark vom Kupferbergbau abhängig. Gleichzeitig gab es dort in den letzten Jahren keine vergleichbaren wirtschaftspolitischen Umbrüche, was für eine höhere Stabilität und bessere Planbarkeit spricht.

Es gibt dennoch einige Punkte, die andere Länder übernehmen können. Dazu zählen grundlegende wirtschaftliche Prinzipien, die in Argentinien aktuell zum Tragen kommen, wie Haushaltsdisziplin, der Abbau von Subventionen für nicht überlebensfähige Sektoren oder bessere Rahmenbedingungen für Investitionen, etwa im argentinischen Fall das RIGI.

Da Argentinien auf dem Weg in eine erneute Wirtschaftskrise war, musste massiv gesteuert werden. Die Schocktherapie war in diesem Kontext eine Reaktion auf eine außergewöhnliche Ausgangslage und kein allgemeines Modell für die Region. Andere

Länder können daher moderatere Reformansätze verfolgen, um gar nicht erst in die Lage Argentiniens zu kommen.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man den Blick von Argentinien auf Lateinamerika insgesamt weitet: Welche drei Faktoren werden in den kommenden Jahren entscheidend dafür sein, ob die Region wirtschaftlich aufholt – mehr Marktöffnung und Rechtssicherheit, mehr industrielle Eigenständigkeit oder vor allem politische und institutionelle Verlässlichkeit? Und welche Lehre liefert der Fall Milei dafür bereits heute?

Quentin Laumeier | Aus meiner Sicht ist politische und institutionelle Verlässlichkeit der zentrale Faktor, da sie die Grundlage für Rechtssicherheit, Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung bildet. In Argentinien kam es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Enteignungen von Unternehmen. Der letzte größere Fall war die Enteignung von YPF im Jahr 2012 aus politischen Gründen. Diese Enteignung zerstörte das Investorenvertrauen und führte zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten, die teils bis heute andauern. Ein weiteres Beispiel ist das sehr weit ausgelegte Gletscherschutzgesetz, das Bergbauinvestitionen verhinderte, da unklar war, wo die von der Regierung als schützenswert eingestuften Gebiete beginnen und wo sie enden. Auch das Arbeitsrecht wurde von vielen Unternehmen als sehr restriktiv wahrgenommen, da es Arbeitgeber unter einen Generalverdacht stellt. Unter solchen Bedingungen entstehen weder langfristige Investitionen noch nachhaltige Beschäftigung.

Eine weitere Marktöffnung ist grundsätzlich sinnvoll. Insbesondere ein besserer Zugang zu Investitionsgütern wie Maschinen, Technologie und Vorprodukten kann die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie steigern. Bestehende Unternehmen



brauchen eine gewisse Übergangsphase, um sich den veränderten Wettbewerbsbedingungen anzupassen. Den Import von Endprodukten sollte man aus meiner Sicht langsamer erleichtern, da wir aktuell bereits sehen, dass verschiedene Unternehmen ihre Mitarbeiter entlassen, um reine Importeure von asiatischen Endprodukten zu werden. Die Wertschöpfung findet also nicht mehr im Land statt. Problematisch an einer langsameren Öffnung wäre, wenn man verschiedene Industrien als relevant einschätzt und somit dauerhaft unproduktiv arbeitende Unternehmen schützt.

Die industrielle Eigenständigkeit ist kein Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis funktionierender Rahmenbedingungen. Wenn politische Stabilität, Rechtssicherheit und offene Märkte gegeben sind, entsteht Industrie durch Angebot und Nachfrage.

Der Fall Argentinien und der Regierung Milei zeigt, dass konsequente Reformen die Glaubwürdigkeit eines Landes, das zuvor international bereits abgeschrieben war, zurückbringen und für Investitionsschübe sorgen können.

Quentin Laumeier

Quentin Laumeier ist polyglotter Industrieexperte mit über zwölf Jahren Berufserfahrung. Er verbindet technisches Know-how mit Marktkennntnis in Europa und Südamerika und unterstützt Unternehmen beim Aufbau tragfähiger internationaler Geschäftsbeziehungen.



*Umstrittener **Seitenwechsel***

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Susanne Dagen



Mit der Buchmesse SEITENWECHSEL hat die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen eine Plattform geschaffen, die bundesweit nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch deutliche Kritik auf sich gezogen hat. Während Befürworter von einem Ort unabhängiger Debatte sprechen, war in überregionalen Medien von einer „rechten“ oder „umstrittenen“ Veranstaltung die Rede.

Dagen, Inhaberin des BuchHaus Loschwitz, ist seit Jahrzehnten als literarische Unternehmerin tätig und engagiert sich zudem kulturpolitisch im Dresdner Stadtrat. Das Gespräch beleuchtet die Kontroversen um ihre Messe ebenso wie ihr Verständnis von Literatur, öffentlichem Diskurs und politischer Lebenswirklichkeit in Deutschland und fragt nach der Verantwortung kultureller Akteure in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft.

Ralf M. Ruthardt | Auf unser Gespräch, liebe Susanne Dagen, freue ich mich, weil es dem Griff in ein Wespennest gleicht. Die „WELT“ titelte am 08.11.2025 „Hunderte bei Protesten gegen umstrittene Buchmesse in Halle“. Und in der „Mitteldeutschen Zeitung“ wurde die von Ihnen initiierte *Seitenwechsel*-Buchmesse von Deniz Yücel (Sprecher der Autorenvereinigung PEN Berlin) als „sehr rechte bis rechtsradikale Buchmesse“ bezeichnet. Rund um die Messe gab es Proteste mit dem Motto „Rechte Buchmesse stoppen“. Damit erklärt sich mein Bild von einem Griff in ein Wespennest.

Wie nehmen Sie diese Kritik wahr, und wie erklären Sie öffentlich den Unterschied zwischen dem, was Sie veranstalten, und dem, wofür Ihre Kritiker Sie in den Medien adressieren?

Susanne Dagen | Zuerst einmal nehme ich dies eben nicht als Kritik wahr, sondern als Diskreditierung, denn genauso ist es auch gemeint. Wenn jemand Kritik üben würde, die substantiell daherkäme, dann wäre man, so meine ich, doch vor allem an einer argumentativen Auseinandersetzung, die mit Nachfragen beginnt, interessiert. Dies allerdings ist zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen. Und so sehe ich diese Diskreditierung als das, was sie ist: eine Vorab-Verurteilung, um das Projekt

SEITENWECHSEL in höchstem Maße herabzuwürdigen. Dafür eigneten sich viele Jahre die Begriffe wie „rechts“, „rechtsextrem“ oder „umstritten“ und dergleichen mehr.

Durch den inflationären Gebrauch haben sich diese Begriffe allerdings mehr als abgenutzt und der eigentliche Impetus, nämlich Besucher und Aussteller von einer Teilnahme an unserer freien und alternativen Buchmesse abzuhalten, verfiel sich nicht mehr. Warum man dies so macht, ist mir vollkommen klar: Man hat genau vor solchen freiheitlichen Initiativen wie unserer freien Büchermesse Angst! Und wenn diese nun auch noch erfolgreich sind, weil sich eben ein großer Teil der Besucher und Aussteller von benannten Bezeichnungen nicht mehr abschrecken lässt, werden die Behauptungen natürlich immer wilder und die Zerstörungsmechanismen immer perfider. Das war mir im Vorfeld klar, anstrengend war es dennoch. Wir haben ja zu arbeiten.

Ralf M. Ruthardt | Sie haben Ihre Buchmesse als einen Raum für „freie Individuen außerhalb politischer Gruppierungen“ beschrieben, die literarisch und kulturelschaffend tätig sein können. Wie definieren Sie konkret den inhaltlichen oder politischen Rahmen Ihrer Buchmesse und wo ziehen Sie eine Grenze zwischen „vielfältiger Debatte“



und dem, was andere Beteiligte als politische Agenda verstehen?

Susanne Dagen | Den Begriff „kulturschaffend“ habe ich garantiert nicht gewählt, da ich ihn als Systembegriff ablehne.

Heutzutage wird doch alles als politische Agenda verstanden. Und jeder, der sich äußert, ist vor Missdeutung und übler Nachrede nicht gefeit. Dies ist mir seit vielen Jahren klar, ohne dass ich mich deshalb von meiner freien Rede habe abhalten lassen. Denn als Allererstes ist unsere Büchermesse doch ein Ort für Leser, Autoren, Verlage und Künstler. Das Spektrum der Aussteller ist bewusst breit gefasst, von jenen, die Kinderbücher anbieten, bis hin zum Verlag für politisches Sachbuch. Das war bis vor einigen Jahren auch noch Konsens auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig; ist es spätestens seit 2017 nicht mehr. Denn schon in diesem Jahr habe ich aufgrund der Vorkommnisse auf der Frankfurter Buchmesse, nämlich den Markierungen und den darauffolgenden Zerstörungen sogenannter rechter Verlage, eine Protestnote, die ich damals „Charta 2017“ nannte, gemeinsam mit einer illustren Schar von Erstunterzeichnern an den Veranstalter, den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, adressiert.

Inhalt dieses Protests war die Feststellung eines sich immer mehr verengenden Meinungskorridors, in dem missliebige Meinungen keinen Platz haben oder auf das Schärfste bekämpft werden. Wir hielten dies damals für eine Form, die einer modernen und vielfältigen Debattenkultur unwürdig ist. Dass dann nicht einmal zehn Jahre vergehen sollten, bis wir unsere eigene Büchermesse veranstalten, war von uns niemals geplant, ist aber folgerichtig.

Ralf M. Ruthardt | Seit 1995 führen Sie mit dem BuchHaus Loschwitz einen literarischen

Treffpunkt in Dresden und veranstalten Lesungen, Publikationen und literarische Formate. Wie sind aus Ihrer Sicht Literatur und gesamtgesellschaftliche Debatte miteinander verknüpft und wie unterscheiden sich diese Felder von dem, was aktuell an Seitenwechsel kritisiert wird?

Susanne Dagen | Kunstausbübung, wie Bildende Kunst, Theater und vor allem die Literatur waren und sind in allen Zeiten Zeiger-Genres für eine gesellschaftliche Situation. Als wir vor 31 Jahren unsere Buchhandlung eröffnet haben, waren wir als junge Menschen vielleicht naiv und blauäugig, aber vor allem eins: frei im Denken, unabhängig im Tun. Das hat sich bis zum heutigen Tag nicht geändert, obgleich die Zeiten sich verändert haben und das eben nicht zum Guten. Und dennoch gibt es die Nischen, in denen frei agiert und kritisch gedacht wird. Diese Blumen aufzuspüren ist Aufgabe für uns Gärtner in einem wilden und schönen Areal der unterschiedlichen geistigen Strömungen.

Als Leser sind wir interessiert an Neuem, auch und vor allem an Irritationen, die uns unterschiedliche Perspektiven aufzeigen. „Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.“, so einmal der französische Maler Picabia. Ein wunderbares Bekenntnis für wahrhaftig freies Denken.

Ralf M. Ruthardt | Sie sind Mitglied des Stadtrats von Dresden und kulturpolitisch aktiv. Inwiefern beeinflussen Ihre politischen Überzeugungen und Ihr Stadtratsmandat Ihre kuratorischen Entscheidungen als Veranstalterin einer Buchmesse und wie wägen Sie dabei kulturelle Offenheit, demokratische Verantwortung und literarische Vielfalt gegen die Vorwürfe ab, die seitens der Presse formuliert wurden?

Susanne Dagen | Ich bin als Mitglied des



Freie Wähler Dresden e. V. seit 2019 und seit 2024 als kulturpolitische Sprecherin und Teil der AfD-Fraktion, der stärksten Fraktion im Dresdner Stadtrat. Meine Politisierung allerdings hat viel früher begonnen, 2015 nämlich im Zuge der medialen Rezeption von Pegida in meiner Heimatstadt Dresden. Aus einem Gefühl von Ungerechtigkeit jenen gegenüber, die ihre Grundrechte in Anspruch nahmen, habe ich mich damals erstmalig öffentlich positioniert. Und vielleicht noch nicht einmal politisch, sondern eher im Sinne eines humanistischen Prinzips. Seitdem und spätestens seit der beginnenden Migrationskrise hat sich die Situation für mich als unabhängigen Freigeist mit großer Klappe immer mehr verschärft.

Meinem gefühlten Unmut etwas entgegenzusetzen, begann ich mich im politischen Ehrenamt zu engagieren. Und so bin ich seit mittlerweile sieben Jahren eben auch kommunalpolitisch tätig. Meine politischen Überzeugungen haben sich seither nicht verändert, nur habe ich jetzt viel mehr Einblick in die Tätigkeit eines Mandatsträgers. Dennoch befinde ich mich jetzt nicht, wie

viele andere, zwischen Baum und Borke, soll heißen zwischen Anspruch an die eigene politische Tätigkeit und den Wählerwillen. Meine Aufgabe ist es hier, Stachel im Fleisch zu sein und konstruktiv zu stören. Und auch insofern ist die Büchermesse *SEITEN-WECHSEL* eine Störung des Konsens „unserer Demokratie“. Damit ist man Störfall und ein Dämon ist in Zeiten von Zivilreligionen schnell platziert.

Allerdings kann jeder kommen, mitmachen und schauen, was es mit den Anfeindungen wirklich auf sich hat. Damit stehen wir mit unserem offenen Tun ganz im Gegensatz zu denen, die unter Pseudonym pöbeln, die die Dunkelheit nutzen, um zu zerstören und sich den immer gleichen Begrifflichkeiten bedienen, im ungeschützten Licht. Das, so meine ich, schützt uns dennoch – ich stehe ganz klar für Transparenz und Offenheit.

Ralf M. Ruthardt | In Deutschland wird intensiv über die Rolle von Literatur in politischen und gesellschaftlichen Realitäten diskutiert. Es wird dabei auch die Kritik laut, dass Kulturschaffende an den von Politik und





öffentlicher Verwaltung vergebenen Finanzmitteln für Kultur hängen und damit wohl auch Abhängigkeiten entstehen.

Welche Funktion sollte Literatur in einer pluralen Gesellschaft haben und wie spiegelt sich diese Vorstellung im *Seitenwechsel*-Projekt und Ihrer Arbeit als Unternehmerin und Kommunalpolitikerin wider?

Susanne Dagen | Spätestens, seitdem ich Stadträtin bin, weiß ich um das vergiftete Geschenk von Fördermitteln. Denn nicht wenige, die einmal von dieser süßen Frucht gekostet haben, die gerade im Kulturbereich mit medialer Anerkennung und weiteren Preisen einhergeht, möchten davon je wieder lassen. Das macht bequem und birgt weitergehende gefährliche Abhängigkeiten.

Als Unternehmerin allerdings weiß ich, dass nur ich selbst für den Erfolg oder den Misserfolg meines Tuns verantwortlich bin. Diese Verantwortung übernehme ich und schiebe sie eben nicht auf schlechte Zeiten, fehlende Infrastruktur und das Internet. Wer hingegen als Künstler agiert, hat zu allen Zeiten mehrheitlich kein gutes Auskommen gehabt. Erst, wenn er sich in den Dienst stellte, konnte er mehr als nur überleben. Interessant ist auch, dass der Begriff „Künstler“ kaum noch gebraucht wird. Vielmehr sprechen wir von Kulturschaffenden, ein Begriff, den ich als Systembegriff ablehne.

Auch zu Zeiten des Nationalsozialismus und in der Diktatur der DDR wurde der Künstler als Kulturschaffender, und damit als einer, der im vorgegebenen Sinne etwas „schafft“, bezeichnet. Und auch der Begriff der „Kultur“ ist mittlerweile einer, der für jedwede Tätigkeit außerhalb von Technik, Medizin und Bildung verwendet wird – leider aber eben auch immer seltener für das, was er eigentlich bezeichnet, nämlich Tradition, Zugehörigkeit, Religion, Heimat. In meinem

Umfeld, dies vor allem als Kulturveranstalterin, begegne ich seit mittlerweile einem Jahrzehnt immer wieder Künstlern, die Selbstzensur und Selbstverleugnung betreiben, um den nächsten Förderantrag nicht zu gefährden. Denn sie wissen genau, dass der förderungsgebende Staat eben nicht ein Mäzen ist, der dies (fast bedingungslos) tut, um die Kunst zu fördern. Der Fördermittelgeber besteht darauf, dass sich die Insignien, wie es die richtigen Begriffe, Gendersprache und zeitpolitische Zusammenhänge sind, in der Projektbeschreibung wiederfinden.

All dies ist eine traurige Entwicklung; erinnert mich an ein Land, in das ich geboren wurde und was wir friedlich in die Versenkung befördert haben. So jedenfalls dachten wir.

Ralf M. Ruthardt | Damit entlassen wir die Leserinnen und Leser in ein selbstbestimmtes Nachdenken.



Susanne Dagen

ist Buchhändlerin, Publizistin, Verlegerin und Kulturveranstalterin in Dresden. Sie gründete 1995 das BuchHaus Loschwitz, initiierte die Buchmesse „Seitenwechsel“ und engagiert sich kulturpolitisch als Stadträtin. Ihr Wirken verbindet Literaturvermittlung, unternehmerische Verantwortung und öffentliche Debatte.

Ein lauter **Aufschrei** der bürgerlichen Mitte?

„Dieser Roman ist wichtig, den er gibt den Blick in die Mitte der Gesellschaft frei.“

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische
übersetzt (Fundalib, Madrid)

„Gute Beobachtungen zum Zeitgeschehen.“

Dominik Steffens
Journalist & Podcaster

Das laute Schweigen des Max Grund

Roman von Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574905

Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch





Anständig rekrutieren, **nachhaltig** integrieren



Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Andreas Reifsteck



Deutschland braucht Fachkräfte – und eine nüchterne Debatte darüber, welche Form von Migration volkswirtschaftlich tragfähig, menschlich anständig und langfristig integrationsfähig ist. Andreas Reifsteck beschreibt mit „Bumblebee Folks“ ein Modell, das qualifizierte Fachkräftezuwanderung planbar macht: KI-gestützt, vorbereitet, sprachlich begleitet und mit klaren Grenzen gegen Ausbeutung wie gegen eine demografische Schwächung der Herkunftsländer.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Andreas Reifsteck, als ich mich mit Bumblebee Folks beschäftigt habe, drängte sich mir ein Gedanke auf: Hier versucht jemand, Wirtschaft und Sinnhaftigkeit zusammenzubringen. Der Ausgangspunkt scheint nicht ein abstraktes Migrationsnarrativ gewesen zu sein, sondern eine ganz konkrete Mangellage in der deutschen Wirtschaft. Was war dein persönlicher Auslöser, dich auf dieses Feld einzulassen?

Andreas Reifsteck | Der Auslöser war sehr konkret. Ich war damals Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes und in nahezu jedem Gespräch hörte ich denselben Satz: Wir finden keine Auszubildenden, wir finden keine Mitarbeitenden. Das war im Handwerk so, aber auch verbandsübergreifend auf Veranstaltungen ein Dauerthema.

Dann kam eine Delegationsreise im Jahr 2023 nach Maharashtra in Indien hinzu. Dort ging es unter anderem um Fachkräftegewinnung und den Austausch mit Baden-Württemberg. Ich wurde von unserer Landesregierung gefragt, ob ich mir aus Sicht der Wirtschaft Gedanken machen könne, wie ein solches Programm aufgebaut sein müsste. Daraus entstand zunächst ein Konzeptpapier. Später wurde ich immer wieder darauf angesprochen, ob ich daraus nicht mehr machen wolle. Irgendwann habe ich das Papier wieder aus der Schublade geholt und mir gesagt: Dann bauen wir das eben selbst – aber aus Sicht der Unternehmenspraxis.

Ralf M. Ruthardt | Du hast nicht einfach eine Recruitingfirma gegründet, sondern ein

Modell, das tiefer in die Prozesskette eingreift. Wenn ich es richtig verstehe, dann beginnt dein Ansatz dort, wo klassische Vermittler oft aufhören: bei Vorbereitung, Sprache, Integration und Passgenauigkeit. Wie funktioniert dieses Modell?

Andreas Reifsteck | Wir suchen die Menschen nicht selbst irgendwo auf der Welt zusammen, sondern arbeiten mit einem geprüften Netzwerk von Recruiting-Partnern in verschiedenen Ländern. Ein Unternehmen meldet uns seinen konkreten Bedarf, und wir matchen diesen Bedarf mit geeigneten Partnern. In gewisser Weise ist das ein Plattformgedanke. Der entscheidende Unterschied ist aber: Wir lassen es nicht beim Match stehen. „Bumblebee Folks“ kümmert sich als Servicepartner um die Integration – und zwar schon bevor die Menschen überhaupt hier ankommen. Es geht um Spracherwerb, um kulturelle Erwartungshaltungen, um die Frage, welche Qualifikation für den deutschen oder europäischen Rechts- und Arbeitsrahmen noch angepasst werden muss. Wer heute schon sprachlich fit ist, kann schneller vermittelt werden. Andere brauchen vielleicht ein Jahr. Dann muss aber auch Verlässlichkeit da sein, denn wer für einen Arbeitgeber eine Sprache lernt, braucht die Sicherheit, dass daraus am Ende auch ein Arbeitsverhältnis wird.

Ralf M. Ruthardt | An dieser Stelle wird der Unterschied zur unregelmäßigen Migration sichtbar. Du redest nicht über offene Erwartung, sondern über Bedarf, Qualifikation, Vertrag, Sprache und Vorbereitung. Das ist nüchtern gesagt eine andere Kategorie von Zuwande-



rung. Hinzu kommt die Künstliche Intelligenz (KI). Viele benutzen das Wort inflationär. Was leistet KI in deinem Modell ganz praktisch?

Andreas Reifsteck | Für uns ist KI kein dekoratives Schlagwort, sondern ein Werkzeug, um Komplexität beherrschbar zu machen. Wir bauen beispielsweise mit einem Partner in Indien eine Plattform auf, die genau diese Prozesse unterstützt: Bedarf erfassen, Profile strukturieren, passende Kandidaten und Partner zusammenführen, Abläufe effizienter machen. Das Ziel ist, die Voraussetzungen für Qualität und Skalierbarkeit zu schaffen. Gerade weil wir viele Berufe abdecken wollen – von der Pflege über Gastronomie und Handwerk bis hin zu Ärzten – braucht es ein System, das sauber matcht. Sonst endet man wieder in Improvisation.

Ralf M. Ruthardt | Du sprichst zugleich sehr deutlich von Anstand. Das ist ein bemerkenswertes Wort in einem Markt, in dem offenbar die sprichwörtlichen „schwarzen Schafe“ unterwegs sind. Was heißt „anständig“ in deinem Verständnis ganz konkret?

Andreas Reifsteck | Anständig heißt für uns zuerst, dass wir die Kandidatinnen und Kandidaten nicht monetär in die Pflicht nehmen. Die Verantwortung sehen wir beim Arbeitgeber. Wenn Menschen mit Schulden in ein neues Land starten, weil sie Vermittlungsgebühren oder andere Kosten abstottern müssen, dann beginnt Integration mit Abhängigkeit. Diese Menschen können sich nicht wirklich auf ihr neues Umfeld einlassen, nehmen oft nicht am gesellschaftlichen Leben teil und geraten leichter in Isolation. Das ist menschlich problematisch und betriebswirtschaftlich unsinnig. Denn wenn Leute nach kurzer Zeit wieder gehen, weil sie sich nicht integrieren können, schadet das auch dem Unternehmen, das sie eingestellt hat, und am Ende auch uns. Unser Ansatz ist deshalb humanistisch und wirtschaftlich zugleich.

| ist es eine demografische Kolonialisierung?

Ralf M. Ruthardt | In Deutschland wird oft pauschal über Migration gesprochen, als wäre jeder Zuzug dasselbe. Tatsächlich reden wir hier aber über qualifizierte Menschen mit Motivation, mit sprachlicher Vorbereitung und mit einem klaren Arbeitsplatzbezug. Das kann für eine demografisch instabil gewordene Volkswirtschaft ein Gewinn sein. Dennoch bleibt der Einwand, auf den Prof. Dr. Herwig Birg (Interview in [Ausgabe 2026-1](#)) jüngst hingewiesen hat: die Gefahr einer demografischen Kolonialisierung. Also die Frage, ob wir anderen Ländern genau jene Fachkräfte entziehen, die dort selbst gebraucht würden.

Andreas Reifsteck | Ich halte den Einwand für berechtigt – gerade deshalb ist er für uns so wichtig. Unser Anspruch ist, anständig gegenüber allen Beteiligten zu handeln, und dazu gehören auch die Herkunftsländer. Deshalb haben wir eine klare Richtlinie: Wir rekrutieren nur in Ländern mit deutlichem Arbeitskräfteüberschuss. Wir holen zum Beispiel keine Pflegekräfte aus Ländern, die selbst bereits unter ähnlichen demografischen Problemen leiden wie Deutschland.

Indien, Vietnam, mehrere Länder in Lateinamerika und einige weitere sind andere Beispiele. Dort wird es in den nächsten Jahren einen stark wachsenden, massiven Arbeitskräfteüberschuss geben. Viele gut qualifizierte und motivierte Menschen hätten dort trotz Fleiß und Kompetenz keine reale Perspektive. Wenn wir ihnen hier einen Weg in Arbeit, Einkommen und gesellschaftliche Teilhabe eröffnen, schaden wir dem Herkunftsland nicht. Im Gegenteil: Wir nehmen in einem begrenzten Umfang Druck aus einem System, das selbst nicht allen Menschen Chancen bieten kann. Das prüfen wir auch bei anderen Ländern genau. Wo wir sehen,



dass ein Land selbst schon in Schwierigkeiten ist, nehmen wir Abstand.

Ralf M. Ruthardt | Damit ziehst du eine Trennlinie, die politisch wie publizistisch viel stärker beachtet werden müsste: Geregelter Fachkräftezuwanderung ist etwas anderes als unregelmäßige Migration. Bei dir geht es nicht um Zufall, sondern um Planbarkeit. Und diese Planbarkeit beginnt offenbar nicht bei einzelnen Ad-hoc-Stellen, sondern bei mittel- und langfristiger Bedarfsplanung der Unternehmen.

| Deutschland braucht eine gesteuerte Zuwanderung

Andreas Reifsteck | Genau. Unser Modell funktioniert besonders gut mit größeren Unternehmen oder Einrichtungen, die ihren Personalbedarf über mehrere Jahre benennen können. Wenn ein Krankenhaus sagt, wir brauchen dieses Jahr zehn Kräfte, nächstes Jahr achtzehn und später weitere Berufe dazu, dann können wir unsere Stärke ausspielen. Wir decken über unser Netzwerk nicht nur einen schmalen Bereich ab, sondern sowohl Blue-Collar- als auch White-Collar-Berufe. Ein Krankenhaus braucht eben nicht nur Pflegefachkräfte, sondern vielleicht auch Ärzte, Köche oder andere Berufsgruppen. Normalerweise muss man dafür mehrere spezialisierte Vermittler ansprechen. Bei Bumblebee Folks läuft das zentral.

Ralf M. Ruthardt | Warum gibt es dieses Modell dann nicht längst in großer Zahl? Auf den ersten Blick müsste der Markt doch voll davon sein.

Andreas Reifsteck | Weil es komplex ist und weil es Zeit braucht. Man kann im Personalbereich auch sehr schnell viel Geld verdienen – aber dann arbeitet man oft nicht nachhaltig. Unser Modell verlangt Vorarbeit: ein belastbares Partnernetzwerk, die Prüfung der

Recruiter, Tests in realen Prozessketten, der Aufbau der KI, Integrationskompetenz, juristische Sauberkeit. Das alles bremst am Anfang und ist für manche Investoren unattraktiv, weil es nicht sofort die maximale Marge abwirft. Wir wollen wirtschaftlich erfolgreich sein, aber eben nicht um den Preis, Menschen nur noch als KPI zu behandeln. Geschwindigkeit allein ist kein Qualitätsmerkmal.

Ralf M. Ruthardt | Dann steht am Ende deines Ansatzes eine bemerkenswert nüchterne wie zielführende Formel:

Deutschland braucht gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Diese Zuwanderung muss sprachlich, rechtlich und kulturell vorbereitet sein. Sie darf Menschen nicht verschulden. Und sie darf nicht zulasten jener Länder organisiert werden, die ob der Abwanderung von Fachkräften in Not geraten würden. Damit wäre ein Modell beschrieben, das sich deutlich von der unregelmäßigen Migration unterscheidet, über die politisch meist gestritten wird. Vielleicht ist genau das der Punkt: Nicht jede Migration ist dieselbe – und nicht jede Fachkräftegewinnung ist anständig.

Andreas Reifsteck | So ist es. Wir glauben, dass man mit Menschlichkeit, Wohlwollen und Nachhaltigkeit ein wirtschaftlich tragfähiges Modell aufbauen kann. Es dauert länger, aber genau darin liegt aus unserer Sicht die Zukunftsfähigkeit.

Andreas Reifsteck

ist Initiator und Gründer der Bumblebee Folks. Gemeinsam mit Prof. Dr. Roland Haas, Paulina Jaworska und Dr. Kai-Uwe Fratzky hat er 2024 die Bumblebee Folks GmbH mit Sitz in Karlsruhe gegründet.

Demenz: *Der **ungebetene** Gast*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Désirée von Bohlen und Halbach



Désirée von Bohlen und Halbach spricht über Demenz, Angehörige und Selbstfürsorge. Ein Gespräch über Angst, Würde, veränderte Kommunikation – und die Notwendigkeit, rechtzeitig Hilfe anzunehmen.

Ralf M. Ruthardt | Herzlichen Dank, Désirée von Bohlen und Halbach, dass wir uns einmal mehr über das komplexe Feld der Demenzen und das, was es mit Menschen macht, austauschen dürfen. Sie weisen immer wieder darauf hin, dass erstaunlich wenig betroffene Menschen die von *Desideria Care e. V.* angebotene Hilfe in Anspruch nehmen. Selbst dann nicht, wenn diese mit der Situation objektiv überfordert sind. Sie sind die Initiatorin von *Desideria Care e. V.* und daher meine Frage, ob es vielleicht mit Ihrem bekannten Adelsnamen zusammenhängen könnte? Quasi eine Reaktion von Menschen, die sich beeindruckt und nicht zugehörig fühlen?

Désirée von Bohlen und Halbach | Das Interview fängt schon mal sehr gut an. (lacht) Und doch ist es eine Frage, die ich mir manchmal auch stelle. Natürlich ist mein Name in vielen Bereichen förderlich. Er öffnet Türen. Zugleich mag er da und dort auch ein Hindernis oder eine Hürde sein. Genau weiß ich das natürlich auch nicht. Gleichwohl habe ich mich auf unserer Webseite *desideria.org* als Coach rausgenommen. Ich möchte vorbeugen und keine Hemmschwellen für die Menschen aufkommen lassen, denen wir Beratung anbieten.

| Von Adel zu sein: Förderlich oder eine Hürde?

Es gibt ja viele Leute mit einem öffentlich bekannten Namen, welche Organisationen gründen – darunter auch Adelige. In unserem Fall bei *Desideria* ist es so, dass ich nicht nur meinen Namen gebe, sondern mein Engagement ist mein Daily Business und ein

Fulltime-Job geworden. Ich bin sehr involviert und ich tue es mit großer Freude.

Ralf M. Ruthardt | Wie sehr Sie involviert sind, habe ich aus unserem Vorgespräch mitgenommen: Sie haben sich fachlich qualifiziert und bringen sich auch operativ als Coach mit ein.

Désirée von Bohlen und Halbach | Beides ist in meinem Selbstverständnis eine Voraussetzung. Ich muss ja wissen, was an der Basis passiert. So habe ich beispielsweise auch noch eine eigene Angehörigengruppe, die ich als Coach betreue. Das empfinde ich für mich als besonders wertvoll. Nicht nur, indem ich Erkenntnisse daraus ziehe, sondern weil ich den Umgang mit den Menschen liebe. Genau das motiviert mich.

Dass ich als Gründerin und Vorstandsvorsitzende meiner Stiftung in die Öffentlichkeit zu gehen habe, hatte ich anfangs gar nicht auf dem Schirm. Ich wollte vielmehr im Eins-zu-eins Menschen unterstützen. Mit dieser Idee und Motivation bin ich an den Start gegangen. Da die Organisation immer größer wird, haben sich die Aufgaben natürlich verschoben.

Ralf M. Ruthardt | Bitte lassen Sie uns an dieser Stelle einen Unterstrich setzen. Manchmal ist es so, dass Menschen aufgrund ihres Äußeren oder ihres Namens in einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft – um nicht von Schublade zu sprechen – verortet werden. Wenn jemand einen auf Adel schließenden Namen trägt, dann verbindet sich womöglich schnell gedanklich ein Schlösschen damit, man setzt der Person eine Krone



auf und wähnt sie auf einem Thron. Da und dort kommt mediales Interesse hinzu, weil Journalistinnen oder Journalisten eine bessere Schlagzeile wittern.

Désirée von Bohlen und Halbach | Ja, das ist oft so.

Ralf M. Ruthardt | Aber hinter dieser Vorstellung verbirgt sich womöglich ein Mensch, der zutiefst von dem, was er tut, überzeugt ist. Ein Mensch, der helfend involviert und sich für keinen Handgriff „zu fein“ ist. Umso mehr interessiert, warum genau dieses Themenfeld der Demenz Ihnen so sehr am Herzen liegt?

Désirée von Bohlen und Halbach | Sie stellen die richtigen Fragen. (lacht) Anfangs bin ich ein bisschen naiv an die Sache rangegangen. Wobei das vielleicht ein Glück war, weil ich somit langsam und fundiert in die Aufgabe hineinwachsen konnte. Heute ist mir die Komplexität dieses Themas bewusst, aber das brauchte Erfahrung – und Zeit. Denn mit der Simplifizierung auf hochaltrige Menschen und deren pflegenden Angehörigen wird man dem weiten Feld der Demenz nicht gerecht.

Ja, natürlich gibt es die Menschen, die im hohen Alter betroffen sind: Als Erkrankte oder als betreuende Angehörige. Aber darauf reduziert es sich mitnichten. Mir wurde bewusst, dass auch junge Menschen in eine Pflegesituation kommen können. Und die Bandbreite ist enorm: Da gibt es die medizinische Seite und es geht dabei um die Erkrankten: Wie weit ist die Forschung? Warum ist es schwierig, die richtigen Medikamente zu entwickeln? Dann sind da die Angehörigen: Wie unterstützen wir die Angehörigen? Das Feld dieses Krankheitsbildes ist komplex.

Ralf M. Ruthardt | Ihre Beratungsangebote

fokussieren sich gerade auf die Angehörigen ...

Désirée von Bohlen und Halbach | Ja, uns ist dieser Fokus sehr wichtig. Da wir aber einen systemischen Blick auf das Thema Pflege haben, muss das ganze Pflegesystem mitgedacht werden. Dazu gehört aber auch der Erkrankte. Es geht uns vor allem darum, dass wir nicht alleine fürsorgend über die Erkrankten sprechen, sondern wir müssen – abhängig von deren Möglichkeiten – mit ihnen reden. Denn sie sind ja diejenigen, die betroffen sind. Ich empfinde es als unglaublich fesselnd. Es ist so sehr inspirierend und berührend, wenn man von der Seite der Betroffenen auf die Auswirkungen der Demenzen blickt. Ein hochspannendes Krankheitsbild mit mannigfaltigen Symptomen. Wir stellen uns immer wieder die Frage, wie man mit diesem ungebetenen Gast umgeht, den wir nicht mehr hinauskomplimentieren können. Wir möchten mit unserer Beratung eine Hilfe sein: Der Verzweiflung durch Verstehen und mit Handlungsoptionen begegnen. Und auch eine Sensibilität für die positiven Erlebnisse schaffen.

| Der Verzweiflung durch Verstehen und mit Handlungsoptionen begegnen

Zurück zu Ihrer Frage, warum ich mich engagiere. Ein persönliches Schicksal, nämlich die Erkrankung meiner Tochter, war der Auslöser. So schlimm die Erkrankung auch war, es war im Schicksal auch etwas Positives zu entdecken. Ohne dieses Momentum weiß ich nicht, ob ich jetzt hier wäre, wo ich bin.

Ralf M. Ruthardt | Danke für den sehr persönlichen Einblick, den Sie uns gewähren. – Sie haben von Komplexität gesprochen. Das spiegelt sich darin wider, dass man nicht von „der Demenz“, sondern von „den Demenzen“ spricht. Und dann haben Sie



vom „ungebetenen Gast“ gesprochen; wie ich finde, ein mächtiges, aufschlussreiches Bild. Ich möchte Ihr Bild aufgreifen und einen Gedanken anschließen: Es ist ein Unterschied, ob ich mir den Fuß breche, ihn bandagiert bekomme und dieser anschließend wieder heilt. Der Bruch eines Fußes ist in aller Regel ein Spontanereignis und für den Betroffenen und sein Umfeld offensichtlich. Im Gegensatz zur Einkehr des „ungebetenen Gastes“ – einer Demenz. Diese schleicht sich oftmals durch die sprichwörtliche Hintertür ein. Martin Suter hat in „Small World“ (Roman) auf berührende Weise darüber erzählt. Im Roman „Samstags bringe ich dir Worte“ findet sich eine demenzartige Einschränkung im Kontext eines Schlaganfalls. Wenn nun dieser „ungebetene Gast“ einkehrt ...

Désirée von Bohlen und Halbach | ... dann muss der Gast angenommen werden. Es trägt nichts zum Besseren bei, wenn die Situation nicht angenommen wird. Der „ungebetene Gast“ wird bleiben; man wird ihn nicht mehr einfach so los. Wie Sie richtig sagen: Ein gebrochener Fuß heilt. Aber eine Demenz verschwindet leider (noch) nicht. Es gilt, damit umzugehen – und dann lieber ein „Willkommen“ als eine fortlaufende, erschöpfende Abwehrhaltung. Es gibt ja auch andere Krankheiten, die man nicht mehr loswird: Nehmen wir beispielsweise Parkinson oder Multiple Sklerose.

Die besondere Herausforderung einer Demenz liegt darin, dass das Kognitive irgendwann weg ist. Und das macht es, so glaube ich, besonders schwer. Mit einem Menschen mit einer Krebsdiagnose kann man im Hier und Jetzt kommunizieren. Mit einem an einer Demenz im Endstadium Erkrankten gar nicht mehr. Oder die Kommunikation muss verändert werden. Wenn Worte nicht mehr greifen, könnten an diese Stelle Blicke oder auch Berührungen treten. Es heißt auch immer, dass der gesunde

Mensch in die Welt des Erkrankten eintauchen muss. Andersherum geht es nicht mehr. Das bedeutet große Anpassungsfähigkeit der An- oder Zugehörigen an sich ständig verändernde Situationen. Das ist sehr anstrengend und herausfordernd.

Ralf M. Ruthardt | Bleiben wir noch beim nachdenkenswertem Bild des „ungebetenen Gastes“. Wie geht das soziale Umfeld damit um? Klar, Ehepartner und die Kinder sind direkt involviert. Aber wie schaut es mit dem Freundeskreis und der Nachbarschaft aus? Meine Erfahrung ist, dass man teilnehmend grüßen lässt, sich aber zumeist nicht über die Hemmschwellen zu gehen traut und die Erkrankten regelmäßig und mit Freude besucht.

| Überraschend viel Unwissen über Demenzen

Désirée von Bohlen und Halbach | Da herrscht ganz viel Unwissen. Deshalb haben wir gut aufbereitete Informationen, um diesem Unwissen zu begegnen. Es macht Menschen Angst, weil sie die Demenz nicht wirklich greifen können. Es ist eben nicht der offensichtlich gebrochene Fuß. Es ist der sich schleichend verändernde Krankheitsverlauf. So manches Mal dauert es bis zu zwanzig Jahre, bis dieses Schreckgespenst des Endstadiums eintritt. Was passiert in der Zwischenzeit? Wie geht man mit den Menschen um, die jetzt am Anfang einer Demenzerkrankung sind? Und oftmals kommt sofort mit der Demenzdiagnose dieses Stigma „mit dem kann man ja gar nicht mehr reden, der ist ja jetzt blöd“.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es da nicht eine Episode Ihres Podcasts „Leben. Lieben. Pflegen.“, in der ein in sehr jungen Jahren erkrankter Gesprächspartner berichtete, dass manche Leute glauben, dass eine Demenz sogar ansteckend ist?

*„... ein rührender Roman über die schwierige Erfahrung,
einen geliebten Menschen mit Demenz zu begleiten.
Max besucht seinen Freund Moritz,
der nach einem Schlaganfall kaum noch sprechen kann.*

*Trotz der Stille versucht Max,
ihm mit eigenen Geschichten Nähe zu schenken.
Das Buch zeigt,
wie wichtig Worte und menschliche Verbindung sind,
auch wenn Erinnerungen verblassen.
Eine berührende Geschichte, die zum Nachdenken anregt.
Sehr lesenswert!“*

Rezension von Britta Gielow



Samstags bringe ich dir Worte

Roman von Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | nur € 11,90

auch als eBook & Hörbuch





Désirée von Bohlen und Halbach | Ja, deswegen wird der Betroffene von diesen Leuten gemieden. Das muss man sich mal vorstellen. Unsere aufgeklärte Gesellschaft ist nämlich gar nicht so aufgeklärt. Es fängt ja schon damit an, dass viele Leute nicht auseinanderhalten können, was Alzheimer und was Demenz ist. Demenz ist der Oberbegriff und darunter gibt es bis zu sechzig verschiedene Formen von Demenzen. Alzheimer ist die Form, die am meisten vorkommt. Es erinnert mich an die Jahre, als AIDS geradezu ein Stigma durch Unwissenheit in weiten Teilen der Gesellschaft gewesen ist.

Ralf M. Ruthardt | In unserer Wohlstandsgesellschaft scheinen wir womöglich mehr am nächsten Urlaub oder einem schicken, neuen Kleidungsstück interessiert zu sein als an der Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Da hat man 50 Sekunden für eine kurze Nachricht in den sozialen Medien Zeit – und geht zur nächsten Nebensächlichkeit weiter. Wir wollen zu oft scheinbar erheitert oder irgendwie in Aufwallung gebracht werden. Konsumorientiert und oberflächlich sind womöglich Zuschreibungen, die uns Menschen zu oft und sehr weitgehend kennzeichnen.

Dabei sind wir ein soziales Wesen – und reduzieren uns dann doch zu Konsumenten und zum Produktivitätsfaktor. Das Menschsein tritt erkennbar zu oft in den Hintergrund. Ist das eine – wenn auch fragile – Wahrnehmung, die man teilen kann?

| Verdrängung?

Désirée von Bohlen und Halbach | Das ist jetzt pointiert von Ihnen formuliert und man kann nicht alle Leute über einen Kamm scheeren. Was für einen Großteil der Gesellschaft zutreffen mag, lässt zu leicht die Menschen übersehen, die anders agieren. Viele Leute

sind engagiert und kümmern sich beispielsweise ehrenamtlich um Bedürftige.

Und was den Umgang mit Demenzen anbelangt, es ist für viele Menschen ein unangenehmes Thema, ein Thema, das mit viel Angst besetzt ist. Es kann ja jeden von uns treffen. Als Gesellschaft wollen wir uns nicht so wirklich damit auseinandersetzen. Mit Demenz verbindet man ja auch das Sterben. Und eine Demenz ist meist ein Sterben auf Raten. Die Angst davor ist nachvollziehbar. Auch die Sorge, wie Angehörige damit umgehen, wenn man selbst von einer Demenz betroffen sein sollte.

Ralf M. Ruthardt | Man steht in der Blüte des Lebens. Man ist erfolgreich im Beruf, hat eine intakte Familie, engagiert sich in einem Ehrenamt und gestaltet seine Freizeit vielseitig. Das Leben blüht. Es ist ein bunter Blumenstrauß, den man da in Händen hält. Wenn jedoch durch das Eintreten einer Demenz der Blumenstrauß immer weniger Blumen beinhaltet und man am Ende womöglich nur noch zwei, drei gebrechliche Blüten in den Händen hält – was dann? Hat die Familie und das weitere soziale Umfeld die Bereitschaft, sich an diesen wenigen Blüten zu erfreuen?

Nehmen wir das Beispiel der Kommunikation. Wie verlaufen die Gespräche mit einem an einer Demenz erkrankten Menschen. Schlussendlich sprechen womöglich nur noch die Augen. Da ist vielleicht ein Glanz in den Augen oder ein anderes Mal eine Ausdruckslosigkeit. Kommunikation ja, aber auf einem völlig anderen Level, weil weitgehend eingeschränkt. Und trotzdem ist sie da und dort immer noch wohltuend und berührend.

Désirée von Bohlen und Halbach | Das kann ich total unterstreichen. Ich erlebe in meiner Angehörigengruppe eine Teilnehmerin, deren Mutter seit über drei Jahren in der fina-



len Phase ist und die Tochter wünscht ihr ein friedliches Entschlafen. Aber die Erkrankte lebt, lebt und lebt. Die Tochter sieht ihre Mutter in diesem Zustand. Sie muss es miterleben und ertragen. Das ist eine unglaubliche Herausforderung und ich erlebe die Tochter wirklich als eine „Vorzeige-Angehörige“. Sie berichtet mir, dass sie in der Situation immer wieder Erfahrungen sammeln darf und dazulernt, mit all dem Erlebten umzugehen. Insbesondere dieses auf den ersten Blick Nicht-Kommunizieren als ein Kommunizieren auf eine ganz reduzierte Art und Weise zu verstehen. Manchmal ist es nur ein Streicheln. Manchmal ist es nur ein Nicken. Oder es ist ein wortloses gemeinsames Essen bei Kaffee und Kuchen.

Man muss sich sensibilisieren. Es braucht die Bereitschaft, Kommunikation unter massiven Einschränkungen und mit großer Freude und Zuwendung zu führen.

Ralf M. Ruthardt | Sensibilisierung, Achtsamkeit und die Bereitschaft, eine Lernkurve zu erleben.

**| Und dann heißt es:
„Ich kann nicht mehr ...“**

Désirée von Bohlen und Halbach | Ein Thema ist mir noch wichtig, weil ich es in Gesprächen immer wieder höre: „Ich habe meiner Frau versprochen, ich werde sie nie allein lassen.“ Das klingt erstmal sehr menschlich und liebevoll. Aber wenn man durch die Brille des betroffenen Angehörigen blickt, stellt sich die Frage, was das von demjenigen einfordert. Schafft der Angehörige das wirklich, ohne daran zu zerbrechen oder an seine gesundheitliche, mentale Substanz zu gehen? Hier stehen wir beratend an der Seite der Angehörigen und begleiten auch in den Momenten, wo jemand sagt „ich kann nicht mehr“. Bei aller Fürsorge dem Erkrankten gegenüber braucht es auch die Selbstfürsorge.

Ralf M. Ruthardt | Wie in der Luftfahrt: Wenn die Sauerstoffmaske runterfällt, gilt es zunächst, sich selbst zu versorgen, um anschließend handlungsfähig zu sein und sich um andere zu kümmern.

Désirée von Bohlen und Halbach | Das ist ein sehr passendes Bild. Wir als Coaches haben die Aufgabe zu sagen: „Schau auf dich und sag ganz ehrlich zu dir selbst, was kannst du leisten und was eben nicht.“ Angehörige müssen in die Selbstfürsorge gehen und sich nicht dauernd gegenüber der Gesellschaft rechtfertigen.

Wir bieten neutrale Räume an, in denen Angehörige Dinge aussprechen dürfen, die man sonst nicht loswird. Das ist wichtig, um den Druck rauszunehmen und um sich zu sortieren. Viele stecken im Hamsterrad fest und kommen nicht dazu, nachzudenken und grundlegende Entscheidungen zu treffen. Allein schon sich externe Hilfe zu holen, ist oftmals nicht einfach, wenn man gedanklich festgefahren ist und nicht weiterkommt. Dabei ist es keine Schande und kein Eingeständnis mangelnder Fähigkeit, wenn man sich Hilfe holt. Ganz im Gegenteil: Es ist klug!

Des·der·a

Désirée von Bohlen und Halbach

ist Gründerin und Vorstandsvorsitzende von [Desideria Care e. V.](#) in München. Als systemischer Coach, familientherapeutische Beraterin und Demenztrainerin engagiert sie sich für Angehörige von Menschen mit Demenz und setzt sich für mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Unterstützung ein.

„Es ist mehr als Alltagskomik. Es sind messerscharfe Analysen.“

Kurzgeschichten: Literarische Snacks für Zwischendruck.

Impressionen über die Vielfalt des Menschlichen.

Ironisch. Berührend. Unterhaltsam.

Das **besondere Geschenk** für Freunde.

Mensch sein – Mensch bleiben

Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574950

Taschenbuch | nur € 15



Jüdisches Leben sichtbar machen: *Meet a Jew*



Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Tim Kurockin



Am 27. Januar 2026, dem *Internationalen Holocaust-Gedenktag*, führte Ralf M. Ruthardt ein ausführliches Gespräch mit Tim Kurockin. Der 21-jährige Student engagiert sich seit Jahren in der jüdischen Community, in der politischen Bildungsarbeit und in der Antisemitismusprävention. Im Interview spricht er über seine Motivation, seine familiären Wurzeln, seine Identität als junger Jude in Deutschland und über die Wirksamkeit persönlicher Begegnungen – insbesondere im Rahmen des bundesweiten Projekts „Meet a Jew“.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich, lieber Tim Kurockin, dass wir uns über jüdisches Leben in Deutschland austauschen dürfen und im Laufe unseres Gesprächs etwas über das Projekt „Meet a Jew“ erfahren werden.

Wer sind Sie und was machen Sie, wenn Sie nicht gerade für Public & Nonprofit Management studieren?

| Antisemitismus aktiv bekämpfen

Tim Kurockin | Ich bin 21 Jahre alt und studiere jetzt seit zweieinhalb Jahren in Berlin. Ursprünglich komme ich aus der Oberpfalz. Ehrenamtlich bin ich in mehreren jüdischen Communities aktiv. Dabei fokussiere ich mich auf die politische Arbeit. Zum einen ist das die Antisemitismusbekämpfung und zudem das Sichtbarmachen jüdischen Lebens. In der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands bin ich Mitglied im Vorstand. Es ist eine der größten Interessenvertretungen für junge jüdische Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren in Deutschland. Wir vertreten rund 25.000 Menschen. In Berlin habe ich einen jüdischen Studierendenverband gegründet. Da geht es auch um die Pflege der Community. Zu jüdischen Feiertagen machen wir Veranstaltungen oder wir kommen einfach so ein bisschen zusammen. Zudem machen wir politische Arbeit – was speziell in Berlin natürlich sehr viel mit dem Thema Antisemitismus zu tun hat. Da geht schon einiges Irritierende auf dem Uni-Campus ab. Und mit Blick auf die Landtagswahlen in Ostdeutsch-

land sind für uns die Prognosen der AfD nicht beruhigend.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen. Wie kam es dazu, dass Sie sich so umfassend für jüdische Menschen engagieren?

Tim Kurockin | Ich glaube, das war so ein Schritt-für-Schritt-Ding. Wir haben in Amberg eine kleine jüdische Gemeinde, mit der ich aufgewachsen bin. Da gab es keine Strukturen für eine umfassende Jugendarbeit, aber in der Gemeinde habe ich den Flyer „Meet a Jew“ in die Hände bekommen. Ich fand es total interessant: Das Konzept, dass man einfach in die Schulen geht und mit jungen Leuten spricht, ist ein niedrigschwelliges Angebot.

Es ist so, dass in der jüdischen Gemeinschaft die jungen Leute sehr, sehr aktiv sind. Sei es in der Jugendarbeit, sei es im Engagement innerhalb der Community. Es ist ein sehr aktives Netzwerk und so bin ich da irgendwie reingerutscht und fühle mich sehr wohl.

Ralf M. Ruthardt | Die Nachnamen geben hin und wieder einen interessanten Aufschluss. Wir „Ruthardts“ kommen beispielsweise aus Prag und die Reformation hat uns in Teilen ins Württembergische gebracht. Wenn ich auf Ihren Nachnamen blicke, dann kommt dieser vermutlich aus dem Slawischen.

Tim Kurockin | Genau. Meine Eltern sind 1996 aus der Ukraine nach Deutschland



gekommen. Sie sind wie 90 % der jüdischen Community als Kontingentflüchtlinge hergekommen. Knapp die Hälfte der Jüdinnen und Juden in Deutschland haben einen ukrainischen Familienhintergrund.

Ralf M. Ruthardt | Das hat damals die jüdischen Gemeinden in Deutschland gestärkt, dass neue gläubige Mitglieder hinzugekommen sind.

Tim Kurockin | Ja, wobei man sagen muss, dass die Beschreibung „gläubig“ nicht pauschal verwendet werden kann. In der damaligen Sowjetunion wurden die Menschen ja nicht in ihrem Glaubensverständnis gefördert. Das Gegenteil war der Fall. Und zudem war das politische System sehr antisemitisch geprägt. Die meisten Leute hatten keinen tiefen religiösen Zugang gehabt. Es ist mehr die kulturelle Verbindung und die Ethik gewesen, die für eine bewusste jüdische Identität gesorgt hat. Man muss sich das vorstellen: Da sind die Kontingentflüchtlinge hierher nach Deutschland gekommen und konnten ihre jüdische Identität wieder stärker ausleben. Sie haben gesagt: „Hey, wir wollen uns in unserer Community engagieren und sichtbar sein.“

Ralf M. Ruthardt | Ging es um die jüdische Identität und um die israelische Identität? Oder ist das zu trennen?

Tim Kurockin | Die Frage der Bedeutsamkeit der jüdischen Identität selber ist für sich genommen ein viel diskutiertes Thema innerhalb der Community. Die jüdische Gemeinschaft ist in den vergangenen Jahrhunderten sehr viel migriert. Deswegen ist da oft ein gewisser Zwiespalt: Sehe ich mich zum Beispiel als Deutscher oder bin ich jüdisch – oder ist beides auf einer Ebene? Das ist eine Frage, über die ich oft nachdenke. Ich bin in Bayern aufgewachsen und fühle mich total wohl. Gleichzeitig hat es etwas Seltsames,

im Klassenzimmer auf ein verpflichtendes christliches Kreuz zu schauen.

Viele Menschen können nicht verstehen, dass ich als Jude in vielen Dingen eine andere Lebenssituation habe. Ich verlange absolut nicht, dass jeder alles über das Judentum wissen muss. Aber es gibt einfach unterschiedliche Realitäten.

Was den Bezug zum Staat Israel angeht: Bei mir und beim Großteil der jüdischen Gemeinschaft besteht eine sehr, sehr enge Bindung an Israel. Man hat Familie dort und man fühlt sich sehr verbunden. Aus meiner religiösen Sicht ist Israel der wichtigste Ort für Jüdinnen und Juden. Und gleichzeitig ist er für mich ganz persönlich der wichtigste Ort der Welt. Dort fühle ich mich sicher. Da kann ich mit einem Davidstern oder mit einer Kippa herumlaufen. Ja, vielleicht ist es in den USA ähnlich sicher – je nachdem, wo man sich gerade aufhält.

| Wo bin ich „exotisch“?

In Israel bin ich nichts Exotisches. Wenn ich in Deutschland Menschen sage, dass ich jüdisch bin, dann schauen mich manche Leute an und denken, meine Familie hätte auf jeden Fall einen Bezug zum Holocaust. Oder andere Leute sagen „wow, Ihr Deutsch ist ja gut“. Juden und Jüdinnen werden erkennbar nie als wirklicher Teil der Gesellschaft betrachtet. Man wird immer irgendwie als so was Exotisches betrachtet. Was total absurd ist.

Ralf M. Ruthardt | Kann es damit zusammenhängen, dass in Deutschland ein begründetes kollektives Schuldgefühl besteht? Und liegt es teilweise auch darin begründet, dass man so wenigen Menschen mit einer jüdischen Identität im Alltag begegnet? Vergleichen wir es mit Menschen muslimischen Glaubens beziehungsweise mit einer Herkunft aus



einem islamisch geprägten Land. Ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Verein – der Begegnungen sind viele. Also: eine quantitative Frage?

Tim Kurockin | Ja, sicherlich. Jüdisches Leben ist häufig nicht sichtbar. Es sind jedoch mehrere Faktoren. So gab es nach der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten keine wirkliche Aufarbeitung in Deutschland. Schaut man sich heute die Zahlen zum Antisemitismus an, ist kein Ende des Antisemitismus zu erkennen.

| Ist jüdisches Leben sichtbar?

Ein gewisser Grundantisemitismus ist vorhanden; ähnlich wie sich das auch mit Rassismen verhält.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass bei spontanen Begegnungen mit jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein gewohnter Umgang fehlt? Oder hat es etwas mit Bildung zu tun?

Tim Kurockin | Es gibt dieses Bild, dass nur ein blöder „Nazi-Dorftrottel“ antisemitisch und rassistisch sein könne. Der Antisemitismus geht jedoch durch alle Gesellschaftsbereiche und -schichten und ist vielfältig. Da gibt es den auf Israel bezogenen Antisemitismus. Es gibt den rassenbezogenen Antisemitismus. Es gibt den religiösen Antisemitismus – und viele weitere Motive lassen sich anführen. Es hängt von der jeweiligen Person ab und besorgt schaue ich auf den politischen Wandel in Deutschland, wo eine rechtsextreme Partei am Wachsen ist. Und der Blick auf die politische Linke beruhigt keinesfalls. Im Bereich des Linksextremismus nehmen die Zahlen antisemitischer Übergriffe ebenfalls zu. Mit ein Grund sind die dort anzutreffenden islamistischen Strukturen.

Ralf M. Ruthardt | Es gibt reichlich Pro-

gramme, um Antisemitismus zu begegnen. Das erscheint durch die unterschiedlichen Beweggründe erschwert, die Menschen mit Blick auf jüdisches Leben und den Staat Israel motivieren.

Tim Kurockin | Genau. – Schauen wir uns Politik im Kontext von Antisemitismusbekämpfung an. Da wird der Begriff oft für die jeweiligen politischen Zwecke instrumentalisiert. Heute ist der 27. Januar – und alle posten „Nie wieder ist jetzt“. Das ist mittlerweile fast nur floskelhaft, weil in der realen Politik nur wenig gegen Antisemitismus getan wird.

Die politische Rechte verwendet „Antisemitismus“, um gegen Muslime und linke Politik zu hetzen. Die linken Gruppen sind wenig selbstkritisch und nutzen den Kontext, um sich gegen rechts zu positionieren.

Ralf M. Ruthardt | Es scheint jeder sein eigenes Narrativ stärken und seine eigenen Ziele verfolgen zu wollen. Und Ihrer Argumentation folgend sind dabei die jüdischen Menschen nicht der eigentliche Gegenstand der Betrachtung.

| „Meet a Jew“ – was ist das?

Tim Kurockin | Ja, so sehe ich das. – Natürlich gibt es in der Politik super Leute. Mit vielen sind wir im ehrlichen Austausch. Aber da muss man immer genau hinschauen.

Ralf M. Ruthardt | Da scheint das Projekt „Meet a Jew“ für die Begegnungen zu sorgen, die jüdisches Leben präsent macht, Hemmschwellen abbaut und einen Perspektivwechsel bietet.

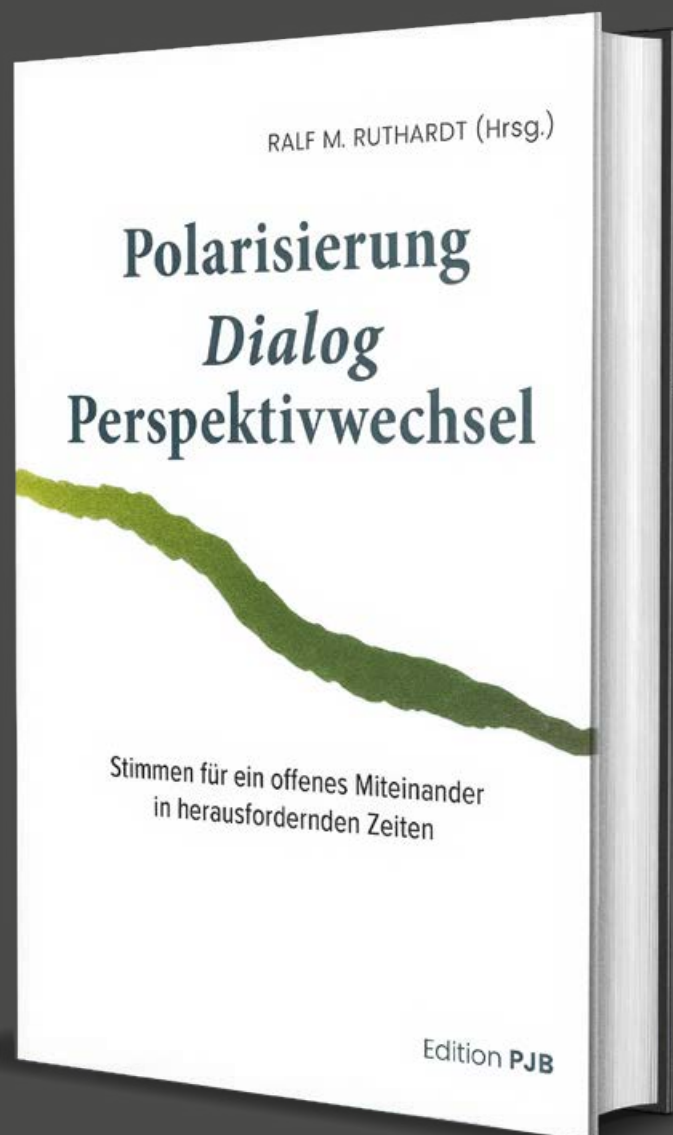
Tim Kurockin | Ich bin Teil des ehrenamtlichen Netzwerks „Meet a Jew“ und bin regelmäßig bei Begegnungen. Wir gehen in Schulklassen, es gibt Fortbildungen für Lehrkräfte und

*„Polarisierung – spaltet,
aber treibt ebenso den Diskurs an.
Eine lesenswerte,
weil vielstimmige Anthologie.“*

Prof. Dr. Heiko Kleve

*„Zwischentöne im Lärm der Gegenwart.
Eine Anthologie, die nachhallt.“*

Kajita Schmitt



Polarisierung – Dialog – Perspektivwechsel

Ralf M. Ruthardt (Hrsg.)

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | € 20





vieles mehr. Wenn wir beispielsweise in eine Schulklasse gehen, dann kommen wir in der Regel im Tandem. Es geht uns nicht darum, den Religions-, Geschichts- oder Politiklehrer zu geben. Es geht um uns und unseren jüdischen Alltag. Wir erzählen, wie wir unsere Feiertage begehen. Oft fragen muslimische Schüler, was der Unterschied zwischen Halal und Koscher ist. Dann erkläre ich: „Hey, alles, was koscher ist, ist halal. Aber nicht alles, was halal ist, ist koscher.“

Der Hauptzweck dieser Begegnungen ist es, jüdisches Leben sichtbar zu machen. Ich blicke auf mehr als 100 solcher Treffen zurück

und ich kann sagen, dass es uns gelingt, Vorurteile abzubauen und Gespräche auf Augenhöhe zu führen. Dies gelingt auch deshalb so gut, weil wir nicht als repräsentative jüdische Menschen kommen, sondern wir sind so, wie wir sind: Jeder führt sein eigenes jüdisches Leben.

Ralf M. Ruthardt | Danke, Tim Kurockin, für Ihre Zeit, Ihr Engagement und für das inspirierende Gespräch.

Tim Kurockin

geboren 2004 in Amberg (Oberpfalz), studiert Public und Nonprofit Management in Berlin. Er ist Vorstand der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands (JSUD) und Mitgründer des jüdischen Studierendenverbands Berlin. Seit 2021 engagiert er sich aktiv im bundesweiten Bildungsprojekt „Meet a Jew“ und setzt sich für die Sichtbarmachung jüdischen Lebens sowie für Antisemitismusprävention an Schulen und Hochschulen ein.



A close-up portrait of a middle-aged man with light brown hair, a grey beard, and blue eyes. He is wearing a dark blue button-down shirt. The background is dark and out of focus.

Orientierung ***in wechselnden Dynamiken***

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Siranus von Staden



Komplexität, Unsicherheit und Beschleunigung prägen den Alltag von Führungskräften wie Privaten gleichermaßen. Siranus von Staden beschreibt im Gespräch mit *MITMENSCHENREDEN*, warum Orientierung heute weniger aus starren Strategien als aus innerer Klarheit, Selbstwahrnehmung und der Fähigkeit zur bewussten Selbstregulation entsteht.

Ralf M. Ruthardt | Siranus von Staden, dein Thema könnte man mit „Orientierung in wechselnden Dynamiken“ beschreiben.

Siranus von Staden | Wir leben in einer Zeit extremer Komplexität, hoher Geschwindigkeit und großer Unsicherheit. Genau darin besteht die eigentliche Herausforderung: Wie finde ich eine Orientierung, die mir innere Ruhe gibt, daraus Klarheit entstehen lässt und mich befähigt, auch unter unsicheren Bedingungen tragfähige Entscheidungen zu treffen? Diese innere Orientierung wirkt immer auch nach außen. Mit Unternehmen und Führungskräften arbeite ich daran, dass sie ihr Unternehmen mit mehr Sicherheit durch unsichere Zeiten führen können – und zugleich ihr privates Leben nicht verlieren. Denn viele erleben heute, dass sie beruflich permanent unter Spannung stehen und gleichzeitig merken, wie schwer Familie, Verantwortung und eigenes Leben noch in eine Balance zu bringen sind.

Ralf M. Ruthardt | Wenn du von „wechselnden Dynamiken“ sprichst: Meinst du sowohl globale Umbrüche als auch die sehr persönlichen Wechsel zwischen Beruf, Familie und Verantwortung?

Siranus von Staden | Genau das. Einerseits erleben wir äußere Dynamiken, die sich innerhalb kürzester Zeit auf ganze Märkte, Unternehmen und Entscheidungsräume auswirken. Andererseits gibt es die inneren und privaten Dynamiken: familiäre Belastungen, gesundheitliche Themen, Konflikte, Zeitdruck. Viele Menschen spüren, dass ihr Nervensystem durch diesen Dauerdruck

permanent in Unruhe gerät – entweder in Übersteuerung oder in Erschöpfung. Entscheidend ist deshalb, einen inneren Ruhepol zu entwickeln. Denn nur von dort aus kann ich mit unterschiedlichen Anforderungen gleichzeitig umgehen. Früher konnte man vielleicht noch in Fünf- oder Zehnjahresplänen denken. Heute geraten selbst kurzfristige Strategien schnell unter Veränderungsdruck.

Ralf M. Ruthardt | Das klingt nach einer Form von Agilität, die uns existenziell abverlangt wird. Welche Rolle spielt dabei die bewusste Selbstwahrnehmung – bis hin zum Atem?

Siranus von Staden | Eine sehr große. Nach über 25 Jahren Transformationsarbeit kann ich sagen: Wenn wir unseren Atem beruhigen, regulieren wir oft als Erstes unser Nervensystem. Damit kehren wir in einen Zustand zurück, in dem wir überhaupt wieder klar wahrnehmen und gut entscheiden können. Bewusstes Atmen ist für mich eine der einfachsten und zugleich wirksamsten Möglichkeiten, psychische Stabilität und geistige Klarheit zurückzugewinnen. Es klingt schlicht, ist aber in hochkomplexen Situationen oft ein entscheidender Hebel.

Ralf M. Ruthardt | Woran sollten sich Menschen und insbesondere Führungskräfte in solchen Zeiten orientieren?

Siranus von Staden | Für mich sind es zwei Fragen, die sich erstaunlich wenige wirklich stellen: Was will ich im Leben und im Business wirklich? Und: Worum geht es wirklich? Wer sich die Zeit nimmt, diesen Fragen ehr-



lich nachzugehen, findet oft so etwas wie den eigenen Nordstern. Viele Menschen orientieren sich stattdessen an den Sternen anderer – an Erwartungen des Marktes, an äußeren Erfolgsbildern oder an gesellschaftlichen Leitfiguren. Echte Orientierung entsteht jedoch dort, wo jemand den Mut entwickelt, dem eigenen inneren Leitstern zu folgen.

Ralf M. Ruthardt | Warum fällt es so vielen schwer, diesem eigenen Leitstern zu folgen?

Siranus von Staden | Weil wir in einer stark leistungsorientierten Kultur leben. Erfolg wird häufig in Geld, Status, Sichtbarkeit und äußerer Anerkennung gemessen. Das erzeugt enormen Druck. Selbst wenn jemand spürt, dass er eigentlich einen anderen Weg gehen möchte, steht oft ein Umfeld daneben, das genau diese äußeren Maßstäbe bestätigt. Gleichzeitig erleben viele Menschen irgendwann eine innere Leere – oder sie werden durch Krankheit, Erschöpfung oder andere Einschnitte gezwungen, ihre bisherige Ausrichtung zu hinterfragen. Dann erkennen sie, dass der alte Leitstern den Magnetismus verloren hat.

Ralf M. Ruthardt | Liegt darin auch die Gefahr, dass Menschen bei einer Neuorientierung nur die Form der Anerkennung wechseln – also statt wirtschaftlichem Erfolg einfach ein anderes öffentliches Rollenbild suchen?

Siranus von Staden | Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Hinter vielem steht das tiefe menschliche Bedürfnis nach Anerkennung und Aufmerksamkeit. Das kann sich materiell ausdrücken, aber auch in moralischer Selbstdarstellung, in Aktivismus oder in dem Wunsch, besonders wirksam erscheinen zu wollen. Deshalb ist Stille so wichtig. Wer sich diese nicht nimmt, hört die eigene innere Stimme kaum noch. Viele suchen heute genau deshalb Retreats oder Rück-

zugsräume auf. Doch innere Orientierung entsteht nicht automatisch dadurch, dass man ein paar Tage den Ort wechselt. Sie entsteht dadurch, dass man lernt, ehrlich nach innen zu hören. Sich wahrhaftig selbst zu begegnen.

Ralf M. Ruthardt | Du sprichst lieber vom „Herzgefühl“ als vom Bauchgefühl. Was ist der Unterschied?

Siranus von Staden | Der Begriff „Bauchgefühl“ kann irreführend sein, weil nicht jedes spontane innere Signal schon eine verlässliche Orientierung darstellt. Ich spreche deshalb lieber vom Herzgefühl oder von Intuition. Für mich ist das die tiefere, klarere innere Stimme. Wer ihr über längere Zeit wirklich Raum gibt, erlebt oft, dass sie erstaunlich präzise ist. Dafür braucht es allerdings Übung, Selbstwahrnehmung und die Bereitschaft, den Lärm des Alltags nicht ständig über das Eigene triumphieren zu lassen.

Ralf M. Ruthardt | Dann entlassen wir die Leserinnen und Leser mit der Einladung zu Intuition und ich bedanke mich bei dir für das inspirierende Gespräch.



Siranus von Staden

ist Executive Advisor, Unternehmer, Autor und Bewusstseinsforscher. Als Gründer von Quantum Energy, zweifacher Bestsellerautor und Podcaster beschäftigt ihn besonders, wie aus innerer Klarheit äußere Orientierung entsteht. Sein Anliegen ist eine Führungskultur, die Bewusstheit, Verantwortung und Menschlichkeit wieder ins Zentrum stellt.

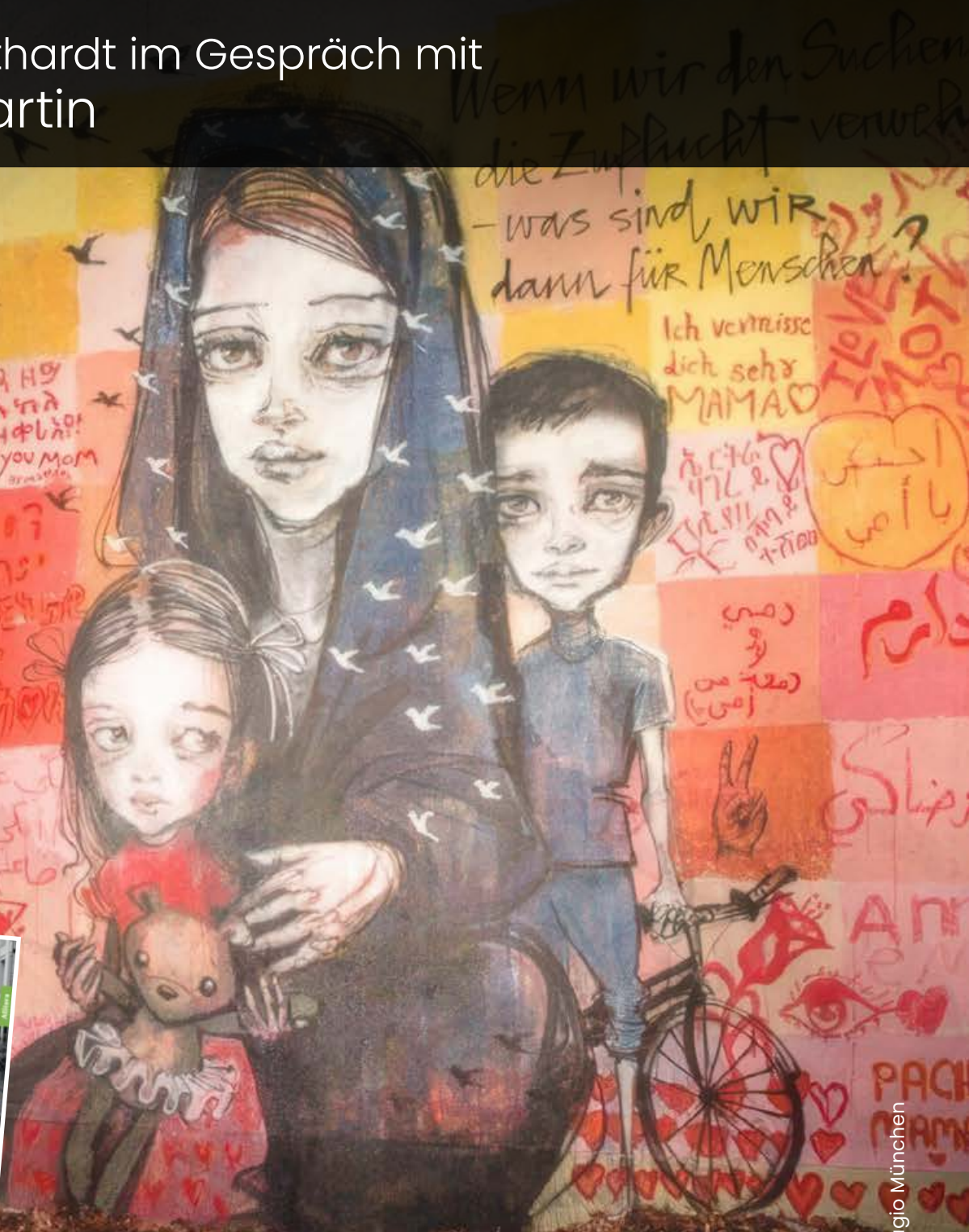


Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de

Empathie und Wechsel der Perspektive

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Heike Martin





Mit dem Buch „Die Schatten der Vergangenheit besiegen. Flucht. Hilfe. Neustart.“ legt *Refugio München* Lebensgeschichten Geflüchteter und Einblicke in die eigene Arbeit vor. *Refugio München* ist ein Beratungs- und Behandlungszentrum für Menschen mit Fluchterfahrung. Für *mitmenschenreden* sprechen wir mit Heike Martin, Leitung Öffentlichkeitsarbeit, über Motivation, Zielsetzung, Kernaussagen und über die Frage, ob das Buch Raum für Selbstreflexion und andere Perspektiven lässt.

Ralf M. Ruthardt | In „Die Schatten der Vergangenheit besiegen“ werden eindringliche Leidens- und Heilungsgeschichten erzählt. Die Motivation zu diesem Buch hilft, es zu verstehen. Geht es um Sichtbarmachung oder auch um die moralische Lenkung der Leserinnen und Leser?

Heike Martin | Im öffentlichen und politischen Diskurs wird meist über „die Flüchtlinge, die Geflüchteten, die Migranten“ gesprochen – also über eine anonyme Gruppe, die häufig auf reine Zahlen reduziert wird. Dahinter stecken aber Menschen – Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer. Die Autorinnen des Buches sind unserer Organisation eng verbunden und kennen viele unserer Klient*innen. Ihr Anliegen ist es, den Menschen ein Gesicht zu geben und ihre Geschichte darzustellen. Aber auch, welche Kraft und Leistung diese Personen erbracht haben, um ihr schweres Schicksal und eben auch Leid zu überwinden und einen guten Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Ralf M. Ruthardt | Refugio München wird im Buch als hochspezialisierte, notwendige und positive Kraft dargestellt. Wie ist das Selbstverständnis der Einrichtung und wo stößt Ihre Arbeit an Grenzen?

Heike Martin | Wir sind als Beratungs- und Behandlungszentrum für traumatisierte Geflüchtete eine Facheinrichtung, aber auch eine Menschenrechtsorganisation. Das heißt, unsere Kernaufgabe ist es, Menschen, die durch Folter, Verfolgung und Flucht schwer

traumatisiert sind, mit Psychotherapie zu helfen und ihnen damit zu ermöglichen, ein gutes Leben in Deutschland aufzubauen. Eine Menschenrechtsorganisation sind wir, weil es auch unser Anliegen ist, die Wahrnehmung im Asylverfahren sowie von Politik und Gesellschaft zu schärfen, dass das, was unsere Klient*innen erlebt haben, Menschenrechtsverletzungen sind. Und alle unsere Klient*innen haben diese Menschenrechtsverletzungen, also Verfolgung, Folter, Vergewaltigung oder die Tötung von Angehörigen, erlebt – ohne Ausnahme. Darauf immer wieder aufmerksam zu machen und die Rechte Geflüchteter zu vertreten, ist ebenso unsere Aufgabe.

Das ist gleichzeitig die Antwort auf die zweite Frage – die Rechte Geflüchteter werden immer mehr beschnitten, der Wille, den Menschen zu helfen, wird in der Politik immer weniger. Wir müssen 80 Prozent aller Anmeldungen zur Therapie ablehnen, weil wir viel zu wenig Kapazitäten haben. Damit das besser wird, braucht es politischen Willen und ganz konkret finanzielle Unterstützung für Einrichtungen wie unsere. Finanziert werden wir nämlich durch Spenden, Stiftungen und öffentliche Fördergelder, da bricht aktuell viel weg.

Ralf M. Ruthardt | Das Buch zeigt anschaulich die Perspektive traumatisierter Geflüchteter und der unterstützenden Institution. Welche Erkenntnisse erscheinen Ihnen besonders relevant zu sein und wo finden sich Gegenperspektiven – etwa von skeptischen Bürgern,



Behörden, Kritikern der Asylpraxis oder auch gescheiterten Hilfefällen?

Heike Martin | Uns ist wichtig, dass jede und jeder einzelne Geflüchtete als Mensch gesehen wird. Aktuell werden Geflüchtete lieber als Zahlen und Ursache von Problemen dargestellt. Es sind aber Individuen und wir als Gesellschaft sollten uns daran messen lassen, wie wir mit Menschen, die aus Not zu uns gekommen sind, umgehen. Die Gegenperspektive lässt sich jeden Tag sehen, hören, lesen. Aber Rechte, wie das Recht auf medizinische Versorgung, eine Unterbringung und Versorgung, die die Menschenwürde achtet, und natürlich das Recht auf Asyl und ein faires Asylverfahren gelten auch und vor allem dann, wenn es schwieriger wird.

Ralf M. Ruthardt | Die im Buch wiedergegebenen Gespräche sind sprachlich bearbeitete, abgestimmte Texte. Wie stark ist dadurch aus authentischer Erfahrung bereits eine kuratierte Erzählung geworden?

Heike Martin | Die Texte sind authentisch und so aufgeschrieben, wie sie berichtet wurden. Die dargestellten Personen haben ihre Geschichten auch gegengelesen und freigegeben. Wir sind den Menschen, die mit den Autorinnen gesprochen haben, sehr dankbar, dass sie so vertrauensvoll ihre Geschichten erzählt haben. Das ist nämlich überhaupt nicht einfach und erfordert Mut – gerade für Menschen, die eine schwere Traumatisierung hinter sich haben. Deshalb konnten wir auch nur Geschichten von Geflüchteten darstellen, die dazu bereit waren.

Ralf M. Ruthardt | Das Buch zeigt, warum Geflüchtete Schutz und therapeutische Unterstützung brauchen. Aber wie verhindert man, dass Menschen dadurch auf verletzte Schutzbedürftige reduziert werden und weniger als eigenständige Akteure mit Ambivalenzen? Und: Inwieweit geht das

Buch auf die Bedürfnisse der aufnehmenden Gesellschaft ein, damit Dialog entsteht und Perspektiven gewechselt werden?

Heike Martin | Die Motivation zum Buch war auch zu zeigen, welche Kraft Menschen haben, um die furchtbarsten Schicksale zu überwinden. Alle dargestellten Personen im Buch – so wie alle unsere Klient*innen – haben viel geleistet, indem sie sich ihren Erlebnissen gestellt haben und ein neues Leben aufbauen. Und wir hoffen, das mit dem Buch ein paar Leser*innen zeigen zu können. Und wir hoffen auch, damit Ansätze zum Reden geben zu können. Es haben auch schon einige Lesungen mit den Autorinnen stattgefunden, dort gab es immer gute Gespräche und viele Rückmeldungen, dass das Buch eine neue Perspektive vermittelt hat. Damit hätten wir für alle schon mal etwas erreicht.

Heike Martin

leitet seit 2019 die Öffentlichkeitsarbeit bei Refugio München. Sie hat politische Wissenschaften, Psychologie und Verfassungsrecht studiert. Nach 17 Jahren in einem großen IT-Konzern hat sie ein Jahr bei Pro Asyl gearbeitet und kam dann zu Refugio München.





Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de

AFRIKA *neu gelesen* von Veronika Wetzel



Foto: KI generiert

Der Parasit Afrikas



Afrika ist kein Kontinent der einfachen Wahrheiten, sondern eine Region widersprüchlichen Entwicklungen, politischer Dynamiken und gesellschaftlicher Aufbrüche. In dieser Kolumne öffnet Veronika Wetzel den Blick für Perspektiven, die hierzulande oft übersehen werden. Sie erzählt von einem Afrika, das differenziert betrachtet werden will: nahbar, überraschend und voller Stimmen, die es zu hören lohnt.

Bei seiner ersten Afrikareise Mitte April scheute sich Papst Leo XIV. nicht, gleich zu Beginn den Finger in eine der größten Wunden des Kontinents zu legen: die Korruption. Ohne Umschweife appellierte er an einer Universität in Kamerun: „Afrika muss in der Tat von der Plage der Korruption befreit werden.“ Solche deutlichen Worte hört man von westlichen Politikern und von Vertretern der „Entwicklungszusammenarbeit“ selten. Zu groß ist die Angst davor, dass einem gleich wieder Rassismus vorgeworfen wird, dass man die Partner verprellt und damit letztendlich Einfluss verliert. Nach dem Motto: Wer sind wir, die Leute, die von uns Gelder erhalten, zur Rechenschaft zu ziehen?

Das Problem ist nur: Die Korruption verschlingt einen enormen Anteil der finanziellen Mittel – nicht nur der Geber, sondern auch der Steuerzahler – und steht damit dem Ziel der Entwicklung ziemlich im Weg. Laut einem Bericht der afrikanischen Entwicklungsbank aus dem Jahr 2025 verliert der gesamte afrikanische Kontinent jährlich rund 148 Milliarden US-Dollar durch Korruption – ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts des gesamten Kontinents und genau doppelt so viel, wie Afrika 2023 an Entwicklungshilfe von westlichen Ländern erhalten hat: nämlich 74 Milliarden US-Dollar. Und weil es sich hier um illegale Zahlungen handelt, sei daran erinnert, dass die Dunkelziffer wohl deutlich höher liegt.

Da solche Summen immer so abstrakt wirken, hier zwei Beispiele von Korruptions-skandalen, die aufgedeckt wurden: Da wäre zum Beispiel der Windpark am Turkana-See in Kenia – Afrikas größtes Projekt dieser Art: Eine von der Afrikanischen Entwicklungsbank (die von Entwicklungshilfepartnern Gelder erhält) mitfinanzier-

te Hochspannungsleitung wurde laut Korruptionsbericht nie fertiggestellt. Dennoch wurden umgerechnet rund 119 Millionen Euro für die Stromerzeugung in Rechnung gestellt; Beamte waren laut dem Bericht in den Betrug und die Geldwäsche verwickelt.

Ein Bericht der UN-Menschenrechtskommission im Südsudan zeigt die systematische Plünderung der Staatskassen durch den damaligen Vizepräsidenten Benjamin Bol Mel: 1,7 Milliarden US-Dollar gingen an Firmen aus seinem Umfeld für Straßen, die nie gebaut wurden.

Doch Korruption ist nicht nur ein Problem der politischen Eliten, sie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem: Sie reicht von Spitzenpolitikern über Beamte in Ministerien und der Polizei bis hin zu Angestellten in Staatsunternehmen und zum kleinsten Beamten in einer Gemeinde. Sie zerfrisst das System wie ein Parasit.

Das Problem ist dabei kein geringeres als der inneren Einstellung und der kulturellen Prägung.

Afrikanische Länder sind in der Regel durch Stammeszugehörigkeiten geprägt – bis heute. Der Sinn für das Gemeinwohl fehlt oft, die Akzeptanz für Umverteilung der Mittel ist extrem niedrig. Die Leute, die in die Politik gehen, tun das nicht unbedingt aus einem Verantwortungsgefühl der Gesellschaft gegenüber heraus, sondern häufig, weil sie sich bereichern wollen. Ich erinnere mich noch gut an ein Treffen in Nairobi (Kenia) für politische Nachwuchsförderung, bei dem ein junger Mann sagte: „Ich möchte möglichst schnell reich werden, egal wie. Ich bekomme immer, was ich will und nehme auf niemanden Rücksicht.“ Er hat das sichtlich stolz gesagt. Genau diese



Einstellung ist eine der Ursachen von Korruption – wer möglichst schnell reich werden möchte und ein politisches Amt innehat, sieht die Staatskassen wahrscheinlich einfach als Süßigkeitenladen an, in dem man sich selbst bedienen kann.

Papst Leo hat recht: Für eine echte Veränderung braucht es nicht weniger als einen Sinneswandel hin zu Selbstlosigkeit und Aufrichtigkeit unter den Verantwortungsträgern – es gibt solche jetzt schon, aber zu viele, die von diesen Eigenschaften scheinbar noch nie etwas gehört haben. Gerade die katholische Kirche kann bei dieser Charakterbildung eine wichtige Rolle spielen.

Doch auch innere Reformen und Druck der Entwicklungspartner sind dafür notwendig. Wenn Korruptionsfälle in Entwicklungshilfeprojekten bekannt werden, muss das öffentlich kritisiert werden und Gelder so lange zurückgehalten werden, bis ernsthafte Reformen eingetreten sind. Auch dass alle möglichen Player aus dem internationalen Komplex, zum Beispiel Unternehmen vor Ort, sich an Bestechungszahlungen beteiligen, um schneller Anträge bewilligt zu bekommen, muss aufhören. Letztlich geht es aber nicht ohne einen Wandel von innen: Politiker, die an illegalen Zahlungen beteiligt waren, müssen konsequent ihrer Ämter enthoben und strafrechtlich verfolgt werden – das passiert aktuell noch viel zu selten. Es braucht aber auch strukturelle Veränderungen: Permanente Existenzängste

durch größtenteils extrem volatile Arbeitsmärkte und fehlende Sicherungssysteme tragen auch dazu bei, dass man sich selbst „absichern“ möchte – im Zweifelsfall durch öffentliche Mittel.

Damit, dass die westlichen Politiker weitgehend zu dem Thema schweigen, erweisen sie gerade den Menschen, denen sie doch eigentlich helfen wollen, einen Bären dienst: der Bevölkerung und insbesondere den Notleidenden in diesen Ländern. Denn sie sind es, die darunter leiden, dass durch Korruption die Gelder für öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur wie Straßen, Schulen und Krankenhäuser fehlen und der Staat in seiner ureigensten Aufgabe versagt. Die Politik könnte etwas von Papst Leo lernen, was schonungslose Ehrlichkeit betrifft.



Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

»Hinter den Idealen stehen Interessen.«

Prof. Dr. Philipp Bagus

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«

Roman

von Ralf M. Ruthardt

Taschenbuch | € 18

180 Seiten

ISBN 978-3982705903



MENSCHEN IM PORTRÄT



Foto: Paul von Preußen

Warum Führungskräfte von der Generation Z lernen sollten

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Paul von Preußen



In dieser Rubrik *MENSCHEN IM PORTRÄT* sprechen wir mit Menschen, deren gesellschaftliches Engagement und Wirken uns als Leserinnen und Lesern eine Quelle der Inspiration für unser eigenes Tun sein kann. Als Menschen können wir unsere Gesellschaft bereichern.

Heute fokussieren wir uns auf das Engagement eines jungen Unternehmers: Digitale Transformation scheitert selten an Technologie – häufiger an Menschen. Führungskräfte stehen vor kulturellen Hürden, während junge Digital Natives mit neuen Perspektiven auf Technologie, Kommunikation und Zusammenarbeit aufgewachsen sind.

Im Gespräch erklärt Paul von Preußen, Mitgründer von digital8 GmbH, warum Reverse Mentoring ein wirksamer Hebel für Führungskräfteentwicklung sein kann. Sein Ansatz bringt junge Gründerinnen und Gründer mit Topmanagern zusammen, um Perspektiven auszutauschen, Hemmschwellen abzubauen und Innovation nicht nur technologisch, sondern vor allem kulturell voranzubringen. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung. Von Preußen plädiert für mehr Dialog zwischen Generationen und unterschiedlichen Erfahrungswelten als Gegenmittel zu gesellschaftlichen und organisatorischen Echokammern.

Ralf M. Ruthardt | Tradition trifft Zukunft!
Wie die sogenannte Generation Z und etablierte Führungskräfte gemeinsam die digitale Gesellschaft gestalten. Das ist der Kern deines Unternehmens, lieber Paul von Preußen. Wenn man die Idee auf sich wirken lässt, dann ist diese nur auf den ersten Blick irgendwie „abgefahren“: Junge Leute erklären erfahrenen Führungskräften die neue Welt. Du hast diese Idee gehabt. Meinen Respekt – ein innovatives, wirksames Konzept. Wie kam es dazu?

Paul von Preußen | Ich habe einige Jahre in einer großen Bank gearbeitet – gelbe Farbe im Logo; es war in Frankfurt. Ich verantwortete Themen rund um digitale Transformation. Uns sind damals Software-Projekte aufgefallen, die nicht am Budget und auch nicht an der Technologie gescheitert sind. Es waren die Hemmnisse und Ängste bei den Menschen – oder die Einstellung der Menschen ursächlich. Die Führungskräfte haben eine wichtige Rolle gespielt. Die einen haben es positiv vorgelebt: „Hey, wir können das gerne machen und bekommen das hin.“ Und wiederum andere Leute waren diejenigen, die es

eher verhindert haben. Manches Mal bedingt durch ihre Einstellung.

Damals hatten wir im Konzern die Idee, dass junge Digital Natives – also digital Eingeborene – ihre Perspektive einbringen und dadurch bei anderen Kolleginnen und Kollegen Hemmschwellen abzubauen helfen. Wir wollten die Kultur damit verändern und Digitalisierungsprojekte erfolgreicher machen. Das war die Idee.

Bald darauf sind dann auch andere Unternehmen auf uns zugekommen und haben sich unsere Idee angeschaut. Das war der Punkt, an welchem wir digital8 GmbH gegründet haben.

Ralf M. Ruthardt | Erfahrene, kluge Leute mit gegebenenfalls Führungsverantwortung im Kontext von Digitalisierungsmaßnahmen stehen vor Hemmschwellen – oder sind gar selbst eine Hemmschwelle fürs Projekt. Nun, ich blicke auf über 25 Jahre Prozessautomatisierung zurück und dieser Gedanke von dir triggert mich in dreierlei Hinsicht.



Manches Mal habe ich Führungskräfte erlebt, die aus Bequemlichkeit – weil sie vielleicht nur noch fünf Jahre bis zur Rente hatten – Projekte mit innovativen Technologien aussitzen wollten. Der zweite Gedanke ist, dass diese Leute vor einem Berg an Herausforderungen standen: Die neue, weitgehend digitalisierte und automatisierte „Welt“ und die Frage, wie damit umgehen. Oft war niemand da, der diesen Führungskräften geholfen und sie unterstützt hätte. Sie hatten keinen „digital Native“ an ihrer Seite.

Und das Dritte: Lebenserfahrene Menschen und allzumal Führungskräfte tun sich womöglich schwer, jüngere Leute zu fragen. Manchmal scheinen diese eine Krone auf dem Haupt zu haben, an welcher ein Zacken herausbrechen könnte.

Paul von Preußen | Ja, das sind alles Punkte, mit denen wir auch unsere Erfahrung gemacht haben. Deshalb haben wir bei digital8 einen Pool von jungen Leuten, die hier Mehrwerte bieten. Es sind insbesondere junge, erfolgreiche Gründerinnen und Gründer aus dem Tech-Bereich. Diese können glaubhaft darlegen, dass sie eine Expertise in einem bestimmten Themenbereich haben. Ansonsten würde ein Topmanager sich nicht mit mir zusammensetzen.

Es geht uns zudem um die Persönlichkeit. Die jungen Leute sollen nicht marktschreierisch agieren, sondern es braucht eine fokussierte, diplomatische Kommunikation mit unseren Kunden. Es müssen somit die Expertise und die Persönlichkeit passen. Die Führungskräfte unserer Kunden sind offen: „Hey, wir interessieren uns für eure Perspektive zu diesem oder jenem Thema.“

Ralf M. Ruthardt | Das heißt, die Digital Natives brauchen bestimmte Eigenschaften und Fähigkeiten, damit sie schlussendlich eine Quelle der Inspiration für Führungskräfte sein

können? Deren Zeit ist zudem in aller Regel knapp bemessen und sie denken und agieren sehr zielorientiert.

Paul von Preußen | Ja, ganz genau. Wir machen eine Führungskräfteentwicklung. Und unsere Kunden erwarten von uns, dass die Art und Weise attraktiv, spannend und auf ein Ziel fokussiert ist. Ich würde sagen, dass wir so etwas wie der Asterix in der Bildungslandschaft für Führungskräfte sind.

Deshalb ist es wichtig, dass wir diese jungen Menschen umfassend kuratieren. Warum sonst sollte der Vorstand eines großen DAX-Konzerns sich mit seinem Mentor oder seiner Mentorin beispielsweise jeden Monat 90 Minuten zusammensetzen. Diese 90 Minuten sind sehr viel Zeit und gerade deshalb ist das Kuratieren so wichtig. Gleichzeitig wollen wir nicht die aalglatten, langweilig-hochqualifizierten Lebensläufe. Der Manager will nicht seinem eigenen 30 Jahre jüngeren Ich gegenüber sitzen. Vielmehr soll in solchen Formaten eine konstruktive Reibung entstehen. Diese Reibung setzt Energie frei. Das kann nur passieren, wenn unterschiedliche Sichtweisen aufeinandertreffen. Das versuchen wir in unseren Auswahlprozessen sehr stark zu berücksichtigen.

Ralf M. Ruthardt | Lass uns da tiefer eintauchen, weil ich das so spannend finde. Es soll nicht das jüngere Ich sein, dem die Führungskraft gegenüber sitzt. Was bedeutet das konkret? Braucht es womöglich ein ästhetisches oder kommunikatives Spektakel, um die Aufmerksamkeit der Führungskraft zu bekommen?

Paul von Preußen | Eine super gute Frage. Ich denke, erst mal muss das Profil auf dem Papier stimmen. Das heißt, es muss eine hohe Glaubwürdigkeit da sein. Diese erreicht man nicht, indem jemand als totaler Freak auftritt. Und es braucht auch nicht Leute, wie



man sie vielleicht aus der Strategieberatung kennt. Also keine Leute, bei denen ihr bisheriger Weg und das, was als Nächstes in der Karriere kommt, absehbar sind.

Ralf M. Ruthardt | Können wir über ein konkretes Beispiel sprechen?

Paul von Preußen | Es sind die Geschichten junger Menschen, die auf eine besondere Art und Weise etwas verändern wollen. Wir haben bei uns im Netzwerk eine junge Frau, die aus Indonesien kommt. Sie stammt aus prekären Verhältnissen. Sie kam nach Deutschland, weil sie da relativ kostengünstig studieren konnte und eine gute Bildungslandschaft angetroffen hat. Sie studierte in Köln und war dann für mehrere Jahre in verschiedenen Konzernen unterwegs. Sie hat da Karriere gemacht – und ist dann in ein Start-up gegangen.

Während der ganzen Zeit musste diese junge Frau immerzu um die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung bangen. Das ist etwas, das hat eine typische durchschnittsdeutsche Führungskraft nicht erlebt. Dieses spezifische Momentum sorgt für die angesprochene Reibung: Das der Führungskraft Unbekannte. Das, was die junge Frau in besonderer Weise mitgeprägt hat. Es lässt sich nicht ignorieren oder ausblenden. Es ist da und schafft eine besondere Atmosphäre, die das Coaching positiv beeinflusst.

Führungskräfte, die sich bei uns melden, haben reflektiert. Die wissen, dass auch sie die Weisheit nicht mit Löffeln gegessen haben und wollen sich weiterentwickeln. Das macht aus meiner Sicht sowieso jede gute Führungskraft aus. Diese Reflexion, diese Neugierde – und somit können wir ihnen nur junge Menschen gegenübersetzen, die auch diese Offenheit und Neugierde mitbringen.

Ralf M. Ruthardt | Treffen die Digital Natives

auf Führungskräfte mit einem Wertekompass – oder eher auf karrierefixierte Menschen?

Paul von Preußen | Dazu kann ich keine repräsentative Aussage treffen und die Frage nach dem Wertekompass unserer Kunden hat mir so auch noch keiner gestellt. Wir treffen in aller Regel auf Menschen, deren Weltbild sich nicht nur um sich selbst dreht. Es wird auch dahin gehend naheliegend sein, dass diese Führungskräfte sich ja eine neue Perspektive erklären lassen. Dazu gehört eine Portion Mut und eine Portion gesunde Selbstreflexion.

Ralf M. Ruthardt | Es wird bei digital8 von „Reverse Mentoring“ gesprochen ...

Paul von Preußen | Wir arbeiten mit den Führungskräften in den unterschiedlichsten Formaten zusammen: Workshops, Coaching und eben das häufig von Führungskräften nachgefragte Format des Reverse Mentoring. Mentoring meint, dass der alte Hase dem jungen Hüpfen erklärt, was zu tun ist.

Ralf M. Ruthardt | ... und bei Reverse Mentoring dreht ihr den Spieß um.

Paul von Preußen | Genau. Denn es gibt Themenbereiche, in denen die junge Generation den erfahrenen Leuten häufig etwas voraus haben: bei Zukunftsthemen. Insbesondere dort, wo junge Menschen mit diesen digitalen Kanälen aufgewachsen sind. Auch ich kenne keine Welt ohne soziale Medien. Und natürlich sind auch die technologischen Innovationen Gegenstand unseres Reverse Mentoring. Wir sind mit dem Smartphone in der Hand groß geworden – du nicht, lieber Ralf. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Ja, da bin ich sehr bei dir. (lacht) Lass mich ein Beispiel dazu machen: Ich denke gerade an die On-Premise-Softwareentwicklung. Vereinfacht gesagt: das Erstellen und Hosten von Anwendungen



auf eigener Hardware im eigenen Rechenzentrum. Bei den Informatikern war es ein großer Unterschied, ob du einen ehemaligen On-Premise-Entwickler an eine Cloud-Technologie gesetzt hast – oder eben einen Digital Native, der gar nichts anderes kannte. Der erste musste „umdenken“ und der junge Informatiker hat aus sich heraus gehandelt. Er kannte ja die Welt vor der Cloud überhaupt nicht.

Wenn ich den Service bei Digital8 richtig verstehe, dann kuratierst du erstens einen Pool an jungen Leuten mit entsprechenden Eignungen. Und zweitens übernimmt deine Firma das Matching zu den Anforderungen und dem Profil der jeweiligen Führungskraft.

Paul von Preußen | Genau. Zum Dritten übernehmen wir die Begleitung solcher Programme. Wir moderieren das Kick-off-Event, organisieren die einzelnen Sessions und unterstützen die einzelnen Tandems bis zum Abschluss. Am Ende messen wir, welche Erfolge in dieser Zeit entstanden sind.

Die Tandems von Digital Native und Führungskraft organisieren sich sehr individuell. Die eine Führungskraft möchte sich einmal im Monat im Büro treffen. Andere jeden Freitag für eine Viertelstunde. Wir haben Tandems, die gehen zum Joggen gemeinsam in den

Park. Alles sehr an den Alltag der Führungskraft und des Mentors oder der Mentorin angepasst. Denn: Unsere Mentoren haben meistens mindestens einen genauso vollen Tag wie die Führungskräfte.

Die Führungskräfte schauen gerne mal in ein Start-up für einen halben Tag rein. Dabei geht es dann um die typischen Fragen: Wie arbeitet ihr eigentlich? Welche Tools nutzt ihr? Wie führt man die Leute in einem innovativen, kreativen Jungunternehmen?

Ralf M. Ruthardt | Danke für die Einblicke, lieber Paul. Gib uns bitte noch einen Schlussgedanken mit auf den Weg.

Paul von Preußen | Wir leben in einer Gesellschaft, die in sehr unterschiedlichen Bereichen sehr, sehr meinungsstark ist. Die andere Meinung des Gegenübers auszuhalten, fällt vielen sehr schwer. Das finde ich sehr schade. Ich plädiere dafür – und das ist ja am Ende auch der Kern unserer Programme – für den Mut, sich Gegenargumente und andere Perspektiven aktiv einzuholen.

Ralf M. Ruthardt | Mit Menschen reden. Die Perspektive wechseln. – Diesen Schlusssatz lassen wir schon allein deshalb wirken, weil er das formuliert, was dieses Magazin *mitmenschenreden* sein will.

Paul von Preußen

ist Unternehmer und Mitgründer von digital8. Zuvor arbeitete er mehrere Jahre in einer großen deutschen Bank im Bereich digitale Transformation. Mit digital8 bringt er junge Gründer und Digitalexperten mit Führungskräften zusammen, um über Reverse Mentoring Perspektivwechsel und kulturelle Innovation in Organisationen zu fördern.



Wo **Narrative** regieren und Menschen verstummen.

*„Dieser Roman ist wichtig,
den er gibt den Blick in
die Mitte der Gesellschaft frei.“*

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische
übersetzt (Fundalib, Madrid)

*„Gute Beobachtungen
zum Zeitgeschehen.“*

Dominik Steffens
Journalist & Podcaster

Das laute Schweigen des Max Grund

Roman von Ralf M. Ruthardt
Edition PJB
ISBN 978-3982574905
Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch



Innere Sicherheit ist eine soziale Frage

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Nickolas Emrich



Der Bestseller-Autor Nickolas Emrich fordert in seinem neuen Buch einen konsequenteren Rechtsstaat. Im Gespräch erklärt er, warum innere Sicherheit für ihn keine rechte Parole, sondern Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit ist.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Nickolas Emrich, du bist für deine freiheitlichen und libertären Positionen bekannt. Normalerweise fordern Liberale weniger Staat und mehr Eigenverantwortung. Warum rufst du in deinem neuen Buch ausgerechnet nach einer starken Hand und einem konsequenten Staat in der Kriminalitätsbekämpfung?

Nickolas Emrich | Das ist ein scheinbarer Widerspruch, der sich auflöst, sobald man Freiheit nicht mit Beliebigkeit verwechselt. Ich sage im Buch ausdrücklich: Freiheit entfaltet sich erst in einem sicheren gesellschaftlichen Rahmen. Das ist kein Widerspruch, sondern die logische Konsequenz des klassischen Liberalismus. Ein Staat hat eine ganz fundamentale Kernaufgabe: den Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger. Das Gewaltmonopol ist ein Privileg, das wir dem Staat unter der Bedingung übertragen haben, dass er uns effektiv schützt. Wenn der Staat jedoch im Alltag kapituliert und Räume der Verwahrlosung zulässt, bricht er seinen Teil des Gesellschaftsvertrags.

Ein starker Staat im Bereich der inneren Sicherheit ist die absolute Grundvoraussetzung dafür, dass individuelle Freiheit und Eigenverantwortung überhaupt erst existieren können. Friedrich August von Hayek – einer der bedeutendsten liberalen Denker überhaupt – hat nicht schrankenlose Freiheit propagiert, sondern von einer »Ordnung der Freiheit« gesprochen, die sich in Regeln und Institutionen verwirklicht. Ein Staat, der das Gewaltmonopol innehat, aber es nicht einsetzt, ist kein liberaler Staat – er ist ein schwacher Staat. Das Paradox des Liberalen lautet: Wir müssen dem Staat dort Stärke

abverlangen, wo er unsere Freiheit schützt, damit wir ihn dort begrenzen können, wo er sie unnötig einschränkt.

Ralf M. Ruthardt | »Innere Sicherheit ist die neue soziale Gerechtigkeit« – das klingt für manche Menschen nach einem Satz, der aus einer konservativen Wahlkampfbroschüre stammen könnte. Wie verteidigst du diese These gegen den Vorwurf, rechte Rhetorik in ein progressives Gewand zu kleiden?

Nickolas Emrich | Ich verstehe den Reflex, und ich nehme ihn ernst. Aber ich halte ihn für gefährlich. Wer das Thema innere Sicherheit reflexhaft rechts einordnet, überlässt es genau jenen Kräften, die es am liebsten für sich hätten. Das ist politisch naiv und inhaltlich falsch. Sicherheit ist weder rechts noch links, sie ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wenn wir soziale Gerechtigkeit immer nur als ökonomische Umverteilung definieren, greifen wir viel zu kurz. Wahre Gerechtigkeit entscheidet sich auf der Straße, im Alltag, an den Bahnhöfen. Ein Staat, der die Durchsetzung von Regeln aus falsch verstandenem Mitleid vernachlässigt, betreibt keine progressive Politik, sondern Arbeitsverweigerung. Wer Sicherheit zu einem Luxusgut verkommen lässt, das sich nur noch Wohlhabende leisten können, handelt zutiefst unsozial.

Ralf M. Ruthardt | Du argumentierst, dass die Lasten eines schwachen Staates ungleich verteilt sind. Warum trifft der schleichende Kontrollverlust im öffentlichen Raum – also Vandalismus, aggressive Gruppen oder unsichere Bahnhöfe – gerade die »kleinen Leute« und die klassische Klientel der Arbeiterklasse am härtesten?



Nickolas Emrich | Weil wohlhabende Teile der Gesellschaft Ausweichmöglichkeiten haben. Wer es sich leisten kann, zieht in behütete Wohnviertel, schickt seine Kinder auf teure Privatschulen und fährt mit dem eigenen Auto. Schau dir an, wen fehlende innere Unsicherheit trifft: die Rentnerin, die sich abends nicht mehr in den Park traut; den Schüler, der auf dem Schulhof erpresst wird; die Krankenschwester im Nachtbus; den Busfahrer, der beschimpft wird. Das sind keine konservativen Phantome, das sind Menschen, die auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, weil sie sich keine Alternativen kaufen können. Wenn der Staat hier wegschaut, überlässt er genau jene Menschen dem Chaos, die das System durch ihre tägliche harte Arbeit überhaupt erst am Laufen halten. Ein konsequenter Rechtsstaat ist im Kern der ultimative Schutz der Schwachen und Rechtschaffenen.

Ralf M. Ruthardt | Im Geleitwort zu deinem Buch schreibt Pascal Hesse, ein erklärter sozialdemokratischer Freund von dir, dass er einen Großteil deiner Positionen teilt. Wie

erklärst du dir diesen Schulterschluss – zwischen dem Libertären und dem Sozialdemokraten?



Nickolas Emrich | Pascal sieht als Sozialdemokrat genau das, was viele der theoretisierenden Berufspolitiker aus den Augen ver-

loren haben: Der Verlust der öffentlichen Ordnung zerstört die Solidarität. Wenn der öffentliche Raum, den sich alle Bürger teilen, zu einem Ort der Angst und Verwahrlosung wird, bricht das gesellschaftliche Fundament weg. Wir haben in vielem diametral verschiedene Ansichten darüber, welche Rolle der

Staat einnehmen sollte. Und trotzdem teilt er die Kernthese dieses Buches. Ich glaube, der Grund ist folgender: Es gibt bestimmte Grundüberzeugungen, die links wie rechts und libertär wie konservativ geteilt werden, sobald man ehrlich hinschaut. Die Überzeugung, dass ein Rechtsstaat das Recht durchsetzen muss. Dass Regeln nicht optional sind. Dass es ungerecht ist, wenn Täter besser geschützt werden als Opfer.

Ralf M. Ruthardt | Der Begriff »Zero Tolerance« beziehungsweise Nulltoleranz wird in Deutschland oft reflexhaft als antiquiert oder archaisch abgestempelt. Du nennst diese Strategie dennoch ein Gebot der Fairness. Was unterscheidet deine Forderung nach Verlässlichkeit von einer rein autoritären Pose?

Nickolas Emrich | Der entscheidende Unterschied liegt in der Zielrichtung und der Klarheit darüber, was man durchsetzen will. Autoritäre Pose bedeutet Härte um der Härte willen, Demonstration von Macht, Einschüchterung als Selbstzweck. Das ist nicht das, worum es mir geht. Ein autoritärer Staat ist übergriffig.

Er überwacht seine rechtstreuen Bürger, er erlässt willkürliche Verbote und mischt sich in das Privatleben der Menschen ein – so wie wir es leider in der Zeit der Corona-Maßnahmen erlebt haben, als die Polizei einsame Buchleser auf Parkbänken jagte. Nulltoleranz hingegen bedeutet etwas völlig anderes: Es bedeutet, dass die bestehenden Gesetze, die wir uns als freie Menschen selbst gegeben haben, für jeden und in jedem Einzelfall verlässlich und konsequent angewendet werden. Es geht nicht um Willkür oder blinde Härte, sondern um Berechenbarkeit. Wenn jeder Regelverstoß eine unmittelbare staatliche Reaktion zur Folge hat, schaffen wir einen verlässlichen Rahmen, in dem sich die friedliche Mehrheit sicher bewegen kann.



Verlässlichkeit bedeutet: Der Staat setzt das durch, was er selbst aufgestellt hat. Nicht selektiv, nicht symbolisch, sondern konsequent. Und das hat eine soziale Logik: Wenn Regeln für alle gelten oder für niemanden, dann entscheidet die Fähigkeit, den Konsequenzen auszuweichen, über Gerechtigkeit. Ich mache im Buch auch deutlich, was Zero Tolerance nicht ist: Es geht nicht darum, jeden Kleinkram zu ahnden und den anständigen Bürger zu gängeln. Im Gegenteil: Ich fordere ausdrücklich, überflüssige Vorschriften abzuschaffen – erst dann gewinnen wir die moralische Autorität und die Ressourcen, dort konsequent durchzugreifen, wo es wirklich zählt: bei Wiederholungstätern, bei Gewalt, bei der Erosion des öffentlichen Raums.

Ralf M. Ruthardt | Wer dich googelt, findet auch Veröffentlichungen von dir zum Thema Mediation und »Restorative Justice« – also Ansätze, die auf Wiedergutmachung und Versöhnung setzen. Wie passt dieser pädagogische Blick zu deiner heutigen Forderung, dass der Staat bei Regelbrüchen spürbar und zeitnah sanktionieren muss?

Nickolas Emrich | Beide Ansätze bedingen einander. Ich bin kein Gegner des Gedankens der Schadenswiedergutmachung. Solche Verfahren funktionieren hervorragend, wenn wir es mit handlungsfähigen, einsichtigen Personen zu tun haben, die im Grunde die Spielregeln unserer Gesellschaft anerkennen und einen Fehler wiedergutmachen wollen. Gerade bei Ersttätern halte ich es oft für den besseren Weg, wenn jemand für den Schaden aufkommt, statt in ein Gefängnis gesperrt zu werden, wo er mit weiteren Straftätern in Kontakt kommt. Restorative Justice kann sehr wirksam sein.

Aber wir müssen der Realität ins Auge blicken: Es gibt eine wachsende Gruppe von Tätern, die Regeln zutiefst ablehnen und jede

Milde als Schwäche des Staates interpretieren; Menschen, die keine Einsicht zeigen, die das System bewusst verachten und die Passivität des Staates als Einladung verstehen, weiterzumachen. Es darf daher nicht nur um Resozialisierung gehen, sondern primär um den Schutz der Allgemeinheit. Man kann nicht mit jemandem verhandeln, der sich bewusst gegen das Recht stellt. Bei dieser Gruppe funktioniert pädagogische Milde nicht. Sie signalisiert Schwäche. Die Sanktion ist oft der einzig verbleibende Reibungspunkt, der überhaupt noch zu einer Einsicht führen kann. Wahre Empathie muss zuerst den Geschädigten gelten, nicht den Aggressoren. Ich sage daher: Beide Werkzeuge haben ihren Platz. Aber man muss wissen, welches Werkzeug für wen geeignet ist. Was wir uns nicht leisten können, ist eine Justiz, die reflexhaft auf Versöhnung setzt und dabei die Opfer vergisst – und die Bevölkerung, die Schutz erwartet.

Ralf M. Ruthardt | Du hast in deinem Leben schon SPD gewählt, bezeichnest dich heute als libertär und forderst nun eine deutlich härtere Strafverfolgung. Wo liegt deine politische Heimat heute – und gibt es eine Partei, die deinen Ansatz glaubwürdig vertritt?

Nickolas Emrich | Meine politische Heimat ist die intellektuelle Unabhängigkeit, fest verankert im klassischen Liberalismus und dem Geist unseres Grundgesetzes. Ich sehe derzeit fast keinen politischen Akteur, der dieses Gesamtpaket glaubwürdig abbildet. Die einen fordern zwar Law & Order, neigen im selben Atemzug aber zu staatlicher Überwachung und autoritären Tendenzen. Die anderen predigen Freiheit, verwechseln diese aber mit einer unerträglichen Beliebigkeit und weigern sich, den öffentlichen Raum gegen Kriminelle zu verteidigen.

Ich glaube, das geht vielen Menschen so, die nicht bereit sind, ihre Überzeugungen in ein

*„Polarisierung – spaltet,
aber treibt ebenso den Diskurs an.
Eine lesenswerte,
weil vielstimmige Anthologie.“*

Prof. Dr. Heiko Kleve

*„Zwischentöne im Lärm der Gegenwart.
Eine Anthologie, die nachhallt.“*

Kajita Schmitt

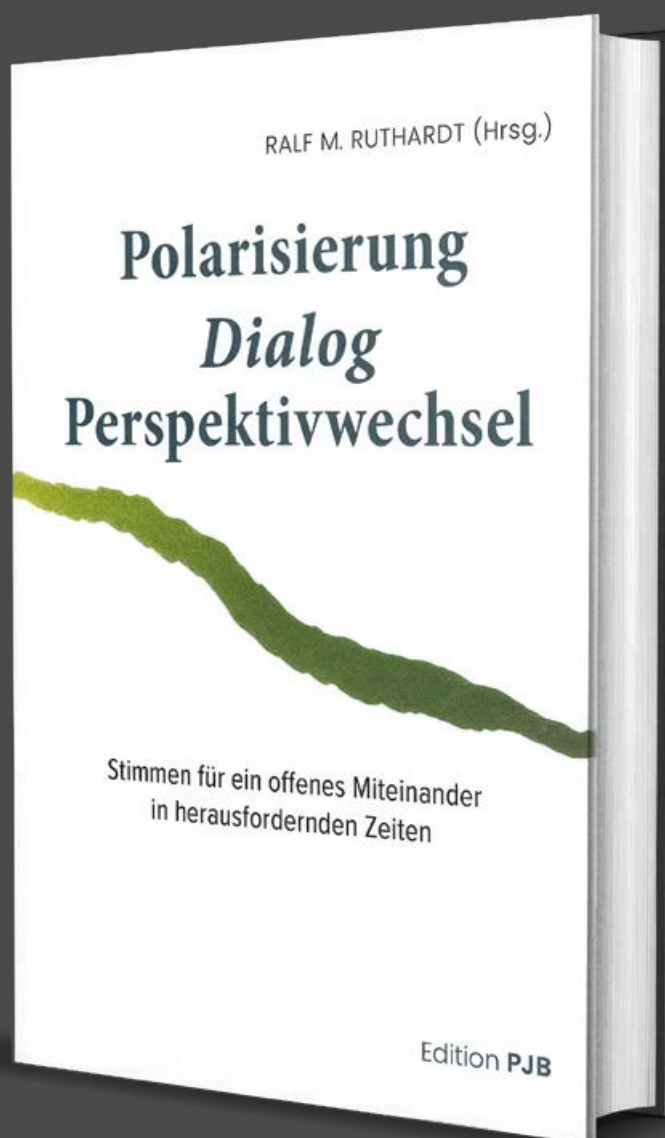
Polarisierung – Dialog – Perspektivwechsel

Ralf M. Ruthardt (Hrsg.)

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | € 20





Parteischema zu pressen. Was ich vermisse, sind Politiker, die beides zusammenbringen: den Schutz des Individuums vor dem überbordenden Staat und den Schutz des Individuums vor dem Versagen des Staates. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer das glaubwürdig vertritt, hat meine Stimme.

Ralf M. Ruthardt | Du bejahst den freien Willen und lehnt es ab, Täter pauschal als Opfer ihrer Umstände zu sehen. Ist das nicht zu hart angesichts von nachweisbarer Armut, Traumata oder Diskriminierung? Und: Du zitierst Thomas von Aquin, Friedrich August von Hayek und Javier Milei – deine philosophischen Referenzen im Buch sind ungewöhnlich bunt. Was genau verbindet diese Denker in ihrer Sicht auf die Welt?

Nickolas Emrich | Zur ersten Frage: Im Gegenteil, es ist die einzig würdevolle Art, einem Menschen zu begegnen. Wer den Menschen vollständig als Produkt seiner Umstände begreift, spricht ihm die Fähigkeit ab, Richtig und Falsch zu unterscheiden. Das entmündigt ihn. Das ist zutiefst herablassend. Natürlich prägen uns Herkunft und Erlebnisse, aber am Ende des Tages hat jeder erwachsene Mensch die Wahl und trägt die Verantwortung für sein Handeln. Armut oder ein Trauma sind keine Entschuldigung dafür, die Rechte anderer Menschen zu verletzen. Wer Eigenverantwortung nicht mehr einfordert, gibt den moralischen Anspruch an eine freie Gesellschaft auf. Zur zweiten Frage: Was Thomas von Aquin, Hayek und Milei verbindet, ist ein gemeinsames Grundprinzip: Ordnung ist die Voraussetzung für Freiheit, nicht ihr Gegenteil. Aquin sagt: Strafe stellt die gestörte Ordnung wieder her.

Hayek sagt: Freiheit braucht Regeln und Institutionen – spontane Ordnung entsteht nicht

im Chaos. Und Milei setzt das in die Praxis um, wenn er sagt: »Freiheit existiert nur dort, wo Gesetz und Ordnung herrschen.« Sie alle eint trotz ihrer völlig unterschiedlichen Epochen und Kontexte die Erkenntnis, dass eine freie und gedeihliche menschliche Ordnung ein stabiles, unumstößliches Fundament braucht. Alle drei betonen, dass der Staat kein Versorger ist, der das Glück garantieren kann, sondern ein Garant für den Rahmen, in dem die Menschen ihr Leben selbstverantwortlich gestalten.

Ralf M. Ruthardt | Blicken wir auf die Praxis: Welche konkreten Änderungen in der Strafprozessordnung oder der Justizstruk-



tur würden deiner Meinung nach sofort den größten Effekt auf der Straße erzielen?

Nickolas Emrich | Wir haben in Deutschland ein Strafrecht, das für viele Delikte durchaus empfindliche Strafen vorsieht. Das Problem ist die prozessuale Ausgestaltung – also wie das Recht in der Praxis angewendet wird. Ein zentrales Problem ist die Geschwindigkeit. Wenn auf eine Tat erst Monate oder Jahre später eine Konsequenz folgt, verpufft jede präventive Wirkung. Der Täter hat das



Delikt längst verdrängt oder wiederholt, das Opfer hat das Vertrauen in den Staat schon verloren, und das Signal an potenzielle Nachahmungstäter ist eindeutig: Es lohnt sich, auf Zeit zu spielen.

Mehr als 80 Prozent der Deutschen kritisieren laut Roland Rechtsreport 2024, dass Gerichtsverfahren viel zu lange dauern. Mehr als 50 Prozent empfinden Urteile als zu mild. Das ist kein Stammtischgefühl – das ist eine Vertrauenskrise. Das Problem sind nicht die Ressourcen, es sind die Strukturen. Konkret fordere ich: schnellere Hauptverhandlungen bei einfach zu ermittelnden Delikten, erleichterte U-Haft bei Wiederholungstätern, weniger Verfahrenseinstellungen ohne Auflagen bei Kleinkriminalität, Änderungen bei der Anwendung des Jugendstrafrechts.

Außerdem benötigen wir natürlich auch eine konsequentere Digitalisierung der Justizbehörden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Akten immer noch ausgedruckt und per Post verschickt werden, während die Täter längst über alle Berge sind. Wir müssen auch Öffentlichkeitsfahndungen radikal beschleunigen. Wenn Bild- oder Videomaterial von Straftätern vorliegt, muss dieses ohne monatelange bürokratische Hürden genutzt werden dürfen. Der Schutz der Bevölkerung muss immer vor dem Täterschutz stehen.

Ralf M. Ruthardt | Zum Schluss: Was gibst du einem Busfahrer, einer Lehrerin oder einer Rentnerin mit, die sich in der Öffentlichkeit nicht mehr sicher fühlen und keine Lust haben, tatenlos auf die nächste Wahlperiode zu warten?

Nickolas Emrich | Erstens: Dein Gefühl ist real, und es ist berechtigt. Es ist keine Einbildung, keine »gefühlte Unsicherheit«, die man wegdefinieren kann. Die Kriminalität auf deutschen Bahnhöfen ist seit 2019 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Gewaltdelikte

an Schulen haben in manchen Bundesländern innerhalb von zwei Jahren um über 60 Prozent zugenommen.

Zweitens: Schaut nicht weg. Benennt die Zustände. Erstattet Anzeige, auch wenn ihr wisst, dass das Verfahren vielleicht eingestellt wird – denn jede Anzeige ist ein Datenpunkt, der die Dunkelziffer verringert und politischen Druck erzeugt. Die Wiederaneignung des öffentlichen Raums beginnt im Kleinen, bei den alltäglichen Respektlosigkeiten. Es braucht keine großen Heldentaten, aber es braucht den Mut, Regelverstöße im Rahmen der eigenen Möglichkeiten direkt anzusprechen und Präsenz zu zeigen.

Wir müssen unseren Behörden, den Verkehrsbetrieben und der Politik unmissverständlich klarmachen, dass wir die schleichende Verwahrlosung nicht länger als Normalität akzeptieren. Sprecht mit Lokalpolitikerinnen und -politikern, geht in Bürgerversammlungen. Der öffentliche Raum gehört allen – und wer ihn aufgibt, lädt genau jene ein, die die Regeln missachten. Und drittens – das ist mir persönlich wichtig: Innere Sicherheit darf kein Luxusthema sein, das man erst dann angeht, nachdem man jahrelang über kleinste Prozentpunkte sozialpolitischer Umverteilung gestritten hat. Innere Sicherheit ist die beste Sozialpolitik, erst sie ermöglicht wahre soziale Gerechtigkeit.

Ohne sicheren Schutzraum gibt es keinen Aufstieg, keine Bildung, keine Integration, keine Freiheit. Das ist die Botschaft dieses Buches – und ich hoffe, dass sie gehört wird, unabhängig davon, wo jemand politisch steht.

Ralf M. Ruthardt | Nun, herzlichen Dank, lieber Nickolas, und wir entlassen die Leserinnen und Leser in ein selbstbestimmtes Nachdenken.

Politik & Medien: **Keine Idioten** am Werk?

*„Dieser Roman ist wichtig,
den er gibt den Blick in
die Mitte der Gesellschaft frei.“*

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
hat den Roman ins Spanische
übersetzt (Fundalib, Madrid)

*„Gute Beobachtungen
zum Zeitgeschehen.“*

Dominik Steffens
Journalist & Podcaster

Das laute Schweigen des Max Grund

Roman von Ralf M. Ruthardt

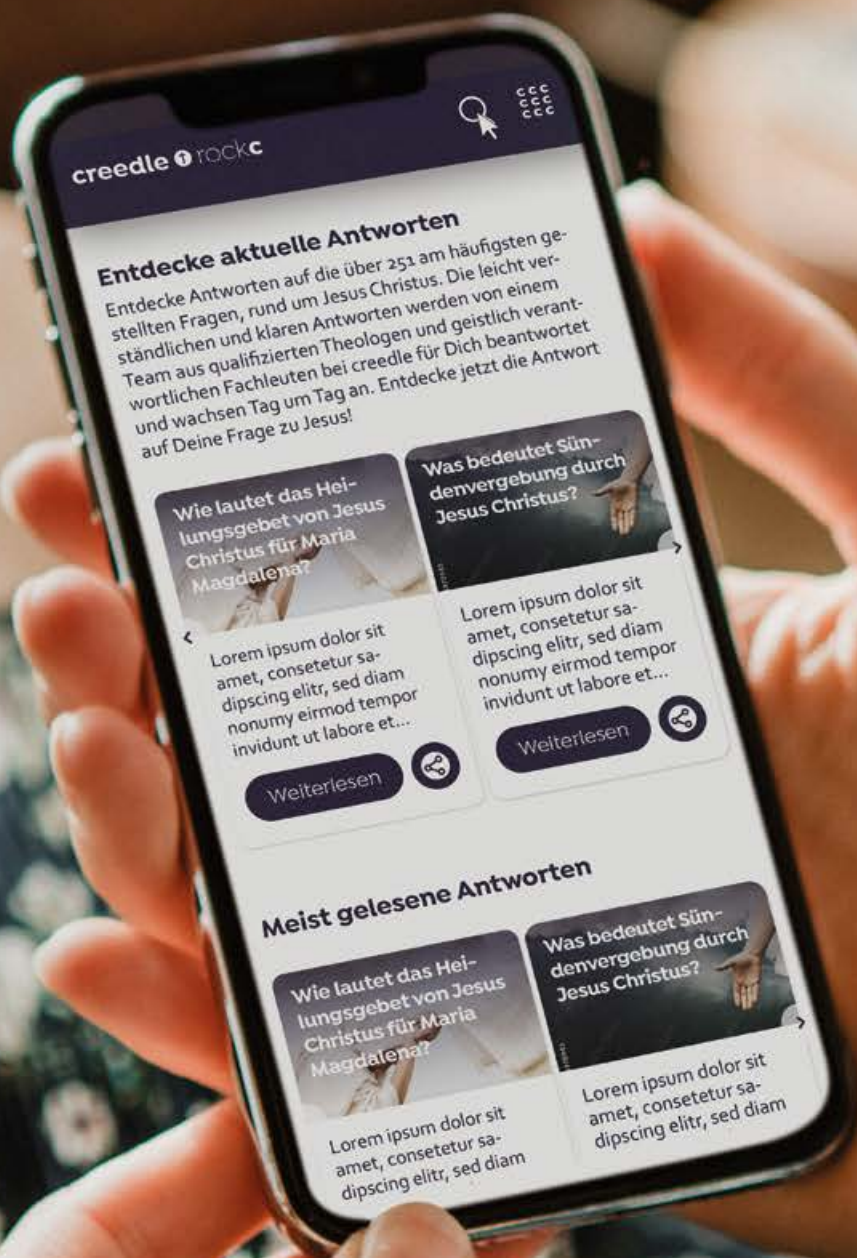
Edition PJB

ISBN 978-3982574905

Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch





Christlicher Content raus aus der Nische

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Tobias Kley und Micha Schlittenhardt



Mit creedle sollen christliche Inhalte im digitalen Raum sichtbar werden. Im Gespräch erklären Tobias Kley und Micha Schlittenhardt, warum sie von einer digitalen Reformation sprechen.

Ralf M. Ruthardt | Für was steht „creedle“, lieber Tobias Kley und Micha Schlittenhardt? Kann man das in drei, vier Sätzen erklären, um was es sich bei <https://ceedle.io/> und weshalb es eine digitale Reformation genannte wird?

Tobias Kley | Ja, wir sehen creedle als eine digitale Reformation. Mit der Reformation wurde Jesus wieder sichtbar. Genau das ist unser Anliegen, für das sowohl viele Menschen beten als auch tatkräftig mitwirken: Jesus für die Menschen digital sichtbar machen. Deswegen haben wir u.a. zahlreiche Partnerorganisationen und rund 200 ehrenamtliche Theologen aus allen möglichen Denominationen eingebunden.

Ich erinnere gerne an den Appell Jesu: „Wer sucht, wird finden.“ Also haben wir uns die Frage nach einer Plattform für Zusammenarbeit gestellt. Damit wollen wir eine Alternative zu bisherigen Nischenlösungen bieten. Bisher macht jeder so sein eigenes Ding. Wir wollen als Christen unkompliziert, unkonventionell und barrierefrei die Menschen überall direkt dort mit unterschiedlichen Angeboten erreichen, wo sie sind. Medienübergreifend, generationsübergreifend, konfessionsübergreifend und Christuszentriert.

Ralf M. Ruthardt | Das klingt vielstimmig – und birgt wo möglich das Risiko der Uneinigkeit in sich ...

Micha Schlittenhardt | Unser gemeinsamer Nenner ist neben dem Apostolikum und dem Bekenntnis von Nizäa die Glaubensbasis der Evangelischen Allianz. Diese haben wir mit drei Worten erweitert, die den Raum noch mehr öffnet: Christuszentriert, evangelium-

sorientiert und lebensfördernd. Dadurch wird es ermöglicht, gemeinsam creedle als ein Ökosystem aufzubauen. Ein Ökosystem, durch das alle Christen alle Menschen mit dem Evangelium erreichen können.

Ralf M. Ruthardt | Wer ist dabei das „wir“, die dieses Ökosystem aufbauen, betreiben und nutzen?

Micha Schlittenhardt | Bei creedle sind es rund 250 Ehrenamtliche und etwa 9 Hauptamtliche. Initiiert wurde creedle vor ein paar Jahren von Stefan Walliser, Julian Heusel und Tobias Kley. Tobias Kley ist ein Evangelist, der vor allem in der Arbeit mit Jugendlichen gemerkt hat: das Evangelium und was Christen der Gesellschaft zu bieten haben müssen dort sichtbar sein wo die Menschen tatsächlich suchen. Stefan Walliser ist ein IT-Architekt mit vielen Jahren Erfahrung, auch in internationalen Großprojekten. Die beide haben sich „gefunden“ und so konnte Tobias Kley seine Idee realisieren.

Ralf M. Ruthardt | Was kennzeichnete die Anfänge dieser Idee?

Tobias Kley | Ursprünglich fing es mit einer Studie an. Die Frage war, wie oft wird nach „Glauben“ und nach „Jesus“ auf Google gesucht? Da kam dann im deutschsprachigen Raum auf über 130.000 Suchanfragen im Monat. Auffällig war, dass die Antworten meistens gar nicht aus dem christlichen Kontext gekommen sind. Oft waren es eher irgendwelche Dokumentationen, Wikipedia-Einträge oder Content der Mormonen oder Zeugen Jehovas. Da stellte sich erkennbar die Frage, wie wir als Christen auf die meist gestellten Fragen gemeinsam Antworten



geben können, die auch von Suchmaschinen und KI-basierten Antworten ausgespielt werden.

Heute steht dieser in meist einfacher Sprache geschriebene und SEO/GEO optimierte Content zur Verfügung. Diese Inhalte erreichen mittlerweile jeden Monat tausende Menschen, da creedle rockc die am schnellsten wachsende Themenautorität rund um Jesus Christus ist.

Ralf M. Ruthardt | Eure Plattform creedle rockc in eurem Ökosystem beinhaltet Antworten zu Glaubensfragen. Dort können Menschen, die auf der Suche nach Jesus, Gott und dem Heiligen Geist sind, fundierte Antworten von denen bekommen, die Jesus kennen. Im Ökosystem von creedle findet man viele weitere Möglichkeiten: Suchende Menschen können über creedle mapc Kontakt zu Christen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften vor Ort und deren Angebote recherchieren. Etliche andere Plattformen sind auch schon online und weitere Ideen in der Entwicklung.

Was ist so der große Gedanke dahinter?

Micha Schlittenhardt | Kirchen und christliche Gemeinden erleben große Veränderungen. Wir haben den demografischen Wandel, ein verändertes gesellschaftliches Interesse an Kirche und eine zurückgehende Zahl von hauptamtlichen Mitarbeitern. Das sind nur einige der Herausforderungen. Zugleich entstehen neue Bewegungen, während bestehende Gemeinden oft kaum noch Nachwuchs haben. Auch Missionswerke kämpfen mit Veränderungen.

| Chance – Zugehörigkeit zu christlichen Werten

Hier sehen wir eine Chance in der digitalen Welt. Mit creedle sollen Menschen unabhängig ihrer Konfession, Technologie und

Zugehörigkeit zu Werken und Medien miteinander verbunden und zentral und barrierefrei informiert werden. Wir als westliche Christenheit brauchen eine innere Reformation um das Ziel zu erreichen, um hoffentlich eine gesellschaftliche Reformation anzustoßen.

Unser großer Kritikpunkt im aktuellen Online-markt besteht darin, dass christliche Inhalte bei relevanten Suchbegriffen oft schlecht gefunden werden. Daher haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, dies zu ändern und Menschen, die nach Jesus suchen, auf digitalen Wege zu erreichen und gleichzeitig aus den Nischenlösungen Einzelner herauszukommen. Menschen sind es heute gewohnt, beinahe alles an einem Ort zu finden, digital, wie bei Amazon oder direkt auf Google.

Ralf M. Ruthardt | Euer Ökosystem von creedle wird also nicht nur zentral genutzt, sondern kann auch als technische Grundlage für eigene Markenauftritte dienen?

| sichtbar & eigenständig

Tobias Kley | Genau. Ein Projekt kann unter eigener Adresse sichtbar bleiben und im Hintergrund dennoch auf die Architektur von creedle zugreifen. So lassen sich Inhalte, Karten, Gruppen oder später auch Gebetsräume in ein eigenes Schaufenster einbinden, ohne alles neu entwickeln zu müssen. Der Vorteil ist: Sichtbarkeit und Eigenständigkeit bleiben erhalten, während die technische Basis gemeinsam getragen wird.

Ralf M. Ruthardt | Heißt das: creedle will nicht bestehende Anbieter verdrängen, sondern Infrastruktur bereitstellen?

Tobias Kley | So ist es. Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Im Gegenteil: Wir suchen bewusst die Zusammenarbeit mit bestehenden Lösungen, etwa bei Gemeinververwaltung. Wenn Gemeinden, Werke oder



Initiativen schon starke Angebote haben, dann ist das gut. creedle versteht sich eher als verbindende Ebene, also ein Ökosystem, in dem alles zusammenkommt, und das gemeinsam genutzt wird.

Ralf M. Ruthardt | Nun arbeitet ihr denominationsübergreifend. Wie offen reagieren evangelische Landeskirchen, katholische Akteure oder andere Träger?

| ökumenisch – und mehr?

Micha Schlittenhardt | Es gibt Interesse, aber auch Zurückhaltung. Manche beobachten zunächst, ob das Modell trägt. Gleichzeitig machen bereits Personen aus evangelischen und katholischen Zusammenhängen mit, ebenso Vertreter freikirchlicher und gemeinschaftlicher Werke. Unser Ziel ist klar: nicht im eigenen Milieu stehen bleiben, sondern Breite gewinnen. Das braucht allerdings Zeit, Vertrauen und sehr viel Gesprächsarbeit.

Ralf M. Ruthardt | Dabei liegt der ökonomische Nutzen doch auf der Hand: Nicht jeder muss digitale Innovationen allein finanzieren.

Tobias Kley | Richtig. Genau darin liegt eine große Stärke. Wenn die Grundarchitektur steht, lassen sich neue Anwendungen günstiger entwickeln, als wenn jede Organisation bei null anfängt. Trotzdem gibt es Vorbehalte. Manche möchten ihren eigenen Namen stärker sichtbar halten, andere wollen erst genau verstehen, wer hinter den Inhalten steht und wie die Qualitätssicherung funktioniert. Deshalb arbeiten wir daran, Mandantenfähigkeit und individuelle Markenführung noch stärker auszubauen.

Ralf M. Ruthardt | Ist creedle am Ende also eher wie eine Genossenschaft zu denken?

Tobias Kley | Der Vergleich ist nicht falsch. Vielleicht nicht im juristischen Sinn, aber im Geist schon. Vor allem wenn wir an den internationalen Ausbau der Idee denken: In verschiedenen Ländern sollen sogenannte Host-Teams entstehen. Das sind Verantwortungsträger aus unterschiedlichen theologischen Hintergründen vor Ort. Diese Teams kennen ihre kulturellen und theologischen Kontexte und übernehmen inhaltliche Verantwortung. Die technische



Micha Schlittenhardt – im Gespräch



Seite liefert creedle, aber Freigaben und Leitplanken kommen aus diesem gemeinsamen Gremium. So entsteht ein Ökosystem aus Kooperation, Supervision und gemeinsamer Vision.

Ralf M. Ruthardt | Und das ist perspektivisch international gedacht, lieber Tobias?

Tobias Kley | Ja. Interessierte Länder, die etwas in diese Richtung umsetzen wollen, müssen nicht bei Null anfangen, sondern können creedle sowohl auf technischer Ebene als auch im Bezug auf die ideellen Strukturen und schon gemachten Erfahrungen aufbauen. Dabei kann man creedle wie einen LEGO-Baukasten verstehen: Jedes Land definiert individuell welche Thematiken oder Applikationen hilfreich sind in ihrem Kontext und welche vielleicht ganz neu entstehen müssen.

Ralf M. Ruthardt | Zum Schluss noch die Frage nach der Reichweite: Wie stark ist creedle inzwischen im digitalen Markt angekommen?

Tobias Kley | Wir wachsen bislang organisch. Insgesamt hat creedle in den vergangenen zweieinhalb Jahren ca. 3 Millionen Menschen erreicht. Über creedle mapc wissen wir, dass 2025 durchschnittlich acht Personen pro Woche in einer Kleingruppe oder Kirche gelandet sind. Allerdings hat das für uns bisher keine große Relevanz, da creedle.io als Ökosystem erst 2027 an den Start geht. Bisher sind lediglich Beta-Versionen einzelner Plattformen am Start, um schon Rankings zu erzeugen. Das bedeutet, wir arbeiten mit Rolling Releases und Angebote gehen schon online, bevor sie endgültig ausgebaut sind. Dadurch bekommen wir früh Resonanz, testen im realen Betrieb, erzeugen Sichtbarkeit. Für mich ist das der entscheidende Punkt: Relevanz zeigt sich nicht zuerst in schönen Konzeptpapieren, sondern darin, ob Menschen die Inhalte tatsächlich finden und nutzen.

Tobias Kley



Tobias Kley

ist Gründer und Global Ambassador von creedle. Er ist ein gefragter Speaker auf christlichen Events, ist gerne mit Jugendlichen in den Bergen unterwegs und investiert gerne in Menschen. Sein Lieblingswort ist "Tradivation" – die Kombination von Tradition und Innovation.

Micha Schlittenhardt

ist Teil der Geschäftsleitung und Product Owner für die Bildungsplattform creedle campuc. Der Doktorand (Südafrika) studierte Interkulturelles Management und Kommunikation (Deutschland), sowie Global Leadership (USA). Zuvor war er zehn Jahre in der Karlsruher Kommunalpolitik aktiv und engagiert sich ehrenamtlich für verschiedene Initiativen und Gründungen.

„Exakte Beobachtungen im Alltag. Und messerscharfe Analysen.“

Kurzgeschichten: Literarische Snacks für Zwischendruck.

Impressionen über die Vielfalt des Menschlichen.

Ironisch. Berührend. Unterhaltsam.

Das **besondere Geschenk** für Freunde.

Mensch sein – Mensch bleiben

Ralf M. Ruthardt

Edition PJB

ISBN 978-3982574950

Taschenbuch | nur € 15



A portrait of Ralf M. Ruthardt, a man with short brown hair and a beard, wearing a colorful plaid shirt and a dark blue scarf. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is dark and out of focus.

„Die **beste** Botschaft verdient das Beste“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Tobias Liminski



Tobias Liminski über GRANDIOS, die Kraft christlicher Lebensgeschichten und ein Magazin, das nicht belehren, sondern einladen will. – In einer Zeit, in der vieles messbar, vergleichbar und verwertbar erscheinen soll, wächst zugleich die Sehnsucht nach Sinn, Orientierung und nach etwas, das größer ist als Erfolg, Status oder Konsum. Das christliche [Magazin GRANDIOS](#) setzt genau dort an: Es erzählt von Menschen, die aus der Botschaft Christi heraus leben, suchen, zweifeln, hoffen und handeln. Ralf M. Ruthardt sprach mit Tobias Liminski, Herausgeber und Initiator von GRANDIOS, über den Namen des Magazins, seine Entstehung, seine journalistische Haltung und darüber, warum ein liebevoll geführtes Interview manchmal mehr leisten kann als eine fertige Antwort.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Tobias, wenn man den Namen GRANDIOS hört, klingt das zunächst einmal nach einem starken Versprechen. Ein wirklich schöner Name – aber vermutlich steckt mehr dahinter. Was bedeutet GRANDIOS und woher kommt das Projekt?

Tobias Liminski | In dem Wort GRANDIOS steckt eine Doppeldeutigkeit. Wenn man ein wenig Spanisch spricht, hört man darin auch „gran Dios“ – den großen Gott. Ich bin mit einer spanischsprechenden Frau verheiratet und würde deshalb fast sagen: Es klingt bei mir immer ein bisschen spanisch mit. Am Ende geht es genau darum: um die Botschaft Christi. Wir haben aus unserer Sicht die beste Botschaft der Welt. Und wir versuchen, sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestmöglich zu präsentieren. Wir möchten zeigen, dass diese Botschaft für jede und jeden einen Verbesserungsmodus für den eigenen Lebensentwurf bereithält. Wenn man dem oft unerwarteten und schönen Feedback Glauben schenken möchte, gelingt uns das im Moment ganz gut.

Ralf M. Ruthardt | Wie ist daraus ein Magazin geworden?

Tobias Liminski | Die ursprüngliche Idee kam aus dem Bistum Regensburg. Ein Domkapitular hatte dort den Gedanken, ein Mitgliedermagazin zu entwickeln – als Dialogangebot zwischen der Institution Kirche

und den Menschen, die Kirche ja letztlich bilden oder bilden sollen. Es ging darum, Themenwelten aufzugreifen und die Botschaft Christi in der Lebenswirklichkeit der Menschen sichtbar zu machen. So formulieren wir das bis heute: Wir zeigen die Botschaft Christi in der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Ralf M. Ruthardt | Was heißt das konkret?

Tobias Liminski | Wir halten im Grunde einen Spiegel hin. Wir begegnen Menschen, die mit der Botschaft Christi ein erfülltes, vor allem ein sinnerfülltes Leben führen; Menschen, die ihre Aufgabe oder ihren Platz im Leben durch und mit dieser Botschaft kennen oder suchen. Wir hören in diese Lebensentwürfe hinein, fragen nach und bereiten das so auf, dass Leserinnen und Leser, Hörerinnen und Hörer oder Zuschauerinnen und Zuschauer sich darin wiederfinden können. Im besten Fall sagen sie: Ach, das könnte ja auch etwas für mich sein. Dem gehe ich einmal nach.

Ralf M. Ruthardt | Du selbst bist dann über Deinen Vater zu diesem Projekt gekommen?

Tobias Liminski | Ja. Das Bistum fragte damals meinen Vater, wer so etwas machen könne. Er sagte: Fragt Tobias, der kann das, der spricht diese Sprache. Das hat mich überrascht, weil ich bis dahin mit Print in dieser Form nichts zu tun hatte. Mein Vater sagte aber: Du sprichst die Sprache, und du



kannst Dinge in Bildern erzählen. Das ist viel wichtiger. Den Rest bringe ich dir on the run bei. Also haben wir angefangen, das Magazin zu gestalten und die Marke zu entwickeln.

Ralf M. Ruthardt | Dann kam der Einschnitt, dass das Bistum ausgestiegen ist.

Tobias Liminski | Ja, nach sechs Ausgaben ist das Bistum aus finanziellen Gründen ausgestiegen. Ich habe daraufhin gesagt: Okay, dann lasst uns weitermachen. Ich habe mich mit meinem Beraterstab zusammengesetzt – aus meiner Agentur, in der wir Produkt- und Imagefilme, Webseiten, klassische Werbung und Pressearbeit machen – und gefragt: Können wir das privatwirtschaftlich auf die Beine stellen? Bekommen wir das hin? Ich habe gezeigt, was bis dahin entstanden war, was wir erreicht hatten und wie die Marke bereits wahrgenommen wurde. Die Rückmeldung war: Das ist ein spannendes Projekt. Wenn du uns die Relevanz für den Markt zeigst, gehen wir mit.

Ralf M. Ruthardt | Und wie hast Du diese Relevanz beschrieben?

Tobias Liminski | Ich habe unter anderem den heutigen Kulturstatsminister Wolfgang Weimer gefragt, wie er auf das Projekt blickt. Seine Einschätzung war, dass es in der Gesellschaft einen hohen Bedarf an genau diesen Fragen der Zeit gibt. Er sagte sinngemäß: Die Art, wie ihr daran geht, ist in der Medienwelt einmalig. Das lohnt sich. Diese Rückmeldungen haben die Berater und mich bewegt, die GRANDIOS-Stiftung zu gründen. Sie fungiert als Herausgeberin des Magazins und versucht, das Projekt über Einnahmen und Spenden zu finanzieren. Unser Ziel ist es, eine breite Reichweite zu schaffen und diese Botschaft auf Benchmarkniveau in den Markt zu bringen – und den Menschen die Lektüre so leicht wie möglich zu machen.

Ralf M. Ruthardt | Du sprichst von Reichweite. GRANDIOS ist mehr als ein Printheft. Welche Rolle spielt Multimedialität?

Tobias Liminski | Wir haben sehr schnell gemerkt, dass wir die Usergewohnheiten der Menschen ernst nehmen müssen. Der eine hört lieber Podcast, der andere schaut lieber YouTube oder Fernsehen, wieder ein anderer liest. Für all das haben wir Kanäle und Vehikel geschaffen. Trotzdem bleibt das Printmagazin für uns entscheidend. Wir befassen uns mit Lebensentwürfen. Wir verkaufen keine Mandarinen. Ein Lebensentwurf braucht Zeit. Niemand entscheidet sich von heute auf morgen für einen neuen Lebensentwurf. Deshalb ist das schnelle Daumenkino der sozialen Medien nicht der geeignetste Weg.

Es kann manchmal dienlich sein, aber wirklich entscheidend ist für uns die Entschleunigung: Dort, wo Menschen Zeit haben, über sich selbst nachzudenken und zu reflektieren. Beim Lesen kann man zurückgehen, noch einmal lesen, innehalten. Bilder wirken anders. Deshalb ist Print für uns nicht tot. Es ist unser Atomkern für alles, was wir rund um das Magazin schaffen.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass GRANDIOS nicht die Institution Kirche repräsentiert, sondern den Blick darauf wirft, was Jesus uns Menschen an Wegweisungen und Impulsen mitgegeben hat? Und Ihr zeigt dies exemplarisch an Menschen, die – in all ihrer Unvollkommenheit – mit dieser Botschaft umgehen.

Tobias Liminski | Ja, das kann man durchaus so sagen. Es kommt immer darauf an, wie man Kirche definiert. Ich unterscheide zwischen Amtskirche und Gemeinschaft der Gläubigen. GRANDIOS repräsentiert nicht die Amtskirche. Das Schöne ist: Es sind Gläubige, es sind Suchende, die Teil dieser Gemeinschaft sind. Sie kommen nicht mit



erhobenem Zeigefinger und sagen: So müsst ihr leben, dann habt ihr es geschafft. Sondern wir suchen mit unserer eigenen Unvollkommenheit nach Wahrheit.

Ralf M. Ruthardt | Das klingt nach einer demütigen journalistischen Haltung.

Tobias Liminski | Auf dieser Suche begegnen wir Menschen, die ebenfalls suchen und vielleicht ein Stück weit Wahrheit gefunden oder Erkenntnis gewonnen haben. Das versuchen wir weiterzugeben. Am Ende geht es nicht nur um Wahrheit, die wir vermitteln wollen, und Wahrheit, die wir suchen. Es geht auch um die Hoffnung, die in der Botschaft Christi liegt, und um die Liebe, die zu dieser Hoffnung führt. Das sichtbar zu machen, empfinde ich als großes Geschenk.

Ralf M. Ruthardt | Du hast einmal sehr persönlich beschrieben, wie Dich diese Arbeit selbst verändert hat.

Tobias Liminski | Ja. Als ich erfahren habe, dass meine Tochter mit einem Herzfehler und mit Trisomie zur Welt kommen wird, reagierten viele um mich herum mit: Oh nein, wie schrecklich, das tut mir so leid. Ich hatte diesen Blickwinkel nicht. Durch die Gespräche, die ich für GRANDIOS führen durfte, hatte ich so viel kennengelernt, gesehen und verstanden. Ich durfte reifer werden. Deshalb stand für mich nicht im Vordergrund: Diese Aufgabe wird mich mein Leben lang belasten. Sondern ich dachte: Gott traut mir das zu – mir und meiner Frau.

Ralf M. Ruthardt | Das ist ein sehr bewegendes Gedanke.

Tobias Liminski | Wenn ich heute meine Tochter anschau, die inzwischen zwei Jahre alt ist, verstehe ich immer mehr, was damals in mir passiert ist. Ich saß im Auto, nachdem der Anruf der Ärzte gekommen war, und sagte

zu meinem Kollegen: Wahnsinn. All das hat mich bis zu diesem Punkt geführt. Jetzt weiß ich, wofür ich das alles getan habe: Damit ich vorbereitet bin für dieses kleine Mädchen, das mir heute wieder zwanzigmal ein Lächeln schenkt. Das kann keiner bezahlen.

Ralf M. Ruthardt | Das ist ein wunderschöner persönlicher Einblick. Er zeigt, wie Bausteine manchmal im Leben gesetzt werden, wenn man zulässt, dass etwas gebaut wird. Wenn ich diesen Gedanken aufgreife, sehe ich eine Gesellschaft, in der viele Menschen, Parteien, Unternehmen oder Institutionen glauben, die Wahrheit bereits zu kennen und sie nach außen tragen zu müssen. Was wir vielleicht verlernt haben, ist ein übergeordnetes Ziel, der Dialog, das Teilhaben an den Erfahrungen des anderen – und vielleicht auch, etwas in die Hände eines Größeren zu geben. Wenn ich GRANDIOS durchblättere, beeindruckt mich diese offene Art. Da ist kaum Diktat, kaum Aufzwingen, sondern eine Einladung zum Nachdenken.

Tobias Liminski | Das würde ich so unterschreiben. Uns ist wichtig, dass wir uns nicht als Erkenntnisträger inszenieren. Leider wird Journalismus manchmal damit verwechselt, anderen die eigene Wahrheit mitzuteilen. Das versuchen wir tunlichst zu vermeiden. Wenn wir eine Aussage treffen, dann hat sie Hand und Fuß. Dann ist sie belegbar. Wir könnten eine Fußnote daruntersetzen. Aber am Ende wollen wir keinen Zeigefinger. Die Botschaft Christi soll Leitplanke werden. Für viele. Wenn wir das schaffen, haben wir das Ziel erreicht.

Ralf M. Ruthardt | Was bedeutet Leitplanke in diesem Zusammenhang?

Tobias Liminski | Wir tragen zusammen, was andere Menschen erfahren haben. Es sind Zeugnisse. Und es ist beeindruckend zu sehen, wer was erlebt hat. Wenn Leserinnen und Leser merken: Der Mensch ist auch nur

*„Polarisierung – spaltet,
aber treibt ebenso den Diskurs an.
Eine lesenswerte,
weil vielstimmige Anthologie.“*

Prof. Dr. Heiko Kleve

*„Zwischentöne im Lärm der Gegenwart.
Eine Anthologie, die nachhallt.“*

Kajita Schmitt

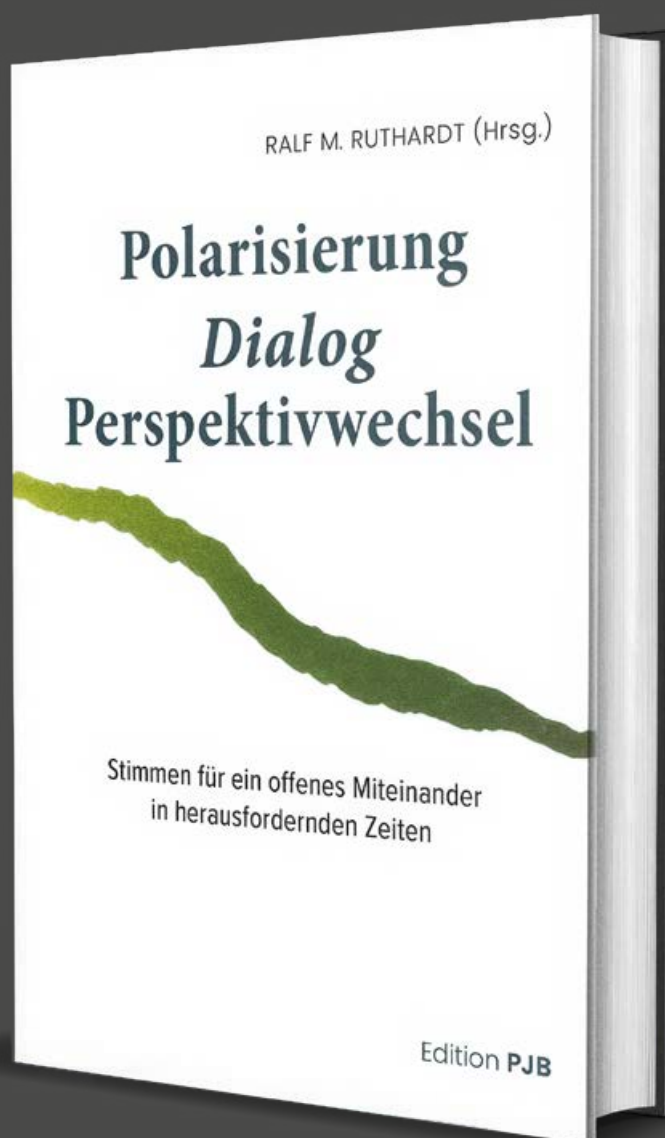
Polarisierung – Dialog – Perspektivwechsel

Ralf M. Ruthardt (Hrsg.)

Edition PJB

ISBN 978-3982574936

Taschenbuch | € 20





ein Mensch wie ich; auch er wird irgendwann das Zeitliche segnen; auch er ringt mit Fragen – dann nehmen sie vielleicht eine Erkenntnis mit und justieren ihren eigenen Lebensentwurf neu. Das muss nicht immer eine große Bewegung vom Saulus zum Paulus sein. Es kann auch eine Feinjustierung sein. Dabei nehmen wir uns selbst nicht heraus.

Ralf M. Ruthardt | Also verändert die Arbeit am Magazin auch Euch selbst?

Tobias Liminski | Unbedingt. Auf dem Weg, eine Ausgabe zu entwickeln, weiß ich bis zum Druck nie vollständig, was am Ende dabei herauskommt. Natürlich haben wir eine Zeitspanne, in der wir wissen, welche Menschen wir interviewen und welche Themen wir bearbeiten wollen. Aber wer sagt mir vorher, wie ein Gespräch wirklich wird? Oft nehme ich zehn, fünfzehn oder zwanzig Fragen mit. Dann stelle ich vielleicht zehn aus meinem Katalog und zwanzig weitere, die sich aus dem Gespräch heraus entwickeln. Daraus entsteht das Antwortspektrum. Wir lassen zu, dass andere ihre Geschichte, ihr Zeugnis, wirklich kundtun können. Dadurch gewinnen alle.

Ralf M. Ruthardt | Gab es eine Rückmeldung, die Dir besonders nahegegangen ist?

Tobias Liminski | Ein Interviewpartner sagte mir vor Kurzem, das Schönste an dem Interview sei gewesen: Ich hatte das Gefühl, erkannt zu werden. Wenn wir das schaffen, ist das journalistisch betrachtet enorm. Für mich war das ein Ritterschlag. Erkannt zu werden heißt: Jemand merkt, ich darf ich sein. Ich werde angenommen, wie ich bin. Das hat mich sehr berührt.

Ralf M. Ruthardt | Wenn Du auf Eure Abonnenten und Leser blickst: Wer ist die Zielgruppe von GRANDIOS?

Tobias Liminski | Zu Bistumszeiten hatten wir dafür sehr klare Modelle mit zwei großen Gruppen. Wir hatten fiktive Personen entwickelt und anhand dieser Personen Geschichten ausgewählt. Heute würde ich es weiter fassen. Lebenswirklichkeit ist ohnehin ein schwieriges Wort, weil jede Lebenswirklichkeit subjektiv ist. Im Grunde geht es um das Leben, so wie es ist. Wir versuchen, dieses Leben darzustellen, ohne einen engen Fokus zu setzen. Unsere Zielgruppe sind Menschen offenen Herzens, Menschen, die suchen. Sie sollen bei uns ein Stück weit Antworten finden.

Ralf M. Ruthardt | Könnte man sagen, dass die Zielgruppe sehr breit ist, die Art des Mediums aber einen gewissen Bildungszugang voraussetzt – Freude am Lesen, Interesse an tieferen Texten?

Tobias Liminski | Nein, so eng würde ich es nicht fassen. Natürlich setzen manche Texte eine gewisse Vorkenntnis oder ein gewisses Bildungsniveau voraus. Aber in jeder Ausgabe gibt es viele Beiträge, und mein Ziel ist, dass für jeden etwas dabei ist. In der Ausgabe „Beziehung – Beziehungen des Lebens“ haben wir zum Beispiel zwei Liedtexte zum Thema Heimat abgedruckt – für die Beziehung zur Heimat, für die Liebe zur Heimat. Wenn man diese Texte liest und dann das Lied hört, entsteht eine Beziehung zu diesem Ort oder zu dieser Region.

Ralf M. Ruthardt | Du meinst, Zugang kann auch über Kultur, Musik und Gefühl entstehen?

Tobias Liminski | Genau. Nehmen wir den FC Schalke 04: Eine ganze Region singt ein Lied, das uralt ist und trotzdem prägend für diese Region bleibt. Kinder, Erwachsene, alte Menschen – alle singen es im Stadion. Das ist verbindend. Das ist Beziehung pur. Dieser Zugang ist sehr leicht. Daneben steht dann vielleicht ein Text über die Dreifaltigkeit,



also über das Masterpiece der Beziehung schlechthin. Bei einem solchen Text braucht man vielleicht etwas mehr Vorkenntnis. Aber wenn er gut geschrieben ist, braucht man kein Theologiestudium, um ihn zu verstehen.

Ralf M. Ruthardt | Wie gelingt diese Verständlichkeit?

Tobias Liminski | Indem Menschen schreiben, die wirklich schreiben können. Franziskus von Heereman etwa ist es gelungen, einen komplexen Zusammenhang so zu formulieren, dass man ihm philosophisch folgen kann, ohne Theologe zu sein. Man liest nach, man horcht hinein, und dann erschließt sich der Zusammenhang. Das ist das Schöne: Unsere Autorinnen und Autoren sind in der Regel Menschen, die schreiben können – Bestsellerautoren oder andere starke Stimmen. Wir wollen die Besten für die beste Botschaft. Diese Botschaft hat das verdient. Und sie schaffen es immer wieder, komplexe Dinge so zu formulieren, dass sogar ich sie verstehe. Ich habe schließlich auch kein Theologiestudium.

Ralf M. Ruthardt | Das ist ein schöner Punkt: Es geht um die beste Botschaft, und es geht darum, dass diejenigen, die diese Botschaft würdigen, ihr Bestes geben, um sie zu vermitteln.

Tobias Liminski | Ja. Und zugleich erwarten wir von den Menschen, die wir interviewen, nicht, dass sie ein bestimmtes Bildungsniveau oder einen bestimmten sprachlichen Ton erfüllen. Wir treffen Musiker, Sportler, Künstler, Psychologen, Physiologen, Philosophinnen und viele andere. Sie alle schauen mit ihrer eigenen Erfahrung auf die Dinge. Eine Psychologin blickt auf Narzissmus anders als ich. Ein Philosoph schaut anders auf die Dreifaltigkeit. Ein Musiker spricht vielleicht darüber, dass wir vom Ich zum Wir kommen müssen.

Ralf M. Ruthardt | Absolut. Wenn mir ein Musiker sagt: Der Tod gehört zum Leben dazu, und je früher wir uns damit auseinandersetzen, desto weniger Angst haben wir davor – nur Mut zum Leben –, dann ist das eine irre Aussage. Wenn man sich Thomas D. bildlich vorstellt, denkt man vielleicht zuerst an den rappenden Hip-Hopper auf der Bühne. Und dann sagt er einen solchen tiefschürfenden Satz. Das ist für mich ein totaler Gewinn. Es zeigt: Tiefschürfende Erkenntnis, Lebensentwurf und Lebensweisheit haben nichts mit Bildungsstand zu tun, sondern mit der Suche nach Wahrheit.

Tobias Liminski | In den ergänzenden Notizen zu unserem Gespräch steht noch ein Punkt, der mir wichtig erscheint: GRANDIOS ist auch eine Plattform, auf der Menschen Fragen nach dem Sinn des Lebens stellen dürfen. Es gibt zum Beispiel die Rückmeldung einer Frau, deren Schwester seit fünfzehn Jahren im Wachkoma liegt, verbunden mit der Frage: Was will mir Gott damit sagen? Wie geht Ihr mit solchen Fragen um?

Ralf M. Ruthardt | Solche Fragen zeigen, wie offen und persönlich die Reaktionen auf GRANDIOS-Texte sein können. Menschen trauen sich, ihre Suche nach Antwort zu formulieren. Manchmal wird es die eine klare Antwort vermutlich nicht geben. Aber es gibt den Versuch, aus Gott heraus zu antworten, oder besser: in diese Frage hineinzuhören. In der Stille hören wir ihn. Und Stille dauert.

Tobias Liminski

ist studierter Berufs- & Wirtschaftspädagoge und absolvierte ein Volontariat beim Südwestrundfunk (ARD). Der gebürtige Bonner arbeitete unter anderem für zahlreiche ARD-Anstalten und bei Privatsendern, bevor er sich mit der Media21.TV GmbH 2016 selbstständig machte. Als Herausgeber und Chefredakteur schreibt und produziert Liminski seit 2017 regelmäßig Beiträge für das [Magazin GRANDIOS](#).

Die Tagespost

Klarer Kurs,
katholischer
Journalismus.

Die
katholische
Wochenzeitung
für Politik,
Gesellschaft und
Kultur

5 Jetzt
Wochen
gratis lesen.

Endet auto-
matisch



Erzbischof Georg Gänswein:

„Ich halte **Die Tagespost** für eine
exzellente Zeitung. Und exzellente Zeitungen
zu empfehlen, ist auch ein Akt der Nächstenliebe.“

Ja, ich will **Die Tagespost** kennenlernen!

Bitte senden Sie mir die nächsten 5 Ausgaben der Zeitung kostenlos
zu. Ich gehe keine Verpflichtung ein. Die Lieferung endet automatisch.

Vorname, Name

Straße, Hausnr. (oder Postfach)

PLZ, Ort, Land

Telefon, E-Mail (für Rückfragen, Angabe freiwillig)

Datum, Unterschrift

☐ Ja, ich möchte über wichtige Neuigkeiten zur **Tagespost** informiert
werden. Dazu darf **Die Tagespost** meine angegebenen Daten
speichern und nutzen, aber nicht weitergeben.

Und so leicht geht's:

Senden Sie uns den Coupon per

✉ **Post:** Die Tagespost
J. W. Naumann Verlag GmbH
Berner Straße 2
97084 Würzburg

@ **E-Mail:** info@die-tagespost.de

☎ **Fax:** 0931/308 63-33

Oder sichern Sie sich
Ihre kostenlosen
Ausgaben direkt hier:

🏠 www.die-tagespost.de/philippneri

📞 Fragen? Greifen Sie einfach zum
Telefon: 0931/308 63-32



Wir freuen uns auf Sie!





Freiheit, Widerspruch und offene Debatte

von Ralf M. Ruthardt



Die Hayek-Tage 2026 in Münster waren mehr als eine Fachtagung für Freunde klassisch-liberalen Denkens. Sie wurden zu einem verdichteten Moment gesellschaftlicher Auseinandersetzung: drinnen Debatten über Freiheit, Ordnung, Verantwortung und Rechtsstaat; draußen Proteste gegen befürchtete politische Verschiebungen. Parallel dazu die Würdigung zivilgesellschaftlichen Engagements durch den Hayek-Club Münsterland.

Münster war für zwei Tage ein Ort intensiver ordnungspolitischer Debatten. Die Hayek-Tage 2026 brachten im Atlantic-Hotel Mitglieder, Gäste, Wissenschaftler, Publizisten, Unternehmer und junge freiheitliche Stimmen zusammen. Im Mittelpunkt standen Fragen, die weit über den Kreis klassisch-liberaler Theorie hinausreichen: Wie viel Staat verträgt eine offene Gesellschaft? Wie lassen sich Freiheit, soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammendenken? Und welche Rolle spielt öffentliche Debatte in einer Zeit, in der politische Lager einander zunehmend misstrauen?

Das Programm war entsprechend breit angelegt. Es reichte von europäischer Verteidigungspolitik über wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung, Geldordnung, Strukturreformen und bürgerliche Freiheit bis zur Selbstbehauptung des liberalen Rechtsstaats. Hans-Werner Sinn, Veronika Grimm, Jan Schnellenbach, Volker Boehme-Neßler und weitere Referenten standen für ein Programm, das wissenschaftliche Analyse und politische Zuspitzung miteinander verband.

Ein besonderer Höhepunkt war die Verleihung der Hayek-Medaille an Prof. Dr. Veronika Grimm (Titelfoto). In der Laudatio wurde sie von Prof. Dr. Stefan Kooths als Ökonomin gewürdigt, die wirtschaftspolitische Beratung mit marktwirtschaftlichem Kompass, intellektueller Redlichkeit und öffentlicher Klarheit verbindet. Grimm steht für eine Haltung, die Preise nicht als Störfaktoren, sondern als Informations- und Koordinationssignale versteht – gerade in Zeiten knapper Ressourcen

und politischer Versuchung zur Intervention. Die internationale Hayek-Medaille ging an Ron Paul, dessen Lebenswerk dem Eintreten für individuelle Freiheit, begrenzte Regierungsmacht und Geldstabilität gewidmet ist. Mit dem Netzwerkpreis wurde das Bündnis Redefreiheit ausgezeichnet.

Carlos A. Gebauer gab den Hayek-Tagen in seiner Eröffnungsrede eine programmatische Tonlage. Sein Appell lautete: mehr Realismus, weniger Illusion; mehr Deregulierung, weniger Steuerungsglaube; mehr Vertrauen in Freiheit, Verantwortung und offene Erkenntnis. Die Hayek-Gesellschaft verstand er dabei nicht als bloßen Debattierclub, sondern als rationalen Ankerpunkt in einer Zeit politischer und gesellschaftlicher Unordnung.

Dass die Hayek-Tage zugleich auf Widerspruch stießen, gehört zur Wirklichkeit einer pluralen Stadtgesellschaft. Vor dem Veranstaltungsort waren Proteste angekündigt worden. Sie kamen aus einem Milieu, das Sorge vor rechten Anschlussstellen, sozialer Ausgrenzung und gesellschaftlicher Verrohung artikulierte. Diese Sorgen sollte man nicht reflexhaft abtun. Wer demonstriert, nimmt ein demokratisches Grundrecht wahr und zeigt, dass politische Deutungen nicht widerspruchsfrei bleiben. Gerade deshalb wäre es produktiv, wenn aus Gegnerschaft nicht nur Abgrenzung, sondern Gesprächsfähigkeit entstünde. Freiheitliche Debatte muss Kritik aushalten; umgekehrt gewinnt auch Protest, wenn er die Differenz zwischen Vorwurf, Zuschreibung und tatsächlicher Argumentation sorgfältig wahrt.



Bemerkenswert war zudem die parallel stattfindende Preisverleihung des Hayek-Clubs Münsterland. Der Freiheitspreis Münster 2026 ging an Benjamin Mudlack. Mit dem Preis würdige der Club Arbeiten und persönliches Engagement für Freiheitswerte sowie für die Ideen der Österreichischen Nationalökonomie, so Christophe Lüttmann in seiner Rede.

Mudlack steht mit seinem publizistischen und ökonomischen Wirken besonders für die Auseinandersetzung mit Geldordnung, Eigentum, Verantwortung und finanzieller Selbstbestimmung. Damit setzte der Hayek-Club einen regionalen Akzent, der die großen Themen der Hayek-Tage auf konkrete zivilgesellschaftliche Arbeit herunterbrach.

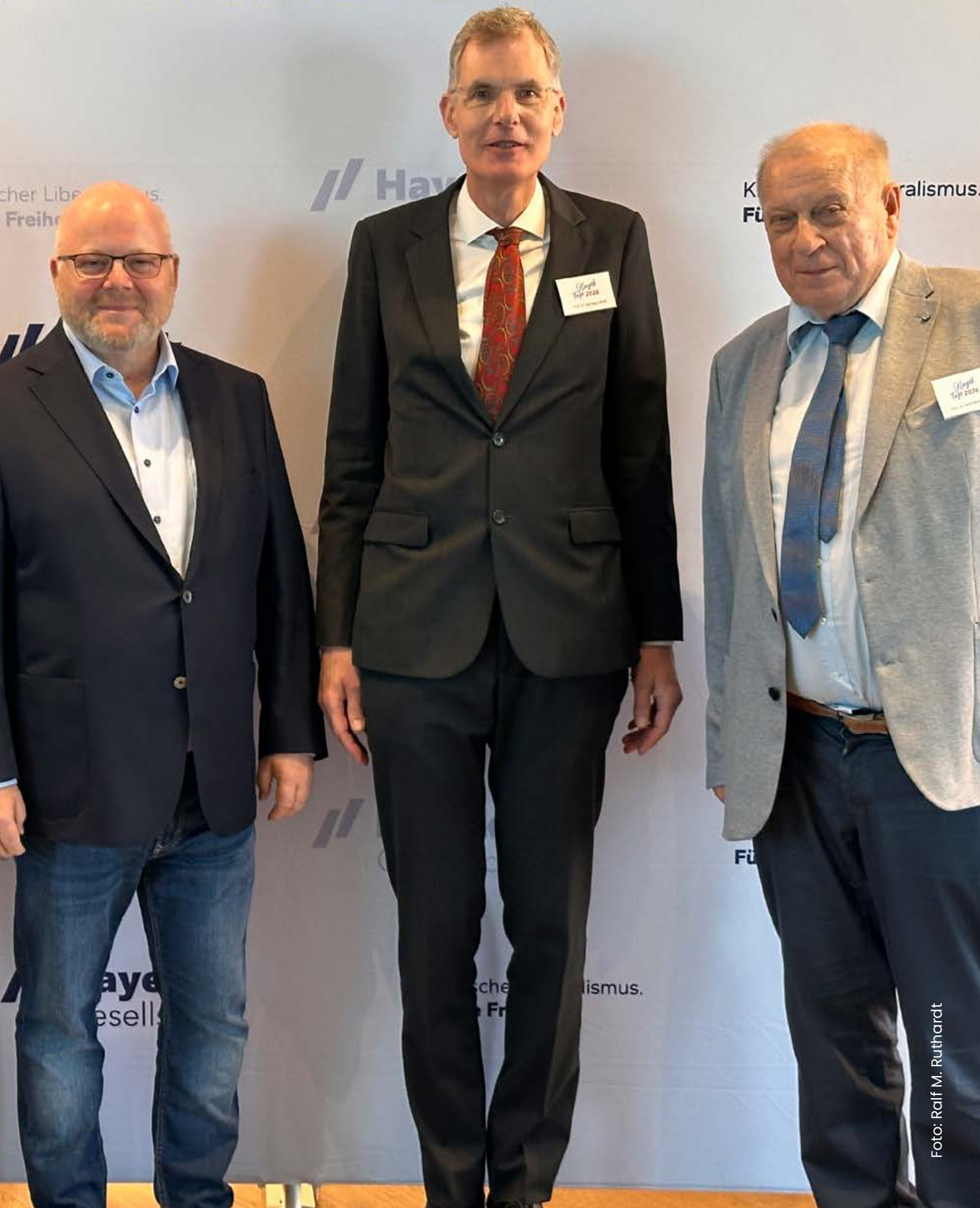
So wurden die Hayek-Tage 2026 nicht nur zu einem Treffen Gleichgesinnter. Sie wurden zu einem Spiegel gegenwärtiger politischer Spannungen: drinnen die Suche nach freiheitlicher Ordnung, draußen der Protest gegen befürchtete politische Verschiebungen, daneben eine lokale Preisverleihung für persönliches Engagement im Dienst der Freiheit. Gerade diese Gleichzeitigkeit macht Münster 2026 zu einem interessanten Ort demokratischer Beobachtung. Wo Freiheit ernst gemeint ist, bleibt sie nie bequem. Sie verlangt Argumente, Widerspruch, Geduld – und den Mut, auch im Konflikt miteinander im Gespräch zu bleiben.

Foto: Den Hayek-Tagen vorausgegangen war die Mitgliederversammlung. Diese hat Prof. Dr. Michael Esfeld und den Unternehmer und Publizisten Ralf M. Ruthardt in den Vorstand der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft* e.V. gewählt.

Prof. Dr. Stefan Kooths, Ralf M. Ruthardt, Prof. Dr. Michael Esfeld, Prof. Dr. Gerd Habermann (von links nach rechts)



Klassischer Liberalismus. **Fü**



Kompass im dichten Sachbuchdschungel

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Celine Nadolny



Eine Welt voller Bücher. Es klingt fantastisch – und doch kann einen die Fülle an Literatur überfordern. Da ist es hilfreich, wenn Menschen mit Expertise sich durch den mondweisenden Stapel wühlen – und eine Orientierung geben. Celine Nadolny gehört zu den bekannten Kritikerinnen – und hat sich weitgehend auf Sachbücher konzentriert. Die Wirtschaftsstudentin und Gründerin von *Book of Finance* ist in den sozialen Medien eine feste Größe.

Ralf M. Ruthardt | Schön, Celine Nadolny, dass wir uns sprechen dürfen. Wie kann man Sie als Kritikerin von Sachbüchern in zwei Sätzen begreifen?

Celine Nadolny | Ich bin leidenschaftliche Sachbuchkritikerin. Zwischenzeitlich kann ich auf eine Expertise aus über 900 gelesenen Büchern und mehr als 500 veröffentlichten Rezensionen zurückgreifen. Ich helfe Menschen dabei, sich selbstbestimmt mit Finanzen auseinanderzusetzen und dadurch ein erfüllteres Leben zu führen. Dabei lege ich größten Wert auf wissenschaftlich fundiertes Wissen, Ehrlichkeit und Unabhängigkeit – denn echte Bildung beginnt für mich mit kritischem Lesen und eigenem Denken.

Ralf M. Ruthardt | Teilen Sie meine Wahrnehmung, dass der Sachbuchmarkt unüberschaubar geworden ist? Welchen Beitrag leisten Kritiken?

Celine Nadolny | Absolut – der Sachbuchmarkt ist in den letzten Jahren enorm gewachsen und dadurch zunehmend unübersichtlich geworden. Allein im Jahr 2023 wurden in Deutschland 67.467 neue Buchtitel veröffentlicht, davon 60.230 Erstauflagen. Diese Flut an Neuerscheinungen erschwert es Lesern, qualitativ hochwertige und relevante Werke zu identifizieren. Zudem hat die Qualität vieler Veröffentlichungen nachgelassen: Verlage stehen unter wirtschaftlichem Druck, das Lektorat leidet, und das Self-Publishing hat einen Markt für PR-inspirierte Ego-Bücher geschaffen. Umso wichtiger ist meine Rolle

(k)eine tägliche begegnung

als Kritikerin: Ich helfe meiner Community, im Dschungel der Veröffentlichungen wertvolle Inhalte zu finden, Zeit zu sparen und sich auf Bücher zu konzentrieren, die wirklich Mehrwert bieten – fundiert, ehrlich, unabhängig.

Ralf M. Ruthardt | Wir haben verstanden, dass Sie sich vor allem auf Sachbücher konzentrieren, die etwas mit Finanzen im weiteren Sinne zu tun haben. Sind solche Sachbücher ein Teil von Kultur – oder eher ein Geschäftsmodell?

| Spiegel des Zeitgeists

Celine Nadolny | Sachbücher sind ohne Zweifel ein integraler Bestandteil unserer Kultur – sie spiegeln den Zeitgeist wider, fördern Bildung und regen zum Diskurs an. Dennoch gibt es unterschiedliche Motivationen unter Autoren: Manche nutzen Bücher als Marketing-Instrument, andere verfolgen egoistische oder monetäre Ziele. Aber es gibt sie noch, die Idealisten – Menschen, die aus Überzeugung schreiben, um Wissen zu teilen und einen Beitrag zu leisten. Diese Bücher sind es, die mir besonders am Herzen liegen und die ich als kulturell wertvoll empfinde.

Ralf M. Ruthardt | Wohin entwickelt sich der Sachbuchmarkt und welche Rolle sehen Sie für sich?



Celine Nadolny | Der Sachbuchmarkt entwickelt sich vielfältig und teilweise widersprüchlich: Während einerseits eine Masse an Veröffentlichungen produziert wird, wächst zugleich das Bedürfnis nach Qualität und Orientierung. Ich sehe mich als Wegweiserin in dieser Branche – für Leser, die Klarheit suchen, und für Autoren und Verlage, die sich konstruktives, ehrliches Feedback wünschen. Meine Aufgabe ist es, Orientierung zu bieten und einen Beitrag zu einer besseren Sachbuchlandschaft zu leisten – kritisch, charmant und mit viel Herzblut.

| eigenständiges Denken

Ralf M. Ruthardt | Herzlichen Dank, Celine Nadolny, für Ihre Perspektive auf die Welt der Sachbücher, die Orientierung dringend braucht und für die Erinnerung daran, dass kritisches Lesen immer auch eigenständiges Denken bedeutet.

Mehr Informationen zu Celine Nadolny finden Sie unter anderem hier:

<https://bookoffinance.de/>





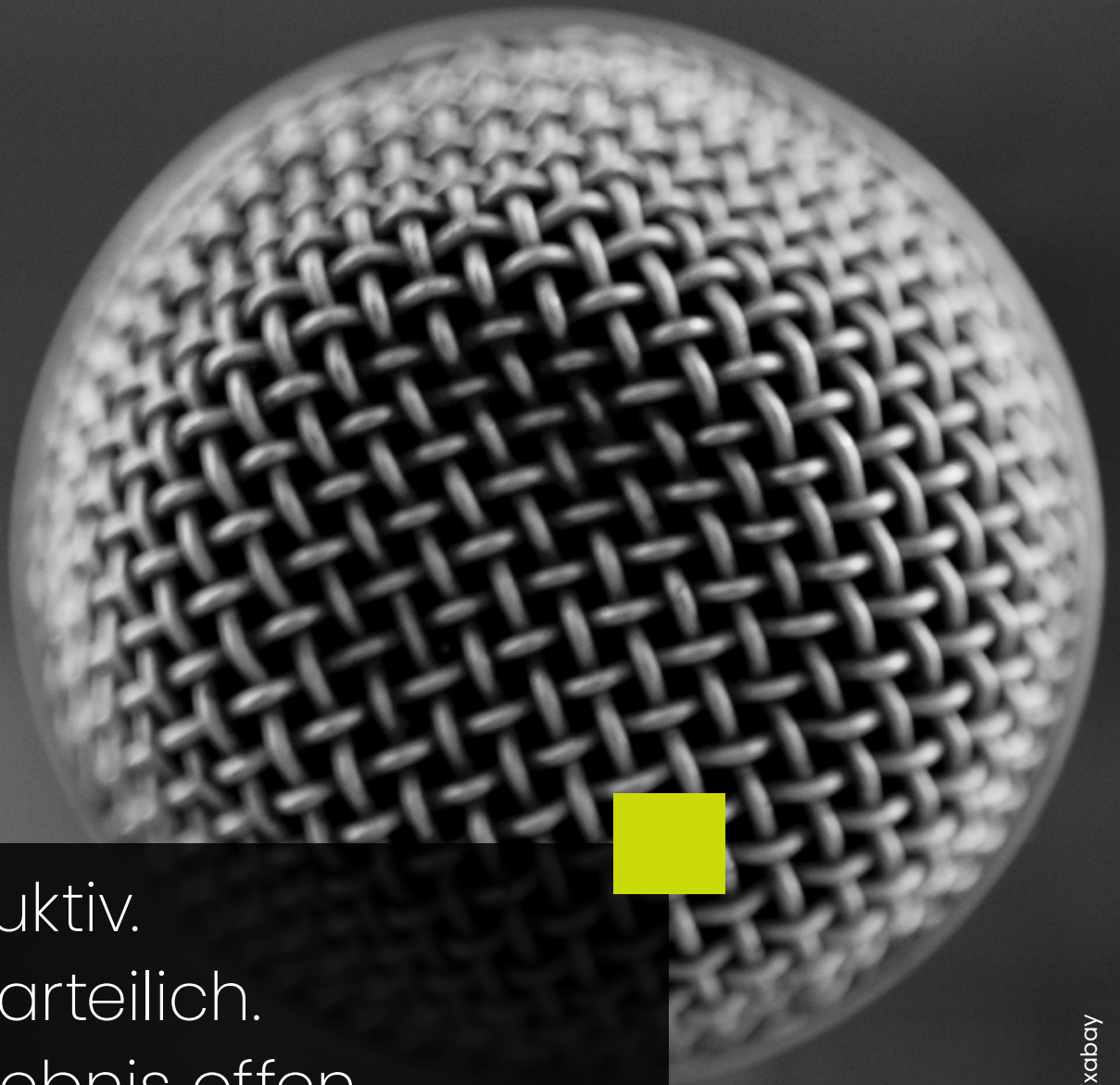
Jetzt KOSTENLOS abonnieren!

www.mitmenschenreden.de





WWW.MITMENSCHENREDEN.DE



konstruktiv.
überparteilich.
im Ergebnis offen.
am Konsens interessiert.